



# MATERIALIEN GENUA G8 UND VOLXTHEATER KARAWANE

**infoladen grauzone**  
postfach 705  
6021 innsbruck  
infoladen\_grauzone@catbull.com  
[www.catbull.com/grauzone](http://www.catbull.com/grauzone)

## INHALT

<b>Weltweiter Kapitalismus, Globalisierungs-Ideologie und Globalisierungsgegner</b>	
GegenStandpunkt – Politische Vierteljahresschrift	3
<b>Für Bewegung sorgen!</b> für eine linke strömung (fels) und überregionales forum genova libera	5
<b>Die große wahre Geschichte vom "Black Block"</b>	6
<b>Genua: Versuch einer politischen Einschätzung</b> gruppe gemeinsam sind wir stark -- 26.07.2001	13
<b>Kritik „an Genua: Versuch ...“</b>	16
<b>Über die Gewalt</b> M. Hammerschmitt -- 23.07.2001	17
<b>Wackersdorf ist Genua</b> Armin Reich -- 24.07.2001 01:09	19
<b>Genua: die Mitverantwortung deutscher Politik</b> grinsekatz 06.08.2001	20
<b>In dünnen Blättern säuselt der Wind</b> Raffael Lupus 12.08.2001	22
<b>Repression in Genua, Göteborg, Prag</b>	24
<b>Pressemappe der Roten Hilfe / EA München</b>	27
<b>Scajolas Bullenopfer</b> jungle world	32
Interview mit <b>Oreste Scalzone</b> »Wir erliegen einem Wahn« jungle world	34
<b>Fürchtet euch!</b> jungle world	35
<b>Bilanz des Terrors</b> jungle world	37
<b>Ein Wunder, dass es nicht mehr Tote gab</b> « Ein Gespräch mit Luca Casarini, dem Sprecher der Tute Bianche und der Centri Sociali Nordost-Italiens jungle world	38
<b>Nach dem G 8-Gipfel in Italien</b> Genua ist überall! jungle world	40
<b>Interview mit den enthafteten Mitgliedern der VolxTheaterKarawane</b>	
by oliver mar-chart / volxtheaterkarawane	40
<b>Die AktivistInnen der VolxTheaterKarawane wurden aus der Untersuchungshaft entlassen</b>	45
<b>Offener Brief</b>	46
<b>VolxTheaterKarawane in Untersuchungshaft überstellt</b>	47
<b>Die Verhaftung</b>	48
<b>Die Stationen</b>	49
<b>VolxTheaterKarawane: Noborder, Nonation, Noprison!</b>	49

## **Weltweiter Kapitalismus, Globalisierungs-Ideologie und Globalisierungsgegner** GegenStandpunkt – Politische Vierteljahresschrift

Nun ist der erste Demonstrant erschossen, andere sind verletzt, sitzen im Gefängnis. So geht der "Dialog" der G7-Staatschefs mit Kritikern der Globalisierung. Einen Appell an ihren guten Willen nehmen diese "Verantwortlichen" gern entgegen, dafür muss die "Bewegung" aber den Nachweis erbringen, dass sie mit denen, die den Gipfel mit zivilem Ungehorsam stören, nichts zu tun haben will. Es heißt, ihre "berechtigten Anliegen" würden "durch die Vermummten diskreditiert". Das ist ein starkes Stück: Bis zum Zeitpunkt der Straßenkämpfe von Seattle usw. haben die Staatschefs und ihre Sachverständigen in Wissenschaft und Publizistik den bis dato "friedlichen Demonstranten" nie bescheinigt, "berechtigte Sorgen" zu äußern, da wurden sie einfach als weltfremde Spinner abgetan. Seit es Störer gibt, schmeicheln Politiker und ihre journalistische Öffentlichkeit den nichtmilitanten Teilen der Globalisierungsgegner, sie hätten ja "so bedenkenswerte" Einwände. Es geht ums Sortieren, das die Staatsgewalt mit ihren Mitteln durchführt...

1.

Dagegen steht bei denjenigen, die sich selbst die "Gegner der Globalisierung" nennen, alles andere als solide begründete Einigkeit. Es gibt die unterschiedlichsten Auffassungen und Strömungen. Da gibt es Gewerkschafter aller Couleur, ziemlich viele kirchliche Organisationen, alternative Professoren der Volkswirtschaftslehre, Freunde der Bewahrung indigener Kulturen, Kritiker des Kapitalismus, die Marx zitieren, Umweltaktivisten, Schwule und Lesben usw. usf. Die "Bewegung" ist stolz darauf, dass all diese Auffassungen, die oft genug recht gegensätzlich sind, in der "Bewegung" nebeneinander existieren können - denn auf die je einzelne Auffassung kommt es ihr gar nicht so an. Geeint sind sie nämlich darin, dass sie alle einen Beitrag leisten wollen zum Widerstand gegen ihren gemeinsamen Feind: gegen die weltmächtige und "mensenverachtende" Allianz von IWF, Weltbank, WTO und sogenannter Transnationaler Konzerne.

2.

Die Institutionen, die Globalisierungsgegner für die Durchsetzung der "Globalisierung" verantwortlich machen, existieren schon sehr lange. IWF, Weltbank und GATT – aus dem später dann die WTO geworden ist - sind staatliche Schöpfungen und es gibt sie seit 1945. Wenn man "Globalisierung" einmal schlicht nimmt, nämlich als: Weltweit-Machen von Handel und Kapitalverkehr, dann gibt es sie, seit es den Kapitalismus gibt, und seit 1945 unter besonderer Betreuung durch die genannten Institutionen. Die Staatenwelt - früher noch mit der großen Ausnahme der Sowjetunion und ihrer Verbündeten - weiß als zwingendes Gebot ihrer Wirtschaftsweise, dass der grenzüberschreitenden Tätigkeit des Kapitals immer mehr Möglichkeiten und Freiheiten verschafft werden müssen - die nationale Kapitalmacht bedarf zu ihrer Entfaltung der Be- und Ausnutzung des Weltmarkts. Das hat die "Multis", die es auch schon ziemlich lange gibt, so richtig in Schwung gebracht und wachsen lassen, denn die Tätigkeit der Institutionen war ja gerade darauf berechnet. Umgekehrt ist klar, dass kapitalistische Staaten nicht einfach bloß so für die Internationalisierung des Kapitals sind, sondern sie selbstverständlich mit der Berechnung betreiben, dass sie zum nationalen Vorteil ausschlagen soll. Der Ort, an dem dieser Widerspruch - der zwischen dem gemeinsamen Interesse an weltweiter Kapitalisierung und den konkurrierenden Interessen am Ertrag daraus - auf der höchsten diplomatischen Ebene ausgetragen wird, sind eben IWF, Weltbank und GATT/WTO. Diese Institutionen sind also Agenten des weltweit agierenden Kapitals, sind es aber nur in dem Maße, auf das, und in dem Rahmen, auf den sich die Staaten einigen. Genauer gesagt: Die Macht dieser Institutionen ist gar nicht ihre eigene; sie wird ihnen vielmehr von ihren Auftraggebern, den Weltwirtschaftsmächten, verliehen. Von deren Einigung sind nämlich die Regeln der Weltmarkt Konkurrenz abhängig, an die sich diese Institutionen zu halten haben.. Klar, dass dieser Kampf um Einigung - an der formell zwar weiterhin a ten beteiligt sind - nur von einigen wenigen, den kapitalmächtigen, bestimmt und entschieden wird, was wiederum ihrer Kapitalmacht zugute kommt. Immer mehr Staaten sind im Zuge dieser "Globalisierung" in die wirtschaftliche und politische Bedeutungslosigkeit versunken, während die mächtigen Staaten eben in und mit ihrer Konkurrenz in der Zurichtung der Welt für ihre Bedürfnisse und ihren Reichtum vorangeschritten sind. - Das wurde aber 40 oder mehr Jahre lang niemals, genauso wenig wie das staatlich gestiftete und begleitete Wachstum der Multis, als "Globalisierung" bezeichnet.

3.

Eine Neuheit ist dagegen die Erfindung und Verbreitung des Schlagworts "Globalisierung". Bekanntlich sind darauf nicht die Globalisierungsgegner gekommen, sondern die Staaten, die als "Weltwirtschaftsmächte" die Maßstäbe der Konkurrenz auf dem Weltmarkt setzen. Was die über Jahrzehnte betrieben haben, nämlich den ganzen Globus mit ihren Kapitalwertungsinteressen zu überziehen, bezeichnen sie nun mit dieser Modevokabel - aber mit einem entscheidenden und alles verdrehenden Zusatz. Sie behaupten nämlich, sie seien der "Globalisierung" ausgesetzt. Da gibt es jetzt also das international agierende Kapital, dessen sich - ausgerechnet die kapitalstärksten - Staaten angeblich erwehren müssen. Sozusagen reihum bezeichnet sich jeder dieser Staaten als Opfer der Konkurrenz, die er über Jahrzehnte vorangetrieben hat. Diese Lüge ist zu der Ideologie der heutigen Macher geworden. Mit dieser Ideologie ziehen sie eine Maßnahme nach der anderen durch, die von nichts anderem zeugen als dem unbedingten Willen, in der Konkurrenz der Nationen zu bestehen und

andere Nationen zu den wirklichen Opfern, also Konkurrenzverlierern zu machen. Damit wird der nationalen Arbeitskraft in der Konkurrenz der Nationen ein neuer Status aufgezwungen: Sie soll als Waffe in dieser Konkurrenz eingesetzt werden, indem sie verbilligt wird. Was das für die beschäftigten und beschäftigungslosen Arbeitskräfte bedeutet, kennt jeder: Unter Titeln wie "Modernisierung des Sozialstaates" und "Standortsicherung" spricht der Staat erstens klipp und klar aus, dass er den Zugriff auf alle Lebensumstände seines Arbeitsvolkes hat und dass er es zweitens als Material im Kampf gegen andere Nationen beansprucht und einsetzt. Deswegen befindet er es drittens als zu teuer. Dies führt er viertens darauf zurück, dass er ihm in der Vergangenheit zu viele "Besitzstände" zuerkannt habe, die nicht mehr "in die heutige Zeit der globalen Konkurrenz passen" sollen. Daher "muss" er fünftens diesen Fehler schleunigst korrigieren und dem Volk diese "Besitzstände" wieder aberkennen ürlich wird das sechstens immer von einem "leider" begleitet: Nur auf Grund der äußeren Zwänge der Globalisierung "müsse" sich der Staat so verhalten. Mit dieser Globalisierungsideologie rechtfertigt der Staat das, was er als führender kapitalistischer Staat will, als unabänderlichen "Sachzwang".

4.

Wie anfangs gesagt, bezeichnen die Globalisierungsgegner die Allianz von IWF, Weltbank, WTO und Transnationalen Konzernen als ihre gemeinsamen Gegner und finden sich darin zusammen. Damit machen sie den Fehler, dass sie die "Globalisierungs"-Ideologie der Staaten bitter ernst nehmen. Statt zu kritisieren, was ihre Staaten zu Hause tun, um sich in der globalen Konkurrenz durchzusetzen, melden sich die Globalisierungsgegner am entgegengesetzten Ende, auf der obersten Ebene der internationalen Konkurrenz, zu Wort. Hier erst fällt ihnen das "Unsoziale" des Kapitalismus überhaupt so richtig auf, und sie deuten es als Folge dessen, dass der Kapitalismus es mit seiner Internationalisierung zu weit getrieben haben soll. Dass die Staaten das, was sie ihren Völkern zumuten, als Folge des angeblichen "Sachzwangs" der "Globalisierung" bezeichnen, glauben ihnen die Globalisierungsgegner; sie glauben, dass die Staaten - auch die führenden - der "Globalisierung" tatsächlich unterworfen sind. Alle Länder kommen ihnen so als Opfer der Globalisierung vor. Das "Unsoziale", das sie ihren Völkern und dem Rest der Welt antun, erscheint ihnen dann als deren unausweichliche Folge.

Eine Kritik an den führenden Nationen haben sie dabei schon: Sie hätten doch bei dieser internationalistischen "Übertreibung" selber mitgewirkt - sei es, indem sie sich von den Multis und internationalen Institutionen entmachten ließen, sei es, dass sie einer "neoliberalen Ideologie" verfallen seien und die Internationalisierung - von dieser Ideologie verblendet - vorangetrieben haben. Aber wie sie nun selbst sagen, sind sie Betroffene dessen, was sie mit sich haben machen lassen oder selbst angezettelt haben - und nach Auffassung der Globalisierungsgegner müssten sie daraus die Lehre ziehen, dieser Verselbständigung der internationalen Kapitalmacht Einhalt zu gebieten.

Wenn die - neu entstandene - Protestbewegung sich ausschließlich zu hochrangigen internationalen Treffen einfindet und dort viel Leidenschaft und Empörung an den Tag legt, hat das also seine Logik. Sie nimmt die "Globalisierungs"-Lüge ernst und glaubt, dass Staaten unter der Internationalisierung des Kapitals leiden und sich von daher zu den "sozialen Härten" gezwungen sähen, die sie ihren Völkern zumuten. Damit ist ein Gegensatz zwischen 'national' und 'international' eröffnet, der besagt: Wenn man der internationalen Betätigung des Kapitals freie Bahn verschafft, dann führt das aufgrund von dessen "räuberischer" und "profitgieriger" Natur zu einem einzigen Auswuchs. Der wäre aber nicht eingetreten, wenn die Staaten die nationale Kontrolle über das Kapitalgeschehen behalten hätten. Und dieser Auswuchs ließe sich wieder zurückstutzen, wenn die Staaten sich gemeinsam darauf einigten. Der nationalen Politik wird so der "Schutz des Sozialen" zugewiesen. Die Pflicht des Nationalstaates sei die Zähmung des Kapitalismus, der als "globaler" hemmungslos ist. Gerade weil der Staat sich diese Aufgabe aus der Hand hat nehmen lassen, kann man an den unheilvollen Wirkungen sehen, wie sehr sie seine eigentliche Aufgabe ist. Daher wissen sich die Globalisierungsgegner zu ihrem Protest berechtigt, denn sie sind ja beseelt von der staatsbürgerlichen und demokratie-idealistischen Überzeugung, dass der Staat dafür da ist, seinen Bürgern - insbesondere den sozial schwächeren - zu dienen und ihre Wohlfahrt zu mehren. Diesen Glauben an den eigentlich guten Zweck des Staates lassen sie sich durch die "Globalisierungs"-Ideologie der Staaten noch einmal bestätigen: Die politische Sonntagspredigt, dass der Staat selbstverständlich für das Wohl seiner Bürger da ist und sie vor "sozialen Härten" zu schützen hat, wird selbst dann nicht aus dem Verkehr gezogen, wenn derselbe Staat nun "soziale Härten" verordnet, - er ist ja angeblich dazu gezwungen. Damit sagt er ja zugleich, dass er das eigentlich nicht will, dass er eigentlich weiterhin nur Wenn die 7 führenden Industriestaaten auf ihren G7-Treffen überhaupt keine Anstalten dazu machen, die vermeintlichen Übertreibungen der Globalisierung rückgängig zu machen; wenn sie vielmehr in ihrer "neoliberalen Verblendung" betonen, so recht eigentlich sei die Globalisierung noch gar nicht Wirklichkeit und das sei der Grund für die "sozialen Härten" zu Hause und für das Elend in der "Dritten Welt", dann fühlen sich die Globalisierungsgegner zu Widerstand berechtigt. Die G7-Staaten, die gemeinsam doch dazu die Macht hätten, weigern sich in ihren Augen ihrer eigentlichen menschenfreundlichen Aufgabe - dem Schutz ihrer Bürger und der gerechten Verteilung des Reichtums auf dem Globus - nachzukommen. Daher fordert ein Teil der Globalisierungsgegner die G7-Führer auf: Wenn ihr eigentlich das Wohl der Menschheit wollt und wenn ihr doch eigentlich auch die Macht dazu habt, dann haltet euch doch endlich an die gute Meinung, die wir von euch - oder zumindest von den demokratischen Institutionen haben, denen ihr vorsteht! Ein anderer Teil bezichtigt die Staatschefs des Verrats an ihren eigentlichen Pflichten und bezieht daraus die Berechtigung, den staatsbürgerlichen Gehorsam bei Anlässen wie Genua demonstrativ aufzukündigen.

5.

Die gute Meinung über sich hören die Staatenlenker gerne, sie sind durchaus auch "dialogbereit", aber um zu definieren, wo die Grenzen sind - und zwar mit aller Schärfe.

Lesetipps:

“Globalisierung” - Der Weltmarkt als Sachzwang (GEGENSTANDPUNKT 4-99); WTO-Konferenz in Seattle: Der Kampf der Nationen um den Reichtum der Welt und seine neuesten Gefechtsfelder (GEGENSTANDPUNKT 3-2000); Herbsttagungen von IWF, Weltbank und eine "globalen Anti-Globalisierungsfront" (GEGENSTANDPUNKT 4-2000) Link:

<http://www.gegenstandpunkt.com/>

## **Für Bewegung sorgen! für eine linke strömung (fels) und überregionales forum genova libera**

Der G 8-Gipfel ist vorbei, aber nicht die Bewegung. Im Gegenteil, politisch könnte sie aus den Ereignissen von Genua weiter an Stärke gewinnen, auch wenn ihr dort unerwartete Brutalität entgegenschlug. Derart angegriffen wurde sie, weil ihre frische Dynamik und vor allem ihre gesellschaftliche Breite den Herrschenden Angst einflößten. Gut zehn Jahre nach dem proklamierten »Ende der Geschichte«, das auch als historische Niederlage verschiedener linker Ansätze interpretiert worden war, kommen die Verhältnisse wieder in Bewegung.

In Genua wurden alle Flügel des breiten Bündnisses Genoa Social Forum (GSF), GewerkschafterInnen, PazifistInnen, AktivistInnen aus besetzten Zentren, katholische Basisgemeinden, Tute Bianche usw. gleichermaßen verprügelt und stundenlang mit Tränengas eingedeckt. Die Botschaft war klar: Wer gegen die Weltwirtschaftsordnung demonstriert, ganz gleich in welcher Form, soll in Zukunft um Leib und Leben fürchten.

Doch trat in Italien der gegenteilige Effekt ein. Die Empörung über die Repression und den Mord an Carlo Giuliani mobilisierte noch mehr Menschen, und am Dienstag nach dem G 8- Gipfel waren im ganzen Land erneut 300 000 DemonstrantInnen auf den Straßen. Das GSF ist nicht zerbrochen, sondern mittlerweile zum überregionalen Italia Social Forum angewachsen, und über 300 Rechtsanwälte haben sich zum Genoa Legal Forum zusammengeschlossen, um ein internationales Tribunal zu organisieren.

In ihrer Gründungserklärung unterstreichen sie, dass sie sich für alle 49 noch Inhaftierten einsetzen: »Es gibt keine 'Bösen', so die Zurückweisung der offiziellen Darstellung, die versucht, einzelne »Gewalttäter« für die Eskalation verantwortlich zu machen. Der italienischen Anti-G 8-Bewegung ist es gelungen, sich nicht spalten zu lassen, und ihre Breite hat angesichts des geschickten Agierens der verschiedenen Bestandteile des GSF noch zugenommen.

Damit scheint sie zwei wichtige Lektionen aus der Vergangenheit umgesetzt zu haben: Dass sowohl Spaltungen als auch die Militarisierung von Auseinandersetzungen nur die Herrschenden begünstigen, und Gewaltdebatten vor allem geeignet sind, die politischen Inhalte von Widerstand öffentlich unsichtbar zu machen.

Auch führen Gewaltspiralen nach dem reaktiven Muster »Aktion-Repression-Aktion« nur dazu, dass die Bewegung immer mehr schrumpft und isolierter wird. Dieser Logik, die in Italien auch Erfahrungen aus der Autonomia-Zeit der siebziger Jahre widerspiegelt, wollten die Tute Bianche mit ihrem Konzept des »zivilen Ungehorsams« von Anfang an entgegenreten, da sie den Konflikt nicht als militärischen, sondern in erster Linie als politischen und gesellschaftlichen begreifen.

Zwar haben die Tute Bianche in Genua ihr selbst gesetztes Ziel, das Eindringen in die Rote Zone, nicht erreicht. Angesichts der polizeilichen Strategie undifferenzierten Terrors ist auch ihr Ansatz gescheitert, die Grenzen der Legitimität von Widerstand durch öffentlich hergestellte Akzeptanz zu erweitern. Doch belegt ihre deutliche Präsenz in der öffentlichen Debatte, dass es allenfalls eine taktische Niederlage war, keineswegs jedoch das Scheitern einer politischen Strategie oder einer ganzen Bewegung - wie es in Deutschland nach der Räumung der Mainzer Straße im November 1990 der Fall war. Auch die Tute Bianche wenden sich nun gegen eine Verdammung des Schwarzen Blocks, der in der von Medien und Staatsanwaltschaft proklamierten Homogenität ohnehin ein Konstrukt ist.

Ganz anders scheinen deutsche Linke die Ereignisse von Genua zu verarbeiten.

Von ihnen gehen derzeit die stärksten Spaltungstendenzen aus. Da werden allerlei Gerüchte vorschnell aufgegriffen und verbreitet, offenbar in dem Eifer, das eigene Handeln als »besser« darzustellen als alle anderen Ansätze.

NGO-Vertreter, z.B. aus dem deutschen Attac-Spektrum, fühlen sich zu Distanzierungen genauso bemüht wie militante Aktivisten, die sich von »den Bürgerlichen« abgrenzen.

Anstatt einer Debatte um zukünftige Strategien, wie die Weltwirtschaftsordnung angesichts der bisherigen Erfahrungen weiterhin delegitimiert und angegriffen werden kann, dominieren hierzulande derzeit einerseits die fruchtlose Gewaltdebatte, andererseits der entsetzte Blick ausschließlich auf die polizeiliche Repression.

In Italien hingegen wird nach vorn diskutiert. Während das GSF die Aufklärung des Geschehenen intensiv betreibt, kündigt es für Oktober und November erneute Massenmobilisierungen an. Bereits jetzt wird zu Protesten gegen den geplanten Nato-Gipfel am 26. und 27. November in Neapel aufgerufen. Und auch an anderen Fronten steht ein heißer Herbst bevor.

Die Metaller der Fiom (die auch im GSF sind) wollen gegen die Tarifabschlüsse der rechten Gewerkschaften streiken und demonstrieren, und in den Schulen und Krankenhäusern beginnen Aktionen gegen die Privatisierung der Bildung und der medizinischen Versorgung.

Ob es gelingt, diese erfreuliche Dynamik auch außerhalb Italiens zu entfalten, liegt im Wesentlichen am Vorgehen der Linken, auch hier in Deutschland.

Bisher steht in der Genua-Nachbereitung die Polizeibrutalität sehr stark im Vordergrund. Zweifellos brauchen die Inhaftierten und Misshandelten unsere Solidarität.

Doch ist es dringend notwendig, sich der erlebten neuen Qualität von Repression auch analytisch anzunähern und den Schock zu überwinden, um als Bewegung handlungsfähig zu bleiben. Die ausschließliche Betonung der maßlosen Repression läuft Gefahr, die großartigen Demonstrationen von Genua im Nachhinein geradezu als politischen Misserfolg erscheinen zu lassen und abschreckend zu wirken.

Diejenigen von uns, die vor Ort waren, haben dort wesentlich mehr erfahren als Polizeiprügel: die mit Abstand größten und stärksten Demonstrationen der letzten zehn Jahre; eine öffentlich gut verankerte, hervorragend koordinierte Widerstandsbewegung; internationale Begegnungen, die in Form und Inhalt sehr bereichernd waren; einen erheblichen Sachschaden, der zum großen Teil durchaus politisch zielgerichtet war und den ohnmächtigen Zorn der Ausgegrenzten dieser Welt gut auszudrücken vermag; die Erfahrung, dass auch Konfrontationen mit der Polizei organisiert und solidarisch, also gemeinsam durchgestanden werden können; und nicht zuletzt einen breiten Grundkonsens gegen den in alle Lebensbereiche vordringenden Terror der Ökonomie. Auf dieser Basis konnten in Genua die vielfältigsten Ansätze und Mittel zum Ausdruck kommen.

Gewiss, in allen Ländern koexistieren in dieser Bewegung verschiedene Positionen. Während die einen ihre Kritik auf den Finanzkapitalismus beschränken, wollen andere den Neoliberalismus als fundamentalistisches Denk-, Handlungs- und Steuerungsprinzip bekämpfen, welches die Existenzberechtigung von Menschen an deren ökonomischer Verwertbarkeit bemisst. Fakt ist jedoch, dass es keiner dieser Fraktionen einen politischen Nutzen bringen wird, die anderen öffentlich zu kritisieren und öffentlich abzuwerten. Das dürfte die Erfahrung ausreichend bewiesen haben.

Die Verhältnisse tatsächlich zum Tanzen bringen wird die Bewegung nur, solange sie aus ihrer heterogenen Zusammensetzung die maximale Energie zieht, d.h.

wenn die verschiedenen Flügel sich vor allem unterstützen und sich auf gemeinsame Lernprozesse und ein produktives Nebeneinander einlassen. Schließlich muss niemand gegen seine Überzeugungen den »Reformisten« oder »Radikalinskas« beitreten - sondern es geht darum, gemeinsame Kämpfe zu führen.

Anstatt uns eine Diskussion über uns selbst, unsere »Identitäten« und Aktionsformen aufzwingen zu lassen, sollten wir den Blick nach vorn richten und uns dabei auf die Gemeinsamkeit stützen, die alle Strömungen eint. Wir sollten uns für die nächsten Treffen des globalen Entscheidungskartells besser koordinieren als bisher, unsere Unterschiede dabei als sich ergänzende Werkzeuge begreifen.

Wir sollten neue lokale Ansatzpunkte für Bündnisse und Aktionen suchen, die die positiven Erfahrungen aus Genua und anderen Orten auch hier nachvollziehbar machen. Wir alle haben erlebt, wie der vor allem seit der Wende in Deutschland grassierende Abgrenzungswahn, der die Reinheit der eigenen Position höher bewertet als gemeinsames Handeln, zu völliger Lähmung geführt hat. Wie können also Diskussionen, auch in der Jungle World, so gestaltet werden, dass sie Bewegungen zwar kritisch begleiten und ihren Blick schärfen, ohne aber jeglichen Ansatz von politischer Praxis wegen mangelnder Erfüllung des deutschen Reinheitsgebots zu torpedieren?

Die deutsche Linke sollte den Mut zu neuen Wegen aufbringen, und auch den Mut zu neuen Fehlern. Sicher, wer sich bewegt, kann Fehler machen, aber wer sich nicht bewegt, hat schon verloren.

## **Die große wahre Geschichte vom "Black Block"**

Eine zusammenfassende Einschätzung der Ereignisse in Genua aus Sicht eines Militanten Sven Glückspilz, Berlin, Anfang August 2001.

Die große wahre Geschichte von Genua und dem "Black Block" Kurze Vorbemerkung: Ich halte nichts von dem Begriff "Globalisierungsgegner". Er wird unserem Anliegen nicht gerecht. Ich spreche im folgenden von der Globalen Außerparlamentarischen Opposition (GAPO).

Schreiben wir die Geschichte vom Gipfel in Genua. Wie wird sie aussehen?

Etwas so?

200.000 Menschen versammelten sich, um friedlich zu demonstrieren.

Gleichzeitig tauchten ca.400 Vermummte auf, ein organisierter "Black Block".

Dieser Block bestand aus Zivilpolizisten, aus Faschisten, und zu einem kleinen Teil auch aus verwirrten vornehmlich deutschen Krawallmachern. Der Block zog zwei Tage lang unbehelligt marodierend durch Genua, griff friedliche Demonstran-

## Materialien zu Genua und VolXtheaterkarawane

tInnen an, richtete einen Sachschaden von fünfzig Millionen Euro an, indem er systematisch kleine Läden und Privatwagen zerstörte. Wo er auftauchte, wick die Polizei zurück und griff stattdessen friedliche DemonstrantInnen brutal an. Nach getaner Arbeit zog der "Black Block" sich in eine Carabinieri-Kaserne zurück oder verwüstete sozusagen zum Abwärmen noch ein Gebäude, das die Stadt Genua für Übernachtungen zur Verfügung gestellt hatte. Zuletzt war das geheime strategische Ziel dieser Aktion erreicht: Niemand sprach mehr in der Öffentlichkeit von den politischen Zielen der DemonstrantInnen oder von der GAPO, alle empörten sich nur noch über die Gewaltexzesse militanter Linker.

An diesem Bild wurde in den Tagen seit Genua von vielen eifrig gestrickt.

Von AugenzeugInnen und Betroffenen ebenso wie von politischen RepräsentantInnen der "gemäßigten" Linken oder von liberalen Medien.

Hier wächst zusammen, was nicht zusammengehört: Einzelfälle, Wünsche oder Befürchtungen, politische Grundüberzeugungen und Einschätzungen, Verschwörungstheorien und Gerüchte, alles vereint von dem einen Bedürfnis:

eine kurze, einfache Erklärung zu finden für die komplizierte, widersprüchliche Wirklichkeit.

Meine Geschichte von Genua sieht anders aus. In dieser Geschichte gibt es jedes der Einzelerlebnisse, die erzählt werden, doch das Mosaik, das daraus zuletzt entsteht, ist nicht das Bild von Strategien und Verschwörungen.

Dreh- und Angelpunkt ist die Frage, wer die Militanten waren, was sie taten, und wie sich die Polizei dazu verhielt.

Das Vorfeld des Gipfels: Es war seit langem klar, daß Genua der bisherige Höhepunkt der GAPO-Mobilisierung werden würde. Die Bewegung ist seit Seattle sprunghaft angewachsen. Sie ist besonders in Italien stark. Die gesamte italienische außerparlamentarische Linke ist in den letzten Jahren stärker und mobilisierungsfähiger geworden. Das italienische Demonstrationsrecht ist vergleichsweise liberal, die Gesellschaft ist offen für Strassenproteste.

Norditalien ist für fast alle Menschen aus dem EU-Raum leicht erreichbar. Es ist Sommer und Urlaubszeit.

Es war also schon lange klar, daß sehr viele Menschen nach Genua kommen würden.

Die Mobilisierung wurde verstärkt durch die Medien, die auf das Spektakel gieren und seit Seattle 1999 jeden Gipfel entsprechend vorbereiten. Die Ereignisse in Göteborg haben der Mobilisierung zuletzt noch einmal einen starken Schub gegeben. In gewisser, vermutlich nicht so beabsichtigter Weise war Göteborg sogar eine Generalprobe für Genua. Sie zeigte unter anderem, daß die Massenmedien gerne bereit sind, selbst Schüsse auf DemonstrantInnen (nun ja, immerhin: militante DemonstrantInnen) unter ferner liefen abzubuchen und den selbsternannten Hütern von Sitte und Anstand, Recht und Ordnung willig in den Arsch zu kriechen, wenn sie zur Hatz blasen.

Der Charakter der "Entscheidungsschlacht" wurde Genua schon im voraus angeheftet, worunter sich aber durchaus verschiedenes vorgestellt wurde. Es konnte bedeuten, daß durch den politischen Druck der GAPO die G8-Gipfel an sich unmöglich gemacht würden. Oder daß die Struktur der Gipfel sich ändern müßte. Oder daß der GAPO-Bewegung ein entscheidender Nackenschlag versetzt würde. Oder daß die Eskalation unkontrollierbar werden würde. Mir schien das letztere schon im Vorfeld wahrscheinlich, und ich war nicht der Einzige, der mit einer Zuspitzung bis hin zu Toten rechnete. Dieses Risiko war ich bereit, auch selbst einzugehen.

In den Tagen vor dem Gipfel wurde der politische Druck auf die GAPO verstärkt. Es wurden die altbekannten Horror-Szenarios ausgepackt, die sich gegenseitig aufschaukelten. Wir in Berlin kennen das vom IWF-Kongreß 1988, als die Sicherheitsbehörden schon Monate vorher ankündigten, "mit der autonomen Szene aufzuräumen", was viele AktivistInnen so einschüchterte, daß sie während der Gipfel-Tage verkleidet in Hotels untertauchten. Oder: Im Jahr 2000 verkündete der Berliner Innensenator kurz vor dem 1.Mai voller Sorge, es sei bei der Mai-Demonstration mit Toten zu rechnen.

Die bekanntermaßen gedächtnislosen Massenmedien lieben solche Hetze und verbreiten sie gerne. Das Ziel ist klar: Menschen sollen von der Teilnahme abgeschreckt werden, brutale Repression soll im voraus gerechtfertigt werden. Wenn dann alles anders kommt als vorher behauptet, wird es als Erfolg der Sicherheitsstrategie verbucht. Same procedure as every year...

Die verschärften Grenzkontrollen und Ausreiseverbote bestätigten Befürchtungen gegenüber den EU-Sicherheitsstrategen. Genua selbst wurde in den Tagen vor dem Gipfel in einen gefährlichen Ort verwandelt, es gab Kontrollen und Festnahmen und bereits erste Fälle von Polizeigewalt mit faschistoidem Hintergrund. Hinzu kamen einzelne Fälle von Terror, die Erinnerungen an die italienische "Strategie der Spannung" der 70er Jahre weckten, also an Anschläge faschistischer und/oder polizeilicher Provokateure.

Die GAPO spielte das Spiel der Aufheizung teilweise mit. Die extreme Polizei-Brutalität in Seattle und nun in Göteborg hatte ihren Teil dazu beigetragen, Schlimmes zu erwarten. Im Spannungsfeld zwischen Göteborg und Genua wurden "normale" Vorkerhungen für Großereignisse, wie etwa die Bereitstellung von Leichensäcken, in der Linken zu Schreckensmeldungen aufgeblasen. Zumindest in Deutschland wurde allgemein damit gerechnet, daß hunderte oder gar tausende von Menschen an den Grenzen zurückgewiesen, in Italien in Vorbeugehaft genommen oder sonstwie aufgehalten werden würden.

Wider Erwarten waren die Grenzen durchlässig, und die Reise nach Genua dauerte zwar lange, aber es kamen die meisten an, konnten sich versorgen und Übernachtungsplätze finden. Genua war im Ausnahme-, aber nicht im Belagerungszustand. In den Tagen vor dem Wochenende waren die Angereisten vielfach damit beschäftigt, sich zu sortieren; wer nicht an die

## Materialien zu Genua und VolXtheaterkarawane

großen Organisationen angeschlossen war, versuchte, Übernachtung, Versorgung und Ausrüstung zu organisieren und Bekannte bzw. politisch Gleichgesinnte zu finden. Bereits in diesen Tagen wurde klar, daß die Dominanz des GSF und seine eindeutige Position gegen Militanz und Militante zu Konflikten führen würde. Es gab diverse Plena und Versammlungen kleinerer Gruppen und Versuche, sich irgendwie außerhalb der dominanten Kräfte zu organisieren, die aber nicht viel mehr als allgemeine Absprachen über Sammelorte brachten.

Der Donnerstag verlief so, wie es geplant war: unter anderem mit der friedlichen Großdemonstration für und von MigrantenInnen, mit Festen und viel guter Stimmung. Es war auch für alle Militante klar, daß dieser Tag friedlich verlaufen sollte. Keine polizeilichen oder faschistischen Provokateure nutzten die hervorragende Gelegenheit: Dabei wäre mit Randalen schon am ersten Tag das Konzept der GAPO sofort gesprengt worden, die Lage wäre verwirrt und zugespitzt gewesen, polizeiliches Eingreifen an den Sammelplätzen, Angriffe auf die GAPO-AktivistInnen, während sie noch anreisten bzw. sich noch nicht in der Stadt formiert hatten, wären legitimiert worden.

Am Freitag befanden sich viele hundert, vielleicht auch schon tausende Militane in Genua. Sie kamen aus allen möglichen Ländern, vor allem natürlich aus Italien, viele aber auch aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Spanien. Sie verfügten weder über eine organisierte Struktur noch über ein gemeinsame Konzept. Hergeführt hatte sie allein das politische Grundverständnis: der Gipfel muß angegriffen werden, und zwar nicht nur verbal, sondern praktisch, indem die Rote Zone attackiert wird - und die Polizei, da sie diese Zone verteidigt. Dabei war (fast) allen sicherlich klar, daß es unmöglich sein würde, einem Bush, Berlusconi oder Schröder nahezukommen. Selbstverständlich würde die Polizei scharf schießen, wenn tatsächlich ein Durchbruch in die Rote Zone gelingen würde. Wer das, spätestens nach Göteborg, nicht glaubte, war naiver als die Polizei erlaubt.

Auch der praktische, militante Angriff würde also ein symbolischer sein, aber mit der klaren Aussage: wir begnügen uns nicht mit kritischer Rede und dem Schwenken von Fahnen. Für uns Militante gibt es keine Brücke, über die wir an den Katzentisch der Mächtigen gehen würden. Wir wollen nicht als NGO anerkannt werden. Wir wollen keine Vorschläge zur Verbesserung der WTO oder des IWF machen. Wir halten das gesamte Weltwirtschaftssystem für einen Haufen Scheiße. Alternativen? Uns geht es wie allen: wir haben kein funktionierendes Modell anzubieten. Uns kann niemand erzählen, daß ein anderes Weltbank-Präsidium, eine internationale Kapitalbesteuerung, eine rot-grüne "Entwicklungspolitik" oder ein noch etwas weitergehendes Kyoto-Protokoll das Elend der Menschen beheben kann. Wir denken, daß etwas neues praktisch erprobt werden muß, denn alle großen Pläne sind gescheitert.

Und die, die da hinter Zaun und Polizeikette friedlich an ihren Konferenztischen sitzen, werden das mit aller Gewalt zu verhindern suchen.

Deshalb muß die Gewalt an diese Tische zurückgetragen werden.

Innerhalb der Militanten gibt es allerdings sehr unterschiedliche politische Identitäten und Vorstellungen. Es gibt Menschen (wie z.B. mich), die es richtig finden, daß Militanz als Verstärker für politische Themen in der Öffentlichkeit wirkt, auch wenn sich als VertreterInnen dieser Themen meistens gemäßigte Linke profilieren, denen ich ansonsten in vielem nicht zustimmen kann. Anderen Militante ist das ganz egal, weil sie sich selbst stark genug finden und all das reformistische Gerede für unwichtig halten, oder sogar für schädlich und feindlich. Wieder andere machen sich darüber gar keine Gedanken, weil es ihnen vor allem um ihre eigene Wut, ihren ganz persönlichen Kampf gegen das HERRschende Gesellschaftssystem geht.

Schließlich tummeln sich am diffusen Rand dieser Szene auch einige, die gegen "Politik" allgemein sind, ob rechts, links, staatlich, oppositionell...

Wie gesagt: die Militanten hatten keine funktionierende Struktur, keinen Plan, außer "Hin zur Roten Zone". Es gab einzelne Gruppen, die sich mit anderen absprachen, eher spontan als von langer Hand vorbereitet, und es gab viele gänzlich unorganisierte lose Grüppchen und Einzelpersonen. Es gab wenig vorbereitete Ausrüstung und kaum Sammelpunkte. Gerade viele von weiter weg Angereiste hatten anfangs weder Material dabei (weil sie nicht damit gerechnet hatten, es bis Genua durchzubekommen) noch ein gemeinsames Camp (weil sie mit Polizeiangriffen rechneten) und verbrachten die kurze Vorbereitungszeit vor Ort vor allem damit, diesen Mangel zu beheben. Die Versuche, in Absprache mit Organisationen zu einem der Sammelorte zu mobilisieren, waren nicht sehr erfolgreich. Alle teils wohlgesonnenen, teils diffamierenden Berichte über die großen Pläne und perfekten Strategien der Militanten sind - leider - nicht wahr. Nicht einmal in der Frage, ob der entscheidende Angriff auf die Rote Zone am Freitag oder am Samstag anstehen würde, gab es Einigkeit.

Das zeigte sich am Freitag in aller Deutlichkeit. Eines der wenigen übergeordneten klaren Konzepte der GAPO für den Freitag war der Beginn der direkten Aktionen, nämlich 14 Uhr. Südöstlich der Roten Zone begannen aber bereits um 13 Uhr die ersten Auseinandersetzungen, und nicht die Polizei hat sie angefangen, sondern Militante, die eine Bank entglasten. Wie unorganisiert und unvorbereitet die Militanten waren, zeigte sich auch daran, daß in dieser Anfangsphase die Polizei sie rasch zurückschlug und zersprengte. In der Folgezeit verteilten sich Militante chaotisch in Gruppen nach Norden und Süden, während die Polizei relativ passiv blieb und vor allem ihre "Vorwärtsverteidigung" der Roten Zone durchführte: durch massiven Gas-Einsatz und einzelne Ausfälle hielt sie ihren Bereich, kontrollierte aber kaum das Geschehen weiter außerhalb. Für viele Militante entschied sich die Schlacht schon in dieser ersten Stunde. Die Kräfteverhältnisse

waren so ungleich, daß der "Sturm" auf die Rote Zone mehr dem Versuch ähnelte, durch militantes Posaunen ringsherum die Mauern von Jericho zum Einsturz zu bringen, sprich: durch einzelne Angriffe auf die Polizei und das Zerstören von Banken u.ä. den Eindruck der "militanten Straßenkämpfe" politisch wirksam werden zu lassen, aber keinen wirklichen militanten Angriff auf die Rote Zone durchzuführen. Es gab keinen "Black Block", sondern ein wildes Durcheinander verschiedenster Menschen, schwarz und bunt gekleidet, ver mummt oder unvermummt: überzeugte Militante; spontan vor Wut Explodierende; Gewaltfreie in Notwehr; Stadtbewohner als Gelegenheitsautonome; betrunkene Nihilisten... entsprechend zielgerichtet (oder auch nicht) waren die Aktionen. Wer Steine aufgrund politischer Strategien wirft, wird normalerweise genauer zielen als die, die aus momentaner Wut über Polizeigewalt oder aus einem diffusen Gemisch von Spannung, Abenteuer und Gelegenheit heraus gewalttätig werden. Steine werden allzu oft blindlings geworfen, treffen andere DemonstrantInnen, Fensterscheiben, Autos. Es sollte übrigens nicht vergessen werden, daß auch die Polizei eine Menge Schäden anrichtet bei ihren Einsätzen! Doch auch Militante haben schon mal danebengeworfen...

Diese Entwicklung und die damit einhergehende Ausbreitung der Randalen auf weitere Stadtteile war Ergebnis der praktischen Situation und kein überlegtes Konzept! Aber damit wurden natürlich anderswo Menschen und Konzepte in Mitleidenschaft gezogen. Es ist anzunehmen, daß die Demo der Tute Bianche so oder so von der Polizei gewaltsam aufgehalten worden wäre, aber dadurch, daß dieses Zusammentreffen in einer Gegend stattfand, in der es vorher schon geknallt hatte und die dortigen Akteure mit den Tute Bianche zusammentrafen und sich teils vermischten, wurde die Situation sehr viel unübersichtlicher und unkontrollierbarer. Das galt genauso für die Polizei (und ihre Führung), die oft planlos agierte, vorstieß, sich wieder zurückzog; die Militanten verfolgte, aber dabei niederknüppelte, was gerade im Weg stand, und sei es ein friedliches Straßenfest; die ihr Gas in solchen Massen verschob, daß die eingesetzten Polizisten selbst fast kotzten.

Vielleicht hatte die Polizei ihre eigenen Horrorgeschichten mehr geglaubt als sonst jemand und sich mit ihrer anfangs defensiven Haltung auf ein Ausmaß von Angriffen eingestellt, das so überhaupt nicht stattfand und nicht stattfinden konnten, weil die Voraussetzung - ein entsprechend vorbereiteter militärischer Gegner - fehlte. Das könnte helfen, zu erklären, warum die Polizei widersprüchlich agierte, indem sie am einen Ort zurückwich oder gar nicht erst anrückte, an anderen Stellen dafür schon an diesem Tag äußerst brutal zuschlug. Nicht zu vergessen ist dabei auch, daß es verschiedene Einheiten waren, deren Motivation, Ausbildungsstand und Führungsstruktur oder auch die Durchseuchung mit Faschisten sich unterschied. Dazu kommt die Schwierigkeit, ein Heer von solcher Größe sinnvoll zu manövrieren - ein Problem, daß auch die Berliner Polizei trotz all ihrer Erfahrung nicht meisterte am 1.Mai 2001, als sich tausende von Anti-Riot-Polizisten in Kreuzberg gegenseitig blockierten.

Die Schüsse auf Carlo Giuliani waren der folgerichtige Höhepunkt dieser chaotischen Eskalation und brachen ihr die Spitze, zumal die Tute Bianche in dieser Situation sich für den Rückzug entschieden. Die Alternative wäre gewesen, weitere Tote in Kauf zu nehmen, denn auf beiden Seiten war viel Haß, Angst und Verwirrung vorhanden, und daraus werden schnell weitere Eskalationen. Es gab Gerüchte über weitere Tote und schießende Polizei, und es gab andererseits bereits gewaltsame Aktionen, die auch Militante in keiner Weise rechtfertigen konnten.

In Genua waren vermutlich noch ein paar andere "Militante": etwa Under-Cover-Agenten, wie es sie in jeder radikalen Bewegung gibt (auch bei ganz gewaltfreien); Hooligans oder Faschisten, die die Aussicht auf Randalen im Schutz breiter Massen zum Abenteuer reizte; ideologische Provokateure, die durch terroristische Aktionen die Militanten diskreditieren wollten; aber wieviele waren es? und welchen Einfluß hatten sie auf den Verlauf der folgenden Tage? Ich möchte vermuten, es waren nur sehr wenige, und sie hatten nicht viel Einfluß. Die bisher veröffentlichten Fotos zeigen gewöhnliche, nicht einmal besonders gut verkleidete Zivilpolizisten, wie sie als Schlägertrupps leider nur zu üblich sind. Die kursierenden "Berichte" über Zahl und Bedeutung der Provokateure sind, ich gehe jede Wette ein, maßlos übertrieben und setzen sich zusammen aus Halbwissen, Gerüchten und sehr subjektiven Interpretationen.

Die Verschwörungstheorie von den vermummten Provokateuren ist steinalt und taucht in trauriger Regelmäßigkeit auf, wenn bei politischen Großereignissen das ganze Spektrum der Linken aufeinandertrifft. Es gibt im wesentlichen drei Gruppen der Linken, die diese Theorie vertreten: Ersten Kommunisten, in deren Augen alles Provokation ist, was ihren Strategien nicht entspricht -sie sind nicht gegen politische Gewalt an sich, sondern halten den Zeitpunkt für verkehrt. Zweitens liberale Linke, vor allem RepräsentantInnen von Organisationen und Bewegungen, die für sich noch Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen des HERRschenden Systems sehen und oft auch persönliche Karrieren, und die in ihrer Egozentrik glauben, politische Gewalt sei stets eine gesteuerte Intrige gegen ihre Ambitionen. Drittens Gewaltfreie, die vom hohen moralischen Roß der wahren Lehre herab meinen, behaupten zu dürfen, linke Politik müsse stets gewaltfrei sei und deswegen könne logischerweise niemand zur Linken gehören, der oder die anderes praktiziert. Ach übrigens:

schon Martin Luther, der große Reformist (Reformator), hetzte ca.1525 gegen die "mordischen und raubischen Rotten der Bauern", nachdem ihm der Aufstand ebendieser Bauern zu erheblichem politischen Einfluß mitverholfen hatte.

Zur Verschwörungstheorie gehört auch, die eigene Beobachtung oder Vermutung für wichtiger zu halten als sie ist. Manche begegnen wirklich einem vermummten Provokateur (sei es nun ein Polizist, der planvoll handelt, oder ein betrunkenere Punk, dem alles egal ist), können sich aber nicht damit abfinden, eine kleine Einzelgeschichte erlebt zu haben, sondern basteln sich daraus ein Szenario, wo Provokateure "führend", "inszenierend" etc. tätig sind.

Zurück nach Genua. Die Nacht von Freitag auf Samstag war von Anspannung und Erschöpfung geprägt. Viele waren schockiert und mitgenommen: von der Brutalität der Polizei, von Ausmaß und Heftigkeit der Kämpfe, von den massiven Gaseinsätzen, von Auseinandersetzungen mit Gewaltfreien (die auch mal zuschlugen), von den Horrormeldungen über Tote und Verletzte. Dazu kam die Ungewissheit über das Kommende: würde die Polizei die Camps angreifen, würde die Demonstration am Samstag verboten werden, würden die Kämpfe noch mehr eskalieren, würde es weitere Tote geben? Kaum jemand hatte noch Kraft und Muße, eine Analyse des Tages vorzunehmen und für den Samstag zu planen, schon gar nicht in Absprache mit anderen Gruppen.

Die Militanten wollten an der Großdemonstration teilnehmen, möglichst als eigener Block, und sich nicht von liberalen Gruppen ausgrenzen lassen, aber sie wollten auch am Samstag weiter die Rote Zone angreifen und die Polizei, die sich am Freitag nicht gerade Freunde gemacht hatte. Es war klar, daß die Gräben zwischen den Linken über das richtige Verhalten nach der Eskalation vom Freitag breiter geworden waren: es gab weniger Unentschlossene, mehr Militante und mehr Gewaltfreie. Es sei daran erinnert, daß 195.000 nicht-militante DemonstrantInnen nicht gleich 195.000 Gewaltfreie sind - es sind viele dabei, die sich noch nicht entschieden haben oder Militanz gut finden, aber persönlich nicht praktizieren, und viele halten sich für friedlich, bis sie das erste Mal von der Polizei zusammengeschlagen wurden... Am Samstag waren tausende voller Wut, vor allem wegen der Schüsse auf Carlo Giuliani, aber auch wegen des allgemeinen Terrors vom Freitag.

Die Polizei hatte ihre Taktik gegenüber dem Freitag geändert. Es ist anzunehmen, daß es politischen Druck gab. Die Berichte über ungestört sich austobende Militante, über Plünderungen und Brandlegungen, waren zwar insgesamt übertrieben, konnten aber die Polizeiführung nicht ruhig schlafen lassen. Für die Polizei sah es so aus: am Freitag hatten ein paar tausend Militante sich viel herausgenommen, und zehntausende DemonstrantInnen hatten ihnen meistens Rückendeckung geboten. Die Polizei hatte schon von Anfang an eine Art vorausseilenden Generalpardon von oben für jede Art von Terror bekommen, nun machte sie Ernst damit, indem alle zum Feind erklärt wurden, die auch nur im Umkreis von Auseinandersetzungen waren. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß zehntausende (nämlich vor allem der Nordteil der Demonstration) weitgehend verschont blieben und außer herübergewehten Gasschwaden kaum etwas mit- oder abbekamen von den Auseinandersetzungen.

Der südliche Teil der Demo wurde dafür aufgemischt. Auch hier gilt, wie so oft bei solchen Konflikten, daß die Frage "wer hat angefangen" hinterher heftig diskutiert und nicht eindeutig entschieden wird, wobei die Antwort vor allem für diejenigen von Bedeutung ist, die politische Gewalt nur als unmittelbare Notwehr gegen Polizei-Angriffe verstehen und legitimieren können. Tatsache ist aber, daß es in jedem Fall geknallt hätte. Ob nun ein Stein oder eine Tränengasgranate zuerst flog, spielt keine Rolle. Die Militanten hatten es nicht einmal geschafft, einen eigenen Block zu bilden, sie schliderten fast ansatzlos in die Fortsetzung der chaotischen Kämpfe des Vortages hinein. Ein paar Gruppen griffen die Carabinieri an, andere waren defensiv und bauten Barrikaden, und die Polizei holte nun zum großen Gegenschlag aus: die Rache für den Freitag begann, und diese Rache hatten nicht nur die Militanten zu erdulden, sondern auch viele, die keinen Anteil an den Kämpfen des Freitags gehabt hatten. Auf der anderen Seite hatten die Ordner und Funktionäre der gemäßigten Gruppen alle Mühe, ihre junge Basis vom Steineschmeißen abzuhalten, und oft blieben sie dabei erfolglos.

Der Tag verlief ähnlich chaotisch wie der Freitag. Die Rote Zone war für die Militanten noch unerreichbarer geworden als zuvor, was aber letztlich unwichtig war: denn was hätte denn geschehen sollen, wenn tatsächlich ein paar versprengte Häufchen dort durchgebrochen wären? Sie wären massakriert worden. Das politische Ziel der Militanten war bereits mit dem Freitag erreicht worden. Es war bewiesen worden, daß ein Gipfeltreffen der Mächtigen nur militärisch durchgesetzt und geschützt werden konnte, daß die GAPO-Bewegung eine starke militante Option hatte. Eine oppositionelle Bewegung hat nur dann eine Chance, politisches Gewicht zu bekommen, wenn die HERRschenden diese Option befürchten müssen. 500.000 FriedensdemonstrantInnen beeindrucken keinen Machtpolitiker oder Großbankier, solange gewiß ist, daß sie friedlich bleiben werden. Erst die Möglichkeit, daß sie sich ja auch radikalieren könnten, macht die Bewegung gefährlich und damit stark.

Der Preis dafür, und das zeigte sich schon im Vorfeld, besonders aber am Samstag, ist die Spaltung innerhalb der Bewegung. Die gemäßigten Kräfte und die radikalen liegen zu weit auseinander, um ihre jeweiligen Aktionsformen einfach so nebeneinander auf der Straße durchführen zu können. Militante sind naiv, wenn sie behaupten, es genüge ja, sich gegenseitig zu akzeptieren. Unsere Militanz wirkt sich auf andere ganz konkret aus. Es stimmt zwar, daß die Polizei auch ohne Straßenkämpfe zu Übergriffen neigt, aber es stimmt auch, daß die Gewalt der Polizei - auch gegen Unbeteiligte - im Zuge von Straßenkämpfen erheblich zunimmt, daß sie brutale Rache nimmt, oft an Schaulustigen und Unerfahrenen (denn die Militanten wissen am besten, wann es Zeit ist, sich zurückzuziehen).

Am Samstag Abend schien es, als ob ein politisches Unentschieden anstünde.

Die Militanz hatte der GAPO die Aufmerksamkeit verschafft, die sie brauchte.

Anstatt daß die ihre politischen Inhalte in der Öffentlichkeit von der "Gewaltberichterstattung" überlagert worden wäre - wie die liberalen Linken es stets behaupten - war das Gegenteil der Fall. Die Militanz hatte die Berichterstattung über das

Fest der HERRen der G8 verdrängt, und viele Medien beeilten sich, die "eentlichen" Anliegen der GAPO-Bewegung zu erläutern, die von den "Gewalttätern" gerade diskreditiert würden.

Andererseits waren die Gräben innerhalb der GAPO, schon in Göteborg deutlich, nun noch offener aufgebrochen, hatte es Schlägereien untereinander gegeben, waren tausende verletzt und zerschunden und ein Mensch tot. Der Preis für den augenblicklichen politischen Erfolg war hoch und würde erst in der Zukunft erkennbar werden. Der politische Druck von oben und von den Medien, der auf die gemäßigten Kräfte zum Zwecke der Spaltung ausgeübt wurde und noch werden würde, war enorm. Und viele schienen nur zu gerne bereit, ihm nachzugeben oder gar vorausseilend zu gehorchen.

Dann kam der nächtliche Überfall auf die Diaz-Schule und das Medienzentrum IMC.

Die Situation in Genua schwankte Samstag Abend für viele zwischen "es ist überstanden" und "was wohl jetzt noch nachkommt". Es war abzusehen, daß die Polizei weitere Angriffe auf Camps und Unterkünfte starten würde. Viele Militante wechselten das Quartier, aufgrund von Gerüchten über bevorstehende Razzien oder einfach aus Unsicherheit; es mußte immerhin davon ausgegangen werden, daß die Polizei im Laufe der Tage mitbekommen hatte, wo die Militanten zu suchen waren, und es hatte ja auch schon entsprechende Angriffe gegeben (etwa auf das Camp von griechischen Anarchisten, soweit ich weiß).

Manche, die an Auseinandersetzungen beteiligt waren, suchten den Schutz von Einrichtungen, die aufgrund ihrer Nähe etwa zum GSF als sicherer galten.

Dazu gehörten auch die Diaz-Schule und das IMC. Die Polizei ist nicht allwissend, sie kriegt manches mit und manches nicht. Und sie hat ihre eigenen Verschwörungstheorien und wittert gerne geheime Bündnisse zwischen Militanten und Gemäßigten. Sie hatte sich bereits vor der nächtlichen Attacke stark auf die Deutschen als angebliche Haupt-Randalierer eingeschossen, und sie hat vermutlich mitbekommen, daß viele Deutsche in die Diaz-Schule überwechselten oder bereits dort waren. Es scheint daher sehr wohl möglich, daß sie anfangs wirklich der Meinung war, hier ein Zentrum der Militanten ausgemacht zu haben. Die unglaubliche Brutalität des Angriffs ist anders kaum zu erklären (schlugen sie den friedlichen Sack und meinten den ausschlagenden Esel?). Es ist durchaus lebensnah (aber nicht so prickelnd verschwörerisch), zu vermuten, daß die Sondereinheiten ganz konkret Rache für die Vortage nehmen und die deutschen Militanten zusammenschlagen wollten, daß sie in ihrem (faschistoiden?) Haß und der über die Tage gewachsenen Anspannung unkontrollierbar wurden und die Deckung von oben dabei hatten: keine Sorge, das bügeln wir schon aus, die Medien haben wir im Griff, wer hört schon auf ein paar Schreihälse aus dem "Black Block"? Und dann trafen sie (überwiegend?) die ganz "falschen"... Die Möglichkeit, daß bewußt nicht auf die Militanten, sondern auf bekanntermaßen Friedfertige losgedroschen wurde, besteht nichtsdestotrotz. Dahinter müßte dann eine politische Strategie vermutet werden, die zum Ziel hat, die gemäßigte Linke durch Terror einzuschüchtern und zur Isolation der Militanten zu zwingen, nach dem Motto: trennt euch vom schwarzen Block, sonst schlagen wir euch tot. Ich halte aber die erste, banalere Erklärung für die wahrscheinlichere.

Es sind meistens die banaleren Geschichten, die wahr sind.

Der Überfall auf die Schule und das IMC ging auch deswegen politisch nach hinten los für die Täter, weil es einige "unpassende" ZeugInnen und Betroffene gab. Geprügelte JournalistInnen lassen in fast allen Medien die staatstreuen Zügel lockerer werden, eine Senatorin als Zeugin ist auch ungünstig. Die Erschießung von Carlo Giuliani war noch mit einem Schulterzucken durchgegangen, die Polizeigewalt vom Samstag auch noch, der Überfall auf die Schule war dann der Tropfen zu viel, der etliche Medien kippen ließ und das politische Patt vorerst zugunsten der GAPO drehte. Ich schreibe "vorerst", weil ich mir durchaus nicht sicher bin, ob nicht langfristig die einschüchternde Wirkung des Terrors stärker sein wird als die mobilisierte Wut und Trotzreaktion. Werden nicht viele vor der nächsten anstehenden Großaktion sich fragen, ob sie sich das nach Genua noch einmal zumuten? Werden die gemäßigten Gruppen nicht letztlich wieder in ihre vertraute Spaltungsposition zurückkehren und, ausgesprochen oder nicht, die Militanten für den Terror der Polizei verantwortlich machen?

Die ersten Signale, etwa aus Richtung des GSF, klangen leider ganz danach.

In jüngster Zeit gab es aber auch ermutigende Zeichen, etwa aus Richtung von ATTAC Deutschland. Eine Diskussion über die Möglichkeit gemeinsamer Aktionsformen ist nötig, und eine Einigung ist nicht zu erwarten. Aber vielleicht ist es wenigstens möglich, sich darüber zu verständigen, was in Genua geschehen ist und was als Gerücht, Einbildung, Erfindung oder Spekulation zurückgewiesen werden muß. Von einer solchen Basis aus kann dann versucht werden, zu diskutieren, wie weitere Aktionen in Zukunft aussehen könnten.

Ich möchte zusammenfassend mein Fazit aus den Tagen in Genua ziehen.

- Die Eskalation der Straßenkämpfe in Genua war spätestens nach Göteborg absehbar.- Es hat keinen "Black Block" gegeben.
- Militante sollten den Begriff des "Black Block" nicht akzeptieren, denn er kann - gerade in Italien - Assoziationen an unheimliche Gewalttäter und (faschistischen) Terror hervorrufen.
- Die Militanten waren schlecht bis gar nicht organisiert.
- Die Straßenkämpfe wurden von Militanten begonnen und maßgeblich geführt, nicht von Provokateuren.

## Materialien zu Genua und VolXtheaterkarawane

- An den Straßenkämpfen beteiligten sich tausende, viele davon waren weder schwarz gekleidet noch verumumt, waren weder Militante noch Provokateure.
  - Die Polizei ging brutal gegen alle vor, ob militant oder friedlich.
  - Die Polizei hatte am Freitag ein teils defensives Konzept, weshalb viele militante Aktionen zeitweise unbehelligt blieben.
  - Am Samstag schaltete die Polizei auf Offensive um und griff alle an, die ihr vor die Knüppel kamen - wiederum Militante ebenso wie Friedliche.
  - Es gab verumumte Zivilpolizisten, vor allem als Schläger- und Greiftrupps.
  - Es beteiligten sich auch einige getarnte Polizisten und Faschisten an den Krawallen; wenn sie dabei eine politische Strategie verfolgten, dann höchstwahrscheinlich die, durch asozialen Terror die Militanten in Mißkredit zu bringen.
  - Es gab daneben aber auch Fehler von Militanten und unverantwortliche Aktionen.
  - Der Überfall auf die Diaz-Schule war von oben gedeckt, wenn auch nicht von langer Hand geplant; er sollte vermutlich die deutschen Militanten treffen.
  - die massive Brutalität der Polizei verfolgte das Ziel, die gemäßigten Teile der Bewegung einzuschüchtern und von den radikaleren Teilen zu spalten. Ob dieses Konzept erfolgreich war, wird sich erst in der Zukunft erweisen.
  - Genua war ein politischer Erfolg für die gesamte GAPO-Bewegung, der teuer erkaufte wurde und keine Gewißheit für den weiteren Verlauf bringt; ein Rückschritt ist ebenso wahrscheinlich wie eine verstärkte Mobilisierung.
  - Genua wird sich in dieser Form nicht so bald wiederholen. Das Jahr 2001 war möglicherweise das letzte Jahr, in dem die Weltstrategen Ort und Form ihrer Gipfel kaum unter Rücksichtnahme auf mögliche Proteste planten.
- Gipfeltreffen in den Rocky Mountains, in Saudi-Arabien oder auf Flugzeugträgern werden anders verlaufen.
- Zentral steht für mich eine Erkenntnis: Genua hat eine Grenze der Mobilisierung und politischen Aktionsfähigkeit aufgezeigt. So viele Menschen, aus so unterschiedlicher (politischer) Heimat, mit verschiedenstem Organisationsgrad und verschiedensten Aktionsformen, werden zu einem unkontrollierbaren Pulverfaß. Alles, Gutes wie Schlechtes, wird immens verstärkt und intensiver erlebt. Niemand kann mehr den gesamten Verlauf der Ereignisse überblicken, geschweige denn kontrollieren: kein GSF-Funktionär, kein Tute Bianche, kein Militanter, kein Provokateur, kein Polizeiführer.
- Militante Straßenkämpfe einer wachsenden Bewegung sind schon früher - auch in Italien - an eine Grenze gestoßen, die zu überschreiten den Weg in die militärische Auseinandersetzung bedeutet. Die Folge ist, unter den heutigen Bedingungen ebenso wie etwa 1977 in Italien (bewaffnete Demos der Autonomia-Bewegung), daß die Eskalation zurückgenommen werden muß oder die Bewegung zerschlagen wird. Denn die Machtfrage stellt und beantwortet derzeit in Europa der Staatsapparat und nicht die revolutionäre Bewegung.
- Die Eskalation von Seiten der Polizei, die bereits in Seattle begann, verfolgt genau dieses Ziel: uns einen immer härteren Kampf aufzuzwingen, dem wir auch strukturell nicht gewachsen sind. Denn, wie erwähnt, es gibt nicht nur keinen organisierten "Black Block" (was sogar die italienische Justiz inzwischen zugeben scheint), es gibt überhaupt keine Struktur der Militanten, die einer ernsthaften staatlichen Repression auch nur ansatzweise standhalten könnte.
- Daher müsste für alle Militanten eine Einschätzung der Kräfteverhältnisse stets am Anfang ihrer Aktionen stehen, und der mögliche Verzicht auf Eskalation müsste bewußter Teil der Strategien sein. Das ist aber nur sehr selten der Fall, denn - wie oben schon angedeutet - "die" Militanten sind ein strategienloses Sammelsurium, in dem völlig unterschiedliche Motivationen zusammenkommen. Wer jung und wütend ist, sich sehr stark und wichtig fühlt, halb noch gegen die Eltern, halb schon gegen das Gesellschaftssystem rebelliert, wird sich kaum mit strategischen Überlegungen aufhalten. Das Ergebnis ist, bedauerlicherweise, daß nicht etwa die militante Bewegung bewußt Strategie und Taktik entwickelt, sondern daß zur militanten Bewegung immer genau die Menschen gehören, die die momentane Praxis gut finden. Wer seine Meinung ändert, verläßt meist die Bewegung, anstatt sie zu verändern.
- Daher ist es fast unmöglich, mit anderen Kräften der GAPO-Bewegung verbindliche Absprachen über ein zukünftiges Nebeneinander der Aktionsformen zu treffen. Niemand kann den militanten Flügel wirklich repräsentieren.
- Wir als Militante können nicht auf das Umfeld der vielen tausend verzichten, die unsere Aktionsformen zumindest tolerieren; die GAPO-Bewegung allgemein kann nicht auf ihre militante, umstürzlerische Option verzichten, will sie nicht in der sozialdemokratischen Umarmung ersticken. Künftige Mobilisierungen der GAPO kommen nicht darumherum, sich sowohl auf mögliche (nicht: zwangsläufige!) militante Aktionen wie auch auf brutale Polizei einzustellen.
- Es ist klar, daß es unter diesen Voraussetzungen schwer ist, gemeinsame Aktionen durchzuführen mit denen, die an Reformkonzepten noch glauben und auf Einfluß, gar Beteiligung an der Regierung (oder gar der Macht?) hoffen. Für sie sind wir eine zukünftige Bedrohung, und sie für uns. Dieses Mißtrauen zieht sich mehr oder weniger unerschwellig stets durch die Gewalt-Debatte.
- Welche Politik wird durch Gewalt diskreditiert? Wenn es die Politik ist, die auf Teilhabe an der heutigen Macht zielt, ist sie in unseren Augen bereits selbst diskreditiert. Diese Sichtweise führt viele Militante in die Sackgasse, die gemäßigte Linke an sich für verloren an den Reformismus zu halten, besonders die Organisationen. Sie verlieren den Respekt vor den

Beteiligten und sehen sie geringschätzig als die nützlichen Idioten der Sozialdemokratie an, so wie andersherum manche uns als nützliche Idioten der Polizei betrachten.

Die GAPO-Bewegung kann nur stärker werden (bzw. überleben), wenn sie dieses Spannungsverhältnis aushält. Sonst wird sie sich zwangsläufig aufspalten in einen radikalen Teil, der isoliert, unterdrückt, zerschlagen wird und einen reformistischen Teil, der mit den üblichen Lippenbekenntnissen, Bestechungen und Lügen abgespeist wird. Aushalten läßt sich das Spannungsverhältnis nur, wenn es für alle Fraktionen die Möglichkeit gibt, ihre Aktionsformen durchzuführen. Das bedeutet aber auch, daß es für Gewaltfreie möglich sein muß, so zu demonstrieren, wie sie es wollen, ohne daß unsere Militanz und der darauf folgende Polizeieinsatz sie daran hindert. Militante Aktionen, soweit sie organisiert sind, müssen darauf achten, nicht andere Leute schwerwiegend in Mitleidenschaft zu ziehen. Wenn die Polizei von sich aus angreift, so soll sie das nicht uns in die Schuhe schieben können.

Andererseits sollten wir von den Gewaltfreien erwarten können, daß sie einen differenzierten Blick entwickeln und nicht über jedes Distanzierungsstückchen springen, das ihnen hingehalten wird von Medien und Staatspolitik. Wenn die Polizei sagt, sie müsse die DemonstrantInnen leider verprügeln, weil sie sich nicht distanzieren von denen, die ganz woanders Krawall machen, erwarte ich den von den Gewaltfreien den Mut, zu sagen:

Nein, warum soll ich mich distanzieren, ich habe das nicht zu verantworten!

Die Gewaltfrage innerhalb der GAPO-Bewegung ist nicht "lösbar". Um zu überleben, muß sie Formen des akzeptierenden Nebeneinander entwickeln, die sich gegenseitig nicht ausschließen.

Wir als Militante können dazu beitragen, indem wir für die anderen Gruppen und Strömungen innerhalb der GAPO erkennbarer, ansprechbar und einschätzbar werden; indem wir Absprachen eingehen und auf deren gegenseitige Einhaltung achten; indem wir nicht jede Möglichkeit militanten Agierens nutzen, sondern uns taktischer verhalten.

Tja, es gäbe noch viel zu schreiben... aber vorerst lass ich es mal bei diesem Text.

Sven Glückspilz, 13.08.01 e-mail: glueckspilz@so36.net

## **Genua: Versuch einer politischen Einschätzung** gruppe gemeinsam sind wir stark -- 26.07.2001

Bisher ist die Berichterstattung bei indymedia, vor allem von Augenzeugenberichten, Bilddokumentationen und z.T. wichtigen Informationen geprägt. Eine politische Einschätzung, der Versuch einer strategisch orientierten Reflektion fand bisher nicht statt. Hier eine erster Beitrag für diese notwendige Debatte.

Bei denjenigen von uns, die in Genua vor Ort waren, herrscht bisher noch vornehmlich Sprachlosigkeit vor. Sprachlosigkeit angesichts eines Eskalationsniveaus militärischer Auseinandersetzungen, die keineR von uns in Westeuropa so einfach vermutet hätte. Dieser Text soll den Versuch darstellen, diese Sprachlosigkeit zu überwinden und, jenseits von Augenzeugenberichten, zu einer ersten politischen Einschätzung der Ereignisse zu gelangen.

In Genua hat der Straßenkampf, der seit Seattle die Anti-Globalisierungs- Proteste kennzeichnet, regelrecht militärische Dimensionen angenommen. Das begann schon im Vorfeld in Form eines Informationskrieges, in dessen Verlauf die italienische Regierung die Bereitstellung zusätzlicher Kühlhäuser und Särge für die zu erwartenden Toten und aufgestellte Kleinraketen auf einem nahegelegenen Stützpunkt ankündigte. Doch auch vor Ort wurden DemonstrantInnen, obwohl sie sich bereits auf dem Rückzug vom Hauptgeschehen befanden, von Panzern durch die Straßen getrieben. Eine Polizeiwache brannte komplett aus, ein Gefängnis wurde gestürmt (La Repubblica 22.7.2001). Die militanten Straßenkämpfer haben mehrere Tankstellen in der Innenstadt geplündert, um serienmäßigen Nachschub an Molotov-Cocktails zu produzieren.

Die italienischen Medien berichten, militärische Einrichtungen seien in Gefahr gewesen, was die Intervention der Marine notwendig gemacht habe. Auch wurden Menschen, die vor der Polizei ins Wasser flüchteten, von Polizeibooten aus angegriffen. Und es wurde an mehreren Stellen, zu mehreren Gelegenheiten scharf geschossen, nicht nur an dem Ort, wo Carlo Giuliani aus nächster Nähe exekutiert worden ist, sondern mindestens noch beim Angriff auf eine weitere Polizeistation und bei den Krawallen am Samstag durch die sogenannte Finanzpolizei. Man kann also sagen, daß auf beiden Seiten Mittel der Auseinandersetzung gewählt wurden, die für Westeuropa zumindest im Kontext sozialer Bewegungen unüblich sind.

Zunächst steht die Frage im Raum, wie dieses Eskalationsniveau erreicht werden konnte. Zunächst muß an dieser Stelle davon ausgegangen werden, dass jeder Ansatz von Bewegung, der es wirklich ernst meint, mit staatlicher Repression zu rechnen hat. Die historisch relativ junge internationale Bewegung gegen die Globalisierung vermittelt zumindest in Teilen einen solch entschlossenen Eindruck. Geheimdienste gehen inzwischen sogar von der Gefahr eine "neuen Qualität des internationalen Gewaltpotentials" aus, da sich bei den Protestereignissen verschiedene Erfahrungen des Widerstandes verbinden und von einander gelernt werden kann. Die staatliche Reaktionen auf diese neue Stärke einer Protest- oder Widerstandsbewegung waren eindeutig, neben dem Informationskrieg im Vorfeld (siehe oben) wurde die Militarisierung des polizeilichen Handelns vorangetrieben. Das Schießtraining von Göteborg mag dafür ebenso stehen wie die Hochrüstung des Schutzkonzeptes in Genua selbst.

Vor dem Hintergrund dieser strategischen Konstellation sollten die Ereignisse der letzten Woche betrachtet werden: als taktischer Ausdruck einer politischen Konfrontation. Auch die bisher umstrittene Bewertung des "Schwarzen Blocks" sollte aus dieser Perspektive unternommen werden.

Augenzeugen berichten, daß die militanten Gruppen, die später von den italienischen Medien als "Anarchisten" und "Schwarzer Block" homogenisiert worden sind, am Freitag morgen (also dem Tag des Gipfelsturms) sich über mehrere Stunden lang quasi unbehelligt in der Innenstadt ausagieren konnten. Ohne nennenswerte Eindämmungsversuche seitens der Polizei zerstörten sie in ganzen Straßenzügen die Geschäfte und Banken. Als die großen Demonstrationzüge in der Innenstadt ankamen, stiegen dort bereits dicke Rauchsäulen auf. Erst als die Massendemos ankamen, startete die Polizei ihre Gegenangriffe durch sehr massiven CS-Gas-Beschuß, Knüppel und Wasserwerfer, wobei diese sich vornehmlich gegen die Demozüge richteten und nicht gegen die militanten Gruppen. Hierbei wurde nicht differenziert zwischen Gruppen mit einem erklärtermaßen gewaltfreien Konzept, den Anhängern der von den Tute Bianche propagierten defensiv/offensiv-Strategie (siehe unten) und eventuellen "Schwarzen Blocks". Die Repression richtete sich also ausdrücklich gegen die nicht-militante breite Masse, während im Stadtzentrum der Rock'n Roll immer noch fortgesetzt wurde.

Carlo Giuliani wurde am Rand der Tute-Bianche-Demonstration erschossen, deren Spitze an das Innenstadtgebiet angrenzte, als sie von der Polizei aufgehalten und zurückgeschlagen wurde. Diese Demonstration war straff organisiert, zielte in ihrer Militanz ausschließlich auf die Durchbrechung von Polizeikordons und Zaun auf dem Weg in die Rote Zone und wollte, um einer breiten Öffentlichkeit ein politisch gezieltes offensives Vorgehen zu vermitteln, explizit keinen Sachschaden in der Stadt anrichten. Ein siebenköpfiges, plural zusammengesetztes Gremium traf im Verlauf der Demonstration die Entscheidungen über das gemeinsame Vorgehen, die bis zum Schluß über den (für die Menge zu leisen) Lautsprecherwagen an die TeilnehmerInnen vermittelt wurden. Auch das interne Infosystem über Funk hat offenbar den ganzen Tag sehr gut funktioniert. Es gelang so weitgehend, ein Vertrauen der DemonstrantInnen in die Demoleitung herzustellen und (Gruppen)-Individualismen zugunsten eines geschlossenen Vorgehens zu vermeiden. Am Rande der Tute-Bianche-Demonstration kam es demnach auch zu Handgemengen zwischen Demo-ordnern und Militanten, die sich in die Masse flüchten wollten, um von dort aus erneut auszuschwärmen. Das Konzept von zivilem Widerstand der Tute Bianche zielt auf eine Verbreiterung der Aktionsformen der Anti-Globalisierungs-Bewegung nach dem Vorbild der Zapatisten. Dabei sind sie sehr stark auf Transparenz und Vermittelbarkeit bedacht. Ihre Ausrüstung (Helme, Panzerungen aus Schaumstoff und Plastik, große Plexiglasschilder, Feuerlöscher und Flexgeräte, um den Zaun aufzuschneiden) ist in Italien explizit legal, d.h. sie reizen die Legalität auf sehr phantasievolle Art bis an ihre Grenzen aus. Zudem waren Anti-CS-Gas-Brigaden im Einsatz, die die Patronen in mit Wassern gefüllten Mülleimern löschen sollten, und diverse andere Gruppen mit besonderen Aufgaben im zu erwartenden Handgemenge. Im Carlini-Stadion, der Homebase der Tute Bianche, wurden Konzepte und Entscheidungen auf Massenplena vorgestellt und so zumindest für alle nachvollziehbar gemacht. Entscheidungen fällte ein Delegiertentreffen der verschiedenen italienischen Städte und internationalen UnterstützerInnengruppen. Dabei gelang es, Transparenz und demokratische Entscheidungsstrukturen nicht in Handlungsunfähigkeit umschlagen zu lassen, v.a. weil die einzelnen Gruppen den Erfolg des gemeinsamen Vorgehens im Auge hatten und nicht die genaue Durchsetzung einer eigenen Linie oder das politische Reinheitsgebot. Wichtig für eine Einschätzung hierzulande ist auch, daß die Tute Bianche in der italienischen Öffentlichkeit sehr präsent sind. Bereits vor dem Gipfel haben sie über die Medien eine sehr breite Debatte über die Legitimität ihres defensiv-offensiven Vorgehens geführt, flankiert von einer Umfrage nach dem Vorbild der Zapatisten, ob die Bevölkerung es für gerechtfertigt halte, in die von Polizei und Militär belagerte Rote Zone, wo der Gipfel stattfinden sollte, unter Einsatz legaler Mittel und des eigenen Körpers einzudringen. Gescheitert sind die Tute Bianche diesmal in der Auseinandersetzung mit der Polizei, aber nicht in der Öffentlichkeit, wo sie die Auseinandersetzung nach wie vor mitbestimmen, wie keine linksradikale Gruppe in Deutschland dies in den letzten 20 Jahren vermocht hat. Ein Engpass in der gewählten Route und das Durcheinander in der Aufstellung der Demoblöcke, was automatisch bei einer derartig großen Anzahl beteiligter Gruppen entsteht, haben dazu geführt, daß die Demonstration zwar zeitweise die erste Polizeisperre durchbrechen konnte, den dadurch gewonnenen Raum aber aufgrund des sehr massiven Gegenangriffes nicht lange halten konnte. Doch war zum Zeitpunkt des Todes von Carlo Giuliani, der dann zum definitiven geschlossenen Rückzug führte, noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Noch am selben Tag tauchten die ersten Meldungen auf, unter den militanten Gruppen im Zentrum seien zahlreiche Provokateure der Polizei am Werk gewesen. Einen Tag später belegten Filmaufnahmen, wie größere Gruppen von Schwarzvermummten aus den Polizeiwachen stürmten und sich aktiv unter die Randalen mischten. Nach Einschätzung des Genoa Social Forum, des breiten Bündnisses vor Ort, das die Proteste getragen hat, diente die Polizeirazzia im Independent Media Center und der gegenüber liegenden Schule am Samstag nacht vor allem der Vernichtung von weiterem Beweismaterial, welches die aktive Beteiligung von Zivilpolizisten bei den Krawallen belegte. Immerhin wird der Sachschaden auf über 3 Milliarden Lire geschätzt (zerstört wurden 83 PkWs, 41 Geschäfte, 34 Banken, 16 Tankstellen, 3 öffentliche Gebäude - darunter das Gefängnis, neun Postämter, vier Wohnhäuser etc. Alle Angaben aus La Repubblica vom 22. Juli 2001). Nach Angaben des Genoa Social Forum wurden unter den militanten Gruppen auch europäische und italienische Neonazis ge-

sichtet, konkret wird eine Gruppe von Forza Nuova genannt (il manifesto 24.7.). Auch ein britischer Nazi-Sympathisant berichtet von Einladungen durch italienische Faschisten .

Andererseits markiert diese Razzia aber auch den Beginn des entfesselten Staatsterrors, der seitdem den GlobalisierungsgegnerInnen in Genua und Umgebung entgegenschlägt und in die Außerkraftsetzung sämtlicher Grundrechte mündete. Vermutlich ist es für die Bewegung politisch gewinnbringender, sich auf diesen Aspekt zu konzentrieren und dagegen zu agieren, als sich von den Meldungen über Provokateure und Nazis verunsichern zu lassen.

Erst als die Lage in der Innenstadt sich weitgehend beruhigt hatte, also am Abend nach der großen Demonstration vom Samstag, begann die Polizei mit massiven Festnahmen. Ein beträchtlicher Teil davon fand unter extrem brutalen Bedingungen bei der nächtlichen Razzia statt, die sich wiederum nicht gegen einen Rückzugsort von Militanten richtete, sondern gegen die "Köpfe" der Bewegung, nämlich ihr Medienzentrum und das Headquarter des Genoa Social Forum. Alles deutet darauf hin, daß die Politik der Sicherheitskräfte auf die extreme Eskalation, so wie sie stattgefunden hat, ausgerichtet war. Eine durchschnittliche Einsatzleitung hätte mit polizeitaktischen Mitteln den wenigen tausend Militanten leicht und frühzeitig Einhalt gebieten können, wenn das gewollt gewesen wäre. Immerhin waren in Genua 18 000 Beamte verfügbar, die Sperren hätten errichten können, Straßenzüge räumen etc. Das alles ist jedoch nicht einmal ansatzweise passiert.

Eine solche Strategie kann eigentlich nur die Spaltung der Anti-Globalisierungs-Bewegung beabsichtigen. Indem man eine Situation bewußt anheizt und so eskalieren läßt, daß es Tote gibt, der Sachschaden immens ist und die nicht-militanten Teile der Bewegung angesichts der unverhältnismäßigen Repression, die sie erlebt haben, unter Schock stehen, führt man deren dauerhafte Distanzierung vom sogenannten "Schwarzen Block" herbei. Ob die Unterwanderung des "Schwarzen Blocks" Umsetzung einer solchen Spaltungsstrategie war oder vielmehr die Berichte der vielen "Augenzeugen" selbst Teil der Desinformationskampagne sind, muss in den nächsten Tagen und Wochen geklärt werden. Besonders in der Bundesrepublik hat die Strategie der Spaltung medial offenbar hundertprozentig angeschlagen. Die Sprecher von großen NGOs sehen sich hierzulande offenbar genötigt, sich von den Militanten zu distanzieren. Die deutsche Medienberichterstattung bildet dabei weniger die realen Ereignisse von Genua ab, als daß sie ein altbewährtes Debattenschema reproduziert, das schon mehrmals eingesetzt wurde, um soziale Bewegungen zu diskreditieren: böse Gewalttäter hier, gute Friedfertige dort, die nun von Journalisten möglichst schnell zu ersteren auf Distanz gedrängt werden. Bestes Beispiel ist der Artikel "Gewalt in Weiss" in der Süddeutschen Zeitung vom Wochenende: Hier wurde das Tute Bianche-Konzept, das sich in obiges schwarz-weiss-Schema eben gerade nicht einfügt und u.a. daraus seine politische Brisanz bezieht, mal eben unter völliger Mißachtung der realen Begebenheiten dem Randal-Flügel zugeordnet, nur um das Bewertungsmuster des Autors nicht durcheinanderzubringen.

Ganz anders in großen Teilen der italienischen Öffentlichkeit: Dort wurde diesen Spaltungsversuchen offensiv entgegengetreten und die Provokation der Polizei denunziert. Genoa Social Forum- Sprecher Vittorio Agnoletto beispielsweise schätzt die Proteste von Genua trotz des extrem hohen Preises, der mit dem Tod von Carlo Giuliani bezahlt werden mußte, als Erfolg ein.

Für ihn steht nicht nur die Oligarchie des G8 auf dem Spiel, sondern es geht bei diesen Auseinandersetzungen auch um konträre Konzepte von Demokratie. Eine Demokratie, die angesichts von Ausreiseverboten, hemmungslosen Prügelorgien der Carabinieri, scharfen Schüssen auf Demonstranten, Folterungen in italienischen Gefängnissen, dem tagelangen Verschwinden von Verhafteten etc. im Rahmen des entfesselten Neoliberalismus offenbar auf südamerikanisches Maß reduziert werden soll.

Das Genoa Social Forum setzt auf eine breite Massenbewegung, in der keine Gruppe und keine Aktionsform ausgegrenzt wird, um die illegitime neue Weltordnung und ihre Vorstellungen einer Demokratie der Mächtigen zu bekämpfen und das Recht auf Protest und Widerstand durchzusetzen.

Auch wenn die Randal aufgrund der Beteiligung von Provokateuren und Nazis im Nachhinein wenig ruhmreich erscheint, geht es nun darum, sich vom politischen Gegner keine Debatte über die Legitimität von Mitteln des Protests aufzwingen zu lassen. Militanz war schon immer Teil einer jeden größeren sozialen Bewegung und hat auch wesentlichen Anteil an ihrer medialen Wahrnehmbarkeit und ihrem politischen Erfolg oder Mißerfolg gehabt. Auch wenn einige Aktionen mit Sicherheit zu hinterfragen sind, bleibt doch festzuhalten, dass der Sachschaden von Genua in keinem Verhältnis zu dem Elend steht, in dem die Milliarden von Ausgegrenzten weltweit leben. Jetzt ist der Augenblick, in dem sich die politische Integrität der Nichtregierungsorganisationen wie ATTAC u.a., die die Breite der Bewegung ausmachen, erweisen muß und zwar auch im Verhältnis zu und in der Abhängigkeit von eventuellen Finanziers.

Aber auch von Seiten der radikalen Linken sollte der Wille zur Einheit der Bewegung die Abgrenzungsgelüste von "reformistischen Flügeln" im Keim ersticken, denn mittlerweile sollte klar sein, daß auch radikale Strömungen auf eine breite Massenbewegung angewiesen sind, wenn sie wirklich die Verhältnisse angreifen wollen.

Die Stärke dieser jungen internationalen Bewegung liegt genau im Aufeinandertreffen verschiedenster Erfahrungen aus verschiedenen nationalen Kontexten, die bei allen Beteiligten althergebrachte Bewertungsmuster in Frage stellen. So geraten z.B. eigene Positionen zur Gewaltfrage ins Wanken, wo friedfertige deutsche Ökoaktivisten bei solchen Treffen

neben militanten Waldschützern aus Kanada stehen... Dies bezieht sich sowohl auf taktische Fragen der Auseinandersetzung mit der Repression, als auch auf analytische Fragen. Offene, auf massive Beteiligung ausgerichtete Modelle der Meinungsbildung wie das von den Zapatisten geprägte erlangen darin neue Bedeutung.

Großen Respekt haben die italienischen OrganisatorInnen verdient, sowohl die Tute Bianche als auch das Genoa Social Forum, das bis heute geschlossen gegen die Spaltungsversuche Front macht und die eigenen Inhalte nicht aus dem Blick verliert. Hier könnten deutsche Aktivistinnen einiges lernen, auch was Diskussionskultur anbelangt. Diskutiert werden müßte, wie eine offene und trotzdem zuverlässige Informationsstruktur geschaffen werden kann (die beispielsweise Beiträge von Polizei und Nazis im Netz rechtzeitig enttarnt). Die Entscheidungsstruktur des Genoa Social Forum, ein morgendliches Delegiertentreffen und allabendliches Plenum zur Mitteilung der Ergebnisse, hat sich für die Tage vor dem Gipfel als tauglich erwiesen, wurde dann aber durch den Riot außer Kraft gesetzt. Vor allem hätte der gemeinsame Rückzug aus der Stadt von vorneherein besser organisiert werden können, damit die Letzten nicht die Hunde beißen. Im Carlini-Stadion hat das ansatzweise funktioniert, dort reiste die große Mehrheit, u.a. aufgrund von Lautsprecherdurchsagen, noch am Samstag abend ab. Doch hätten hier Erfahrungen auch an andere Spektren der Bewegung vermittelt werden können.

Für eine breite und v.a. politische Diskussion!

gruppe gemeinsam sind wir stark

### **Kritik an „Genua: Versuch ...”**

Guten Tag

Ich verstehe die Einschätzung nicht. Bereits eine Stunde nach dem Tod von Carlo Giuliani, distanzieren sich Sprecher der Tute Bianche und des GSF von den, ihrer Meinung nach die Schuld für die Eskalation tragenden, sogenannten militanten Anarchisten, bzw. dem Schwarzen Block, bzw. Spitzeln, und Samstag wurde in der Zeitung von seiten eines GSF-Sprechers gemutmaßt, es hätten, die ETA, die IRA und die Faschos ihre Hände im Spiel. Mutmaßungen ohne Ende. Wo waren denn diese Leute am Freitag, was haben sie gesehen? "3000 straff organisierte, in den Polizeiketten ein und ausgehende Schwarz-Gekleidete", wurde behauptet. Die habe ich nicht gesehen. Mir schien, der/die Sprecher des GSF, als Teil eines Demo-Establishments, kam/en ausschließlich nur der Aufgabe nach, die Medien zu bedienen.

In einem Rundfunkinterview zwei Stunden nach dem Schuss, meinte ein Sprecher auf die Frage, ob sie sich mitschuldig fühlten am Tod von Carlo Giuliani, "nein, schließlich hätte die Polizei geschossen, aber er verstünde nicht, warum die Polizei die sogenannten 'tute nere', die 'Schwarzen', nicht in den Camps abhole, wo sie saßen. Sie wüßten doch, wo das sei." Das ist nicht nur eine einfache Distanzierung. Das führte teilweise zu panischen Reaktionen in verschiedenen Camps. Junge Frauen mußten sich, als sie sich der Rechtshilfe versichern wollten, sagen lassen, schwarze Chaoten vertreten wir nicht. Ein eigenartige Vorverurteilungsebene. Ich persönlich war absolut schockiert darob der Distanzierungsvehemenz von seiten des Organisationsestablishments der GlobalisierungsgenerInnen und in den italienischen Zeitungen wie Il Manifesto, Unita, Liberazione und von den Verschwörungsthesen gegen den sogenannten schwarzen Block. Man hat dort Projektionen freien Lauf gelassen. Bis drei Stunden nach dem Tod eines Menschen gaben sich auf dem Podium am Konvergenzzentrum politische RednerInnen die Hand, die nicht in der Lage waren, oder es nicht wollten, einem Gefühl der Verzweiflung, der Wut und der Trauer Platz zu machen. Da mußten erst junge Menschen das Podium stürmen. Sie wollten Redezeit im Fernsehen. Das wurde abgebügelt. Ich finde es unglaublich, wenn im Il Manifesto wirklich dummdreiste Artikel stehen mit dem Titel "Una notte con il black block", wo die SchreiberIn sich in Nasenringen ecetera ergeht, gleichzeitig ziemlich deutlich das Camp Giardino Dalla Chiesa auf der subkulturellen Klaviatur diffamiert. Oder der Leitartikel im Il Manifesto mit dem Tenor, diese jungen Leute hätten keine politische Meinung, sie wollten nur Randalen. Das schreiben 44 jährige Muttis und Papis, als wären ihre Kinder vom Mars gefallen, denn es sei ja soooo unverständlich, was die täten. Man hätte ihnen keine Werte beigebracht. Welche Werte bitte? Ich bin 45. Ich laufe nicht mehr so schnell wie früher und ich habe mehr Angst als früher und ich zweifle mehr als früher an bestimmten Aktionsformen, frage mich, macht es einen Sinn, so zu agieren etc. Aber ich kann mich sehr genau daran erinnern, daß es um die Frage ging und geht, diese ungerechten Verhältnisse, gegen die in Genua demonstriert wurde, abzuschaffen. Und ich distanzieren mich nicht von Militanz und verteufler sie generell als falsche Aktionsform und nicht links, wie die hohen Herren des GSF. Von der Basis des GSF habe ich wenig mitbekommen. Im übrigen besteht ein Unterschied zwischen Kritik und Distanzierung. Wie erklärt sich der symbolisch gute Stock eines/r tute bianche im Gegensatz zu einem konkret bösen Stock eines/r tute nere? Darüber sollte geredet werden. Es ist Quatsch so zu tun, als hätten sich das GSF und die Tute Bianche nie distanziert, sie haben es getan und rudern jetzt zurück. Bis heute schockiert bin ich von der Äußerung nach dem Tod von Giuliani von seiten eines Tute Bianche Vertreters, der sagte, die 'tute nere' haben alles kaputt gemacht, und "wir haben das Tränengas abbekommen und einen Toten". Hier gilt wie so oft, solange du lebst gehörst dir selbst, wenn du tot bist, gehörst du den anderen. Funktionalisieren nenne ich das. Und linke Strukturen und Parteien in Italien funktionalisieren die Knüppelinsätze von Genua, um gegen Berlusconi vorzugehen. Das nennt man Politik. Das mag allgemein hin akzeptiert sein, aber darüber will ich nicht

vergessen, wie schnell und wie viele unter den G8 DemonstrantInnen sich von den vermeintlich Schuldigen, die sich angeblich in ihre Reihen eingeschlichen hatten, distanziert haben und nach der Polizei riefen, die sie jetzt - nach dem Knüppelinsatz in der Schule und am corso d'italia - wieder verteufeln. Ich will, daß in einer zukünftigen Diskussion genau das auf den Tisch kommt. Punkt.

Gruß Ingrid S.

## Über die Gewalt M. Hammerschmitt -- 23.07.2001

Wie zu erwarten war, ist nach den erwartbaren Ereignissen von Genua eine "Gewaltdiskussion" ausgebrochen, die sich in endlosen Schleifen um einen abstrakten Begriff von "Gewalt" dreht und offensichtlich den einzigen Zweck hat, die Realität der konkreten Gewalt in unserer Welt unter lauter substanzlosem Gewäsch zu begraben.

Einige Anmerkungen dazu.

1) Die Herrschaft der G8 über diese Welt ist eine Gewaltherrschaft. Ob amerikanische Marschflugkörper eine sudanesishe "Giftgasfabrik" oder deutsche Kampfflugzeuge Belgrad bombardieren: Die Machtansprüche der Herrschenden werden mit Gewalt durchgesetzt. Es ist eine Binsenweisheit der politischen Philosophie, daß Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Wie sich immer wieder deutlich zeigt, trifft die Umkehrung dieses Satzes genauso zu. Die G8 sind die "Großen Acht". Vom Standpunkt einer überwältigenden Mehrzahl der Menschen auf dieser Welt könnten sie genauso gut als die vier apokalyptischen Reiter beschrieben werden: Krieg, Hungersnot, Pestilenz und Tod.

2) Die Behauptung der öffentlichen Propagandamaschinerie, der Gipfel habe etwas mit dem Kampf gegen die Weltarmut zu tun, ist ein schlechter Witz. Die wirtschaftlichen Eckdaten der ärmsten Länder dieser Welt sprechen eine überdeutliche Sprache: Sie sind ärmer als vor zehn und zwanzig Jahren, ihr Ökonomien ersticken an einem ungerechten Welthandelssystem, der Schuldenfalle, maroden oder inexistenten Bildungs- und Gesundheitssystemen, etc. etc. etc. Angesichts der Tatsache, daß die Länder der dritten Welt insgesamt mehr Geld für die Schuldentilgung aufbringen müssen, als ihnen an "Entwicklungshilfe" zugestanden wird, ist die Charakterisierung der G8 als "Geberländer" das Gegenteil der Wahrheit. Genauso wenig, wie ein "Arbeitgeber" ein "Geber" von Arbeit ist, weil er in Wirklichkeit ein Besitzer von Produktionsmitteln und ein Nehmer von Arbeitskraft ist, sind die Geberländer Geberländer. Sie sind im allergrößten Stil die Nehmerländer, und zwar was Arbeitskraft, Kapital und Rohstoffe angeht. Kein G8-Gipfel hat je etwas daran geändert, genauso wenig wie die Weltbank, der IWF, das WEF, die EBRD und wie sie alle heißen. Das ist auch vollkommen logisch, weil ihre Aufgabe darin besteht, das Gewaltverhältnis zwischen den Nehmerländern der G8 und dem Rest der Welt aufrechtzuerhalten. Angesichts der Raubritterherrschaft der Großen Acht wartet ein großer Teil der Welt auf die sieben Samurai. Ausdruck dieser Tatsache ist die Massenbewegung, die von der Presse die "Globalisierungsgegner" genannt wird.

3) Wenn Tony Blair anmerkt, er sei im Gegensatz zu den 100.000 Globalisierungsgegnern in Genua immerhin demokratisch legitimiert, dann kann ihm zweierlei entgegengehalten werden:

- Selbst wenn die Wahlen in westlichen Demokratien ein Mittel demokratischer Entscheidungsfindung wären, was sie nicht sind, wäre er nicht berechtigt, die Ausplünderung der Welt politisch mitzukoordinieren. Dafür reicht nicht einmal die 100%ige-Zustimmung aller Briten bei 100%iger Wahlbeteiligung. Für alle anderen "demokratisch gewählten"-G8-Mitglieder (einschließlich des am allerdemokratischsten gewählten amerikanischen Präsidenten) gilt dasselbe.

- Wenn ein einzelner Mann vor 100.000 Zuhörer und Zuhörerinnen tritt und ihnen vorwirft, sie seien nicht "demokratisch legitimiert", dann sagt er im Klartext: "Demokratie ist, was ich will." Diese Frechheit kann er sich nur leisten, weil 20.000 italienische Polizisten die 100.000 daran gehindert haben, ihm das Gegenteil zu demonstrieren. Seine Form der "Demokratie" stützt sich auf Gewalt.

4) Es ist ein beständiges Merkmal neuerer Gewaltdiskussionen, daß sie von denen geführt werden, die in der größten Zahl der Fälle die Gewalt erdulden und nicht von denen, die sie in der größten Zahl der Fälle ausüben. Der Staat diskutiert nicht über Gewalt, er übt sie aus. Er tut das Mithilfe seiner Organe. Diese Organe schützen unter den gegenwärtigen Umständen nicht die Verfassung, wie das leichfertiger immer wieder behauptet wird, sondern Eigentumsverhältnisse. In Genua schützte die italienische Polizei die Eigentümer dieser Welt vor denjenigen, die ihnen das Eigentumsrecht bestreiten. Sie hat das mit einer nachgerade unglaublichen Brutalität getan. Schützte die italienische Polizei die Verfassung, dann müßte sie sich jetzt wegen ihres Angriffs auf IMC und GSF selbst verfolgen. Darauf wird die Welt lange warten dürfen.

Die Begründung des Polizeisprechers von Genua für die Attacke auf IMC und GSF ist hervorragend: Die Razzia sei "eine Reaktion auf die von Globalisierungsgegnern ausgegangene Gewalt in den vergangenen beiden Tagen gewesen". So hat sich also die empörte italienische Polizei dafür rächen müssen, daß sie einen Demonstranten erschossen, Dutzende schwer verletzt, Hunderte festgenommen und Tausende mit Tränengas eingenebelt hat. Selbstverständlich mußte sie sich auch für den großflächigen Einsatz von Provokateuren rächen, die als "Autonome" verkleidet die Demos aufmischten, damit die offiziellen Truppen dasselbe hinterher noch einmal tun konnten:

<http://de.indymedia.org/2001/07/5005.html> Schweres leistete die italienische Polizei in Genua. Sie mußte sich für ihre eigene ausufernde Gewalttätigkeit rächen (an sich schon keine Kleinigkeit!) und außerdem auch noch die Beziehung zwischen Ursache und Wirkung umkehren, was sowohl in körperlicher als auch geistiger Hinsicht in jeder Hinsicht eine echte Herausforderung war.

5) Der Angriff auf IMC und GSF ist auch deswegen so bezeichnend weil er überflüssigerweise noch einmal klarmacht, daß die Herrschenden nicht zwischen gewalttätigem und gewaltfreiem Widerstand unterscheiden, wenn er erfolgreich ist. Der Staat beantwortet erfolgreichen Widerstand auf jeden Fall mit Gewalt; ob er gewaltfrei oder gewalttätig ist, spielt keine Rolle, ebensowenig, ob er legal ist oder nicht. Er unterläßt dies höchstens aus taktischen Gründen. Die Demonstranten, die im kolonialen Indien friedlich gegen die Salzsteuer protestierten, wurden niedergeprügelt, weil sie das Gewaltverhältnis zwischen Briten und Indern antasteten. Martin Luther King wurde ermordet, weil er das Gewaltverhältnis zwischen Weißen und Schwarzen in den USA antastete. Gewaltfreiheit schützt nicht vor der Gewalttätigkeit des Staats. Aus dieser Tatsache die Schlußfolgerung zu ziehen, daß Gewalt "das einzig Wahre" ist, ist politisch und moralisch falsch. Politisch, weil es die Tatsache übersieht, daß jede Situation konkret ist und nach ihre eigenen Bewertungen und Lösungen verlangt; moralisch, weil der religiöse Glaube an und die rücksichtslose Ausübung von Gewalt das Kennzeichen des Gegners ist. Grüße, M. Hammerschmitt Gewalt, die von Staat und Polizei ausgeht wird als solche kaum wahrgenommen oder gerechtfertigt. Wer sich wehrt, zählt automatisch als "gewaltbereiter Chaos".

Text: "Aufruf zur Vernunft" Die ganze Diskussion um "gewalttätige" und "gewaltfreie" scheint von den Medien diktiert. Die Aktivisten in diese beiden Kategorien zu stecken scheint mir unsinnig:

1.) Für einige ist bereits Notwehr Gewalt, für andere nur offensive Aktionen. Für die einen ist Gewalt gegen Sachen Gewalt, für andere nicht. Die Medien diktieren seit einem Jahr, daß Sitzblockaden und Torten Gewalt sind. Gewalt von Staatseite wird meist ausgeblendet oder als gerechtfertigt empfunden. (das gilt auch für strukturelle Gewalt, die oft gar nicht wahrgenommen wird) - Es ist also erst schon mal eine Definitionssache, was Gewalt ist.

2.) Zu den Leuten, die Gewalt ausüben. Auch hier gilt zu unterscheiden: Notwehr, Wut, Vorsatz, mit Vorheriger Überlegung, Blind oder aus Lust an Gewalt.

Jeder Kampf von unten oder jede Revolte war dadurch gekennzeichnet, daß die Masse weder homogen in ihren Ansichten, noch gleich in der Wahl der Mittel ist!

- In der DDR (hab ich miterlebt) gab es auch einige sehr frustrierte Menschen, die Polizisten angriffen. Bei den großen Demos gab es Bürgerrechtler, die "Keine Gewalt" riefen und versuchten, die Leute "ruhig" zu halten. Ich denke dies war einer der Gründe für die große Sympathie in der Bevölkerung.

- In Indien (Gandhi) war es nicht nur das friedliche, was zum Sieg führte. Hinter Gandhi stand eine große Bewegung, die auch Gewalt einsetzte. Da sie sehr groß und daher sehr stark war, verlieh sie Gandhi "mehr Gewicht".

- In den 80ern waren es gerade militante Aktionen, die es möglich machte, Kreuzberg nicht in eine große Autobahn zu verwandeln. Leider zerbrach die Bewegung an Repression und Spaltung (wegen der Gewaltfrage, die von Provokateuren angeheizt wurden) - Die RAF und andere militante Gruppen isolierten sich von der Gesellschaft immer mehr und wurden so zu einer Art "Anti-Werbung" für die Linke - Im Nahen Osten oder in Irland oder auf dem Balkan gibt es nur Militanz - Friedliche Lösungen werden prinzipiell von den Parteien abgelehnt. Dies soll keine Anklage sein, da es Ursachen dafür gibt. Doch wird ein Ende des Konflikts, ein Gewinnen verhindert.

Ich halte es für wichtig zu erkennen, daß eine Spaltung oder Trennung in "Gute" und "Böse" keinen Sinn ergibt. Ich weiß, daß es einige Aktivisten gibt, die friedliche Methoden prinzipiell ablehnen - die meisten haben ein verklärtes Revolutionsbild von Arbeitermassen, die mit wehender Roten Fahne in einem Krieg die proletarische Weltrevolution erkämpfen. Doch daß Veränderung im Kopf anfängt wird nicht realisiert. Das System ist nicht die Polizei und die Regierung, sondern die Strukturen, wie wir miteinander umgehen. (Ich meine hiermit nicht militante Aktivisten - die sehr vernünftige Aktionen machen - sondern wirklich die die ich beschrieben habe: die Gewalt als einziges Mittel anerkennen und menschenverachtend sind - die meisten sind anpolitisierte Kids) Auf der anderen Extrem-Seite gibt es Menschen, die gerade erkennen, daß einiges nicht ok läuft. Natürlich sind die erst mal noch etwas Loyal und hoffen auf den Staat. Diese glauben, daß der Schwarze Block an allem Schuld ist und daß es ein Erfolg wäre mit dem Kanzler zu reden.

Ich finde, daß die Haltung vieler "radikalerer" Leute zur Abgrenzung, Beschimpfung und zum Wegstoßen dieser Menschen ein Fehler ist. Wir müssen uns ja nicht miteinander lieben oder deren Ideen annehmen und gut finden - Aber Fakt ist: Jeder fängt irgendwo an aufzuwachen.

Es ist unsere Chance genau jetzt, wo immer mehr Menschen mit unseren Idealen sympathisieren (oder Verständnis empfinden) zu wachsen. Es bringt nichts um der "Reinheit der Lehre willen" (auch Sektierertum genannt) lieber eine kleine marginalisierte Gruppe zu bleiben. Natürlich gilt es auch den Standpunkt klar zu machen, warum wir dem System konfrontativ gegenüber stehen - und nicht nur in Szene-Sprache, die niemand versteht. (Ein Freund, der gerade "aufwacht" sagte zu mir: All die Parolen und Plakate und Aktionen die er immer gesehen hat, haben ihn eher abgestoßen - die neueren Aktionsformen (die unverkrampfter sind und durchaus militant sein können: tute blanche, rts, spaßguerilla) haben eine ganz andere Wirkung.

Der größte Teil der aktiven Menschen ist nicht Teil der genannten Extreme, lässt sich aber hier- oder dorthin ziehen. Oft spielen dabei Mißverständnisse eine Rolle. Bei vielen Streits entdeckte ich, daß beide Seiten dasselbe meinen, aber aufgrund einer anderen Ausdrucksweise denken verschieden klingen. Meine Frage: Denkt Ihr wirklich, mit gegenseitigen Beleidigungen und Unterstellungen eine gemeinsame Vision zu haben? Gehört zu einer besseren Welt nicht auch gegenseitiges Verständnis? Ist es nicht klar, daß viele sauer sind, weil nachdem in Genua der Schwarze Block auf die Ya Bastas stieß eine Tute Bianche-Aktion nicht mehr möglich war? Sicher heizen Bullen in Zivi die Situation an. Aber mit mehr Disziplin und Verstand und Solidarität hätten sie weitaus weniger Erfolg. Nebenbei ist mir übrigens aufgefallen, daß sich hier bei Indymedia nicht "friedliche" und "gewalttätige" gestritten haben, sondern Leute die sich in folgendem Punkt unterscheiden: Gewalt als erstes oder einziges Mittel und Gewalt als manchmal nötiges, aber letztes Mittel. Ich will hier keine Wertung vornehmen, da ich auf Dogmatismus und ich kenne die "Reine Lehre" keinen Bock habe. Ich erinnere mich gerade an dieses Märchen, wo zwei Frauen vor dem Richter stehen und sich um ein Baby streiten. Der Richter sagt: Na dann teilen wir das Baby in 2 Teile - für jede eines.

Darauf hin sagt die eine: Nein, dann soll die andere das Baby haben. Das war dann für den Richter die wahre Mutter. - - Genau dies lässt sich auf die Bewegung anwenden: Starrsinn und Beharren auf die "Reine Lehre" und Spaltung/Marginalisierung in Kauf nehmen oder aber Kompromisse eingehen, aufeinander zugehen, Solidarität und Verständnis zeigen, Kritik zugänglich sein (nicht reflexartig alles abschmettern), Offen und bereit sein, andere Entwürfe, Ideen zu akzeptieren. Leider ist Deutschland DAS Land des Dogmatismus und der Spaltungen (komischerweise sind aber die meisten Aktivisten genau dagegen). Doch in anderen Ländern ist das nur wenig besser. Wusstet Ihr, daß im spanischen Bürgerkrieg jede Kommune/Stadt/Dorf das "neue System" auf ihre Art und Weise (pragmatisch) umsetzte und es so einen "Flickenteppich" verschiedener Ansätze gab? Nicht wie in Russland, wo eine Idee einem ganzen Reich aufgedrückt wurde - ob passend oder nicht. Ist ja auch klar: wenn nur eine Idee sich durchsetzen darf, hieße daß, daß ich diktiere, wie die Menschen nach meiner Idee in (zB) Brasilien und China zu leben haben. Was Quatsch ist - soll jeder selbst entscheiden.

Bereits zweimal in den letzten 40 Jahren ist es gelungen, eine sich entwickelnde Bewegung zu spalten. Passiert das jetzt ein drittes mal, weil wir unfähig sind einander zu akzeptieren oder sogar aufgrund einiger Kommentare von Provokateuren völlig ausrasten und alle mit Hass überziehen, die nicht identische Meinungen haben? Sollte der Hass nicht gegen die gehen, die gemeint sind - und vielleicht in positive Energie umgewandelt werden? Die Frage ist nicht nur, was wir für eine Welt wollen, sondern was für Mittel wir anwenden. Warum wollen wir die Welt wie sie ist ändern, wenn wir genauso drauf sind, wie die die Welt so schlecht machen? Warum werden Utopien nicht mehr versucht zu leben? Sind wir Freizeit-Revoluzzer, die nach der Schule oder der Arbeit jeden Abend für 2 Stunden Links sind? Geht es nicht darum, Ideen in den Alltag zu tragen und Strukturen aufzubauen? Es gab immer wieder hoffnungsvolle Ansätze, von denen wir lernen können. Ohne die Menschen um uns herum schaffen wir es nicht. Die meisten schlafen - aber es sind Menschen. Alleine wird sich nichts ändern oder werden wir verschwinden... eine kleine Szene aus Sekten. Wo ist das Problem Fehler einzugestehen und sich zu ändern? Ist Stolz wichtiger? Woher können wir wissen, mit der jeweiligen Idee absolut richtig zu liegen? Warum kann nicht ich den ersten Schritt machen? Warum nicht mal so sein, wie ich es von anderen erwarte?

Noch können wir unser Baby retten!!!

## **Wackersdorf ist Genua** Armin Reich -- 24.07.2001 01:09

Eine Betrachtung über die verblüffende Parallelität der Strategie der Herrschenden und wie sie immer aufgeht.

I  
ch denke, es ist kaum noch jemand von den sogenannten "Alt-68ern" da, der sich hier zu den Spaltungsgeschichten äußern wird. Auch mir erscheinen die Sätze, die ich jetzt schreibe, eher wie in den Wind gepustet. Die Strategie der Herrschenden ist stets dieselbe und wir sind stets so blöd darauf reinzufallen. Doch die Bilder des vergangenen Wochenendes rufen in mir die Bilder von vor 15 Jahren wach: Ein Hubschrauber kreist über der Demonstration an Pfingsten nach Tschernobyl über der friedlichen Menschenmenge abseits des Bauzauns, schießt CS-Gasgranaten hier und in den Sammelplatz des Roten Kreuzes hinein. Rentner laufen verwirrt und nach Luft japsend umher, vor mir fliegt eine Gaskartusche - vom Boden abgeprallt - in einen Kinderwagen, die Mutter wirft diesen panisch um und ist dann vom Gas unfähig, sich zu bewegen. Ein anderer schnappt das schreiende Kind und läuft in den Wald. Alle, die sich noch auf den Beinen halten können, sehen rot: die 2 Hundertschaften anwesender Bereitschaftspolizei werden regelrecht in Stücke gehauen - Wannen brennen. Am anderen Tag ist die Story von den Krawalltouristen in der Zeitung, die Szenerie wird einfach umgedreht. Und wir im Info-Büro brachen uns einen ab, um die Öffentlichkeit über die Wahrheit aufzuklären, auch über die beiden Toten, die es zu diesem Zeitpunkt schon gegeben hatte. Statistisch gesehen umsonst.

Am 7.6. finden zwei Demos mit insgesamt 100.000 Leuten statt und die Bullen prügeln auf alles ein, was ihnen in die Quere kommt - Brutalitäten in ihrer widerlichsten Form werden dokumentiert. Wieder sind die Krawalltouristen schuld.

Die Grünen distanzieren sich eifrig, denn die Medien machen ausgerechnet sie dafür verantwortlich, daß es diese gibt. Die Autonomen geifern böse zurück - sie fühlen sich von allen verlassen und jeder sieht nur noch die verlogene Hetze in den Medien und nicht mehr, was sie wirklich leisten.

Die nach Tschernobyl so starke und konsequente Bewegung ist spätestens nach den Schüssen auf Polizisten an der Startbahn-West heillos zerstritten und unfähig, noch etwas auf die Beine zu stellen. Im Gegensatz dazu ist die Staatsmacht stärker und mächtiger unterwegs denn je. Ohne Widerspruch werden selbst Info-Stände geräumt, der Bundeskongreß der Anti-AKW-Bewegung in Regensburg wird wegen zwei im Reader abgedruckter Aufkleber untersagt. In einem Gebiet von 200 Quadratkilometern Größe werden Demonstrationen generell verboten. Die Szene ergießt sich in gegenseitigen Schuldzuweisungen und jeder, der entschieden gegen die Nutzung der Atomenergie rebelliert und sich nicht auf das Abhaken von Wahlzetteln reduziert gilt als Radikaler. Im Vergleich zu der Pogrom-Stimmung Ende '86 in der BRD sind die Globalisierungsgegner heute die Lieblinge des Volkes.

Derartige Details wirken aus 15 Jahren Distanz jedoch als pure Nebensächlichkeiten. Was der Staatsmacht damals gefährlich war, war die kompromißlose Haltung der Bewegung und die weitgehende Toleranz in der Bevölkerung. Nach dem GAU in dem russischen Kraftwerk stand die Atomlobby hierzulande mit dem Rücken an der Wand. Die Inszenierungen seitens der Polizei, die Sprüche der Politiker und die Nachrichten in den Massenmedien hatten ein Ziel:

die Zerschlagung eines Machtfaktors außerhalb des Parlaments, eines Machtfaktors, der begonnen hatte, sich gegen dieses durchzusetzen. Ihnen ist jedes Mittel recht um ihre Politik durchzusetzen und wenn sie uns zu Dutzenden niederschließen um es dann auf andere zu schieben (was außerhalb von unserem kuscheligen Europa ja eher die Regel ist). Denn ihre Triebkraft ist die Angst, oder wie es Brecht sagt: "das Sichere ist nicht sicher, so wie es ist, bleibt es nicht. Wenn die Herrschenden gesprochen haben, werden die Beherrschten sprechen!" Wahrscheinlich wird es jedoch wieder "europäisch" werden. Die Reformisten und die Revolutionäre werden sich in kleinliche Diskussionen versteifen, anfangen, sich gegenseitig zu hassen und alles, worum es eigentlich ging, aus dem Auge verlieren.

Politiker, die es wirklich noch ernst meinen, wird es nicht mehr geben - nur noch konterrevolutionäre Arschlöcher. Gruppen, die den Dialog mit der Macht ablehnen und Position beziehen werden fanatische Radikale sein. Und die wahren Gewalttäter - die deren Verbrechen die Dimensionen sprengt, die wir uns selbst auferlegen - werden sich ins Fäustchen lachen und weiter ihre Millionen scheffeln.

Anfang 1986 hatte ich das Gefühl: "jetzt ist der Moment gekommen, jetzt erreichen wir den Umschwung!" Ein Jahr später war ich völlig fertig und resigniert, nicht allein wegen der Repression, sondern eher noch, weil die Bewegung völlig mutiert war. Nach den ganzen Jahren seit damals erreicht der Widerstand gegen all die Unterdrückung und Zerstörung wieder das Format von damals. Mein Kind ist jetzt groß und ich möchte mich wieder ohne Rücksicht auf mich selbst einklinken.

Vielleicht bleibt mir ja eine neuerliche Enttäuschung erspart.

Vielleicht werden die Sektierer ja von den Vernünftigen untergebuttert und es heißt in einer Woche wieder:

- Schuldenerlaß für die Ärmsten - sofort!
- Keine gentechnischen Experimente mehr, nicht an Menschen und erst recht nicht an unserer Nahrung!
- Schluß mit den Atomtransporten!
- Beendet die Kriegsspiele auf dem Balkan!
- Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts!
- Zerschlagt die totalitären Polizei-Strukturen, den Überwachungsstaat! - Für eine Zukunft und gegen die Profitgier!

Wer hier wen schlägt und was jetzt die effektivste Widerstandsform ist, das ist mir - ehrlich gesagt - scheißegal!

Armin Reich (Pseudonym, ehemals Info-Büro Freies Wackerland)

## **Genua: die Mitverantwortung deutscher Politik +++grinsekatz+++ - 06.08.2001**

Es vergeht kaum ein Tag in dem im Moment nicht in den Massenmedien und den alternativen Medien über die Ereignisse in Genua berichtet und debatiert wird. Dabei geht es vor allem um die verhafteten Menschen, die noch immer in Gefängnissen sitzen und die Polizeigewalt der italienischen Carabinieri. Das ist gut so, doch bei weitem nicht alles. Immer mehr wird deutlich, daß diese in Deutschland schon lange nicht mehr dagewesene "liberale" Öffentlichkeit, die von den Massenmedien und einzelnen Politikern hergestellt wurde auch dazu dient Schuldige zu finden, in Italien, und wichtige Zusammenhänge auszuklammern. So wird beispielsweise die Frage der Mitverantwortung der deutschen Regierung völlig ausgeklammert. Darüberhinaus will dieser Text auch einen perspektivischen Ansatz bieten.

Nach dem Bekanntwerden des Todes Carlos Guilanis durch die Nachrichtenticker der deutschen Presseagenturen forderte Bundeskanzler Schröder, man müsse der kleinen Schar von Militanten "mit allen Konsequenzen" deutlich machen, wo die Grenzen seien.

Wie bestellt fielen später Einheiten der italienischen Carabinieri über schlafende DemonstrantInnen in der Diaz-Schule her und prügeln alle Anwesenden, die es nicht schafften durch einen waghalsigen Sprung aus dem dritten Stock des Ge-

bäudes oder gewagten Klettermanövern dem Schrecken zu entkommen, krankenhausreif. Zwei Betroffene lagen tagelang im Koma. Etliche wurden schwerverletzt. Direkt aus dem Krankenhaus wurden die Verletzten in ein, von den italienischen Zeitungen als "Lager" bezeichnetes, Gebäude, das laut Aussagen von Carabinieri extra für diesen Zweck, dem Überfall auf die Schule, eingerichtet wurde, verschleppt. Dort wurden die Verschleppten physisch und psychisch gefoltert und frühestens nach einem Tag in eins der Gefängnisse gesperrt. Erst nach vier Tagen ohne Kontakt zur Außenwelt und kaum bis keiner Nahrung, bekamen die Gefangenen die Möglichkeit mit einem Anwalt zu Sprechen und wurden einem Haftrichter vorgeführt. In den darauffolgenden Tagen entbrannte eine regelrechte Hetzjagd in Nord-Italien. Viele Menschen wurden auf der Heimreise von Trupps der Carabinieri verhaftet und sitzen teilweise noch immer im Gefängnis, darunter auch eine Theater-Gruppe, die kritisches Theater macht. Die grausame Fratze des Berlusconi-Regimes wurde in diesen Tagen sichtbar.

Ob Schröder wußte welche Geister er rief, bleibt Spekulation. Fakt ist dagegen, daß Bundeskanzler Schröder die politische Mitverantwortung für diese Ereignisse trägt. Er forderte "mit allen Konsequenzen" vorzugehen und muß deshalb auch die Mitverantwortung für "alle Konsequenzen" tragen, auch weil er sehr genau wußte, an wen er diese Forderung stellte: Der Berlusconi-Regierung, die nach den Todesschüssen der Polizei und den Carabinieri für ihren lobenswerten Einsatz dankte. Dem italienischen Premier Silvio Berlusconi, der dem, für den Tod von Carlo Giuliani verantwortlichen, Carabinieri vorschlug, er solle sich erstmal einen Urlaub gönnen, und dessen Partei "Forza Italia" den Todesschützen daraufhin zu einem Gratisurlaub einlud. Der mit Berlusconi verbündeten faschistischen Partei "Alleanza Nazionale", deren "Sicherheits-Experte" und Feldwebel der Carabinieri, Filippo Ascierio in einem Radiointerview die Erschießung Carlo Guilianis folgendermaßen kommentierte: "Wäre jemand mit mehr Erfahrung an der Stelle jenes Carabinieri gewesen, hätte er mehr als einen umgelegt, denn juristisch war die Notwehrsituation ja gegeben." Mitverantwortlich gemacht hat sich auch Bundesinnenminister Otto Schily, der sich gerade erst mit Italiens Innenminister Claudio Scajola traf, gegen den die parlamentarische Opposition einen Untersuchungsausschuß fordert, um seine Rolle bei dem geplanten Massaker in der Diaz-Schule zu durchleuchten. In einem Zwiegespräch tüftelten sie an den Plänen für eine europaweite Spezial-Polizeitruppe, die überall in Europa gegen DemonstrantInnen eingesetzt werden kann. "Auf deutschen Vorschlag kommt eine europäische Polizeiakademie zustande, dort könnte eine solche neue europäische Polizeieinheit gegen gefährliche Krawallreisende entstehen", so Schily. Bereits im Vorfeld heizte Schily die Situation auf und pustete ins selbe Horn wie Bundeskanzler Schröder: "Eine internationale kriminelle Szene macht sich das große Medieninteresse und die Anwesenheit vieler Demonstranten zu Nutze. Diese Verbrecherbanden müssen konsequent und hart bekämpft werden". Wie das geht hat Schily vor den Protesten in Genua vorgeführt. In seiner Stellungnahme sagte er, Deutschland habe seine rechtlichen Möglichkeiten so weit es ging ausgeschöpft, «Krawalltouristen» an der Ausreise zu hindern. 81 Personen seien mit passrechtlichen Beschränkungen belegt worden.

Diese populistische Hetzkampagnen lieferten das politische Rückgrat der faschistoiden Gewaltorgien der italienischen Polizei, denn nur mit politischem Rückhalt wie aus Deutschland war z.B. der Überfall auf die Diaz-Schule durchführbar.

Unbeirrt alles Protestes, der sich gegen diese Entwicklungen abzeichnet, werden diese fortgeführt. "Es gibt kein Grundrecht auf Ausreise", stellte Ehrhart Körting, SPD klar, den Protest für freie Bewegung abschmetternd. Neue Mauern werden errichtet. Längst vergangen geglaubte, schlimme Erfahrungen mit deutscher Politik kommen wie Schatten in die Gegenwart. Die Vergangenheit soll uns mahnen, doch deutsche Regierungs-Politiker verschließen ihre Augen. Die Medien verschließen die Augen und übrig bleiben wir, die nun endlich handeln sollten, bevor wir es nicht mehr können. Und nebenbei arbeitet Schily gerade an einer neuen Einschränkung des Asylrechts und will u.a. sogenannte "Sammellager" (oder "Internierungslager") für Flüchtlinge errichten lassen. Es stinkt gewaltig im Staate Bundesrepublik Deutschland, in der Europäischen Union.

Diese Auswüchse des kapitalistischen Systems lassen deutlich erahnen wohin die Zukunft in den Augen der herrschenden Politiker, angetrieben durch die Kapitalinteressen der Industrie, führen soll. Was können wir dem entgegensetzen?

Wenn wir protestieren, zücken sie ihre Waffen. Eine Grenze wurde überschritten, wir können nicht mehr sicher sein, was passiert, wie sie auf unsere Stimmen reagieren werden.

Es ist jetzt wichtig Strukturen zu erstellen, Strukturen gegenseitiger Hilfe. Sie haben einen Krieg begonnen, haben ihr wahres Gesicht gezeigt, das Gesicht des Kapitalismus. Wir dürfen jetzt nicht den Fehler machen auf diesen Krieg einzusteigen und ihrem Angriff mit einem Gegenangriff kontern. Das ist ihre Sprache, die Sprache der Ausbeuter und Unterdrücker. Wir müssen mit unserer Sprache reagieren, unserer Solidarität. Uns nicht spalten lassen, sondern näher zusammenrücken. Die Zeit der großen Worte ist vorbei, jetzt müssen wir unsere Vision einer freien und menschlichen Gesellschaft ohne Hierarchien praktisch machen.

Flüchtlinge, einfache Menschen, Ausgegrenzte, Obdachlose, Verfolgte, AntikapitalistInnen, AnarchistInnen, ... auf der ganzen Welt werden von ihren Regierungen und deren Bündnisse ausgebeutet und unterdrückt. Uns alle eint der Wunsch nach Emanzipation, Selbstbestimmung und Selbstorganisation. Es ist stärkend zu wissen, daß überall auf der Welt Menschen sich gegen diese Zustände auflehnen und ihr Leben in die eigene Hand nehmen wollen. Uns eint eine weltweite Solidarität und wir knüpfen Netze um uns auszutauschen und gegenseitig zu unterstützen. Es ist auch wichtig zusammenzu-

kommen, bei internationalen Treffen, zu diskutieren, voneinander zu lernen und unseren Unmut lautstark und unüberhörbar kundzutun. Genauso wichtig ist auch die lokale Vernetzung in unseren Städten und Bezirken in denen wir wohnen und auch dort vor Ort aktiv den kapitalistischen Regierungen und Verwaltungen Sand ins Getriebe zu streuen. Eine Demonstration z.B. in einer deutschen Stadt kann nicht nur die Polizeigewalt in Genua verurteilen und die Freilassung der Gefangenen fordern, denn in unübersehbarem Zusammenhang dazu steht auch beispielsweise die von Schily geforderte Errichtung von "Internierungslagern" für Flüchtlinge, deren Residenzpflicht, ...

Wir können nicht nur einen aktuellen Aspekt der Auswirkungen des Kapitalismus aufgreifen, sondern müssen die Zusammenhänge deutlich machen. Dies ist kein Kampf gegen etwas, sondern für ein freies, selbstbestimmtes Leben weltweit. Nicht die Zusammenarbeit mit regierungstragenden NGOs und hierarchischen Gruppen ergibt eine Bewegung für das Leben, für die Menschen, sondern die Solidarität und Vernetzung mit Menschen unterschiedlichster Einstellungen und Gedanken, deren Ziel eine herrschaftslose, freie und menschliche Gesellschaft ist.

"Ihr könnt die Revolution nicht kaufen. Ihr könnt die Revolution nicht machen. Ihr könnt nur die Revolution sein." in diesem Sinne: no border - no nation - one world Freiheit für alle Gefangenen in Genua - und weltweit.

## **In dürren Blättern säuselt der Wind** Raffael Lupus 12.08.2001

Ein neues Gespenst geht um in Europa: Der sogenannte "Gipfelhooligan". Sein bevorzugter Lebensraum ist der modrige Blätterwald der Presse.

Was wir hier in den letzten Wochen vor unsere erstaunten Augen bekamen, ist mit dem entschuldigenden Verweis auf das Sommerloch schon nicht mehr zu erklären.

Teilweise wurde bereits im Vorfeld der Ereignisse die Stimmung mit hahnebüchenden Horrormeldungen kräftig angeheizt. Da lasen wir über "Chaoten", die angeblich geplant hätten, über dem Konferenzzentrum von Genua AIDS-verseuchte Blutkonserven abzuwerfen. Auch mysteriöse Sprengstoffstories geisterten im Vorfeld von Genua und Göteborg durch die Gazetten. In Genua seien angeblich 200 Extra-Särge bestellt worden, mußten wir erschrocken zur Kenntnis nehmen. Selbst der "Superterrorist" Bin Laden muß herhalten, um eine Bedrohungsvision aufzubauen, die letztendlich staatliche Eingriffe in Grundrechte legitimieren soll.

Auch mit Informationen über die vermeintlichen Zentren der Verschwörung war man schnell bei der Hand. Immer wieder lasen und sahen wir in diesem Zusammenhang Bilder und Texte über die "Chaotenzentrale" Köpi oder den "Anarchistenbunker" Rote Flora. (Beide Klassifizierungen entstammen dem wohl alles krönenden Artikel des "Focus", den nebenbei bemerkt 7 (sieben!) Leute unterzeichnet haben. Die österreichische "Neue Kronenzeitung" griff sogar ganz tief in die Mottenkiste des Kalten Krieges und "outete" die Kommunistische Partei als die Kraft, die die Fäden im Hintergrund zieht. Sicherlich könnte mensch das Ganze lächelnd übergehen, zumal die "Artikel" erbärmlich bis gar nicht recherchiert wurden. Es steht aber zu befürchten, daß wir es mit einer neuen "Qualität" der Berichterstattung über eine erstarkende antikapitalistische Bewegung zu tun haben. Das Gegeninformationsbüro bezeichnet diese Strategie als Infowar. Die Ziele sind offensichtlich: Schon im Vorfeld soll massiv Stimmung gemacht werden. Zum einen sollen die aufgezeigten Horrorszenarien die einheimische Bevölkerung bereits lange vor den Ereignissen feindlich gegenüber den AktivistInnen stimmen, zum anderen sollen wir auch selbst abgeschreckt werden. Das dazu manchmal auch simple Flyer genügen, hat sich in Prag gezeigt. Insofern müssen sich große Teile der Presse den Vorwurf einer Mitschuld am Tod eines Demonstranten in Genua gefallen lassen.

Auch die versuchte Spaltung der Bewegung in friedliche DemonstrantInnen und "gewaltbereite Chaoten" ist eigentlich ein alter Hut. Hier zeigt sich jedoch ganz klar die Scheinheiligkeit vieler JournalistInnen, die Proteste nur dann wahrnehmen, wenn Steine fliegen. Im Vorfeld von Genua erhielten wir massiv Presseanfragen. Der überwiegende Teil ließ jedoch schon aus den Formulierungen ihrer Schreiben erkennen, daß mensch lediglich an Sensationsgeschichten und keineswegs an Inhalten interessiert war. Andererseits wurde uns immer wieder ein politischer Anspruch abgesprochen. Die immer wiederkehrende Disqualifizierung als "Reisechaoten" oder "Gipfelhooligans" diene und dient vornehmlich dazu, einer inhaltlichen Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen. Wer diskutiert schon mit "stumpfen GewaltverbrecherInnen" ?

Wie wenig viele PreeseverteterInnen tatsächlich von der Bewegung verstanden haben, zeigt sich oftmals an ihrem eigenen Schreibsel. So ist allein die Idee, vermeintliche Zentren der Verschwörung ausmachen zu wollen, angesichts einer erklärermassen dezentralen Grasswurzelbewegung völlig absurd. Die verkürzte Formulierung "Globalisierungsgegner" verkennt völlig die Tatsache, daß die GegnerInnen der Organisationen der selbsternannten "global leaders" auf allen Kontinenten zu finden sind. Folgerichtig wird dann auch über teilweise massive Widerstandsaktionen in der sogenannten "dritten Welt" wenig bis gar nicht berichtet.

Und wenn der "Focus" auf seiner Homepage in der letzten Woche über einen EU-Gipfel in Genua berichtet, zeigt das überdeutlich, wie weit hier das den eigenen Federn entspringende "Markwort des deutschen Journalismus" (ja, wir meinen das mit den Fakten) in die Tat umgesetzt wird.

What the hell did we expect ?

Mal ehrlich, was haben wir eigentlich erwartet? Daß die Presse in dieser Art und Weise agiert, liegt in der Haupteigenschaft der großen Medien begründet. Eine Zeitung ist nunmal zu allererst ein kapitalistisches Unternehmen und würde ansonsten ihre eigenen Strukturen in Frage stellen. Wie in jedem anderen Unternehmen steht auch hier der Gewinnsaspekt im Mittelpunkt, der zu einem nicht unbeträchtlichen Teil von Einnahmen aus Annoncen bestimmt wird. Und wer bezahlt, bestimmt nun mal die Musik.

Um auf dem heiß umkämpften Pressemarkt konkurrenzfähig zu bleiben, ist es - wie in jedem anderen Unternehmen - unabdingbar, so billig wie möglich zu produzieren. Kaum eine Zeitung kann es sich daher leisten, überall präsent zu sein. So wird dann unbesehen abgeschrieben und in neuer Verpackung aufbereitet, was andere (vermeintlich) recherchiert haben. Auf diese Art entsteht dann jener Einheitsbrei von Lügen und Halbwahrheiten, dem wir uns ausgesetzt sehen.

Daran ändert auch die veränderte, kritischere Wahrnehmung eines Teils der Presse nach Genua nichts. Angesichts einer 6-stelligen Zahl von Protestierenden und unzähligen ZeugInnen ließ sich die Mär vom kleinen Haufen reisender Chaoten nicht mehr aufrechterhalten. Stattdessen sind Spaltungsversuche (zum Teil recht erfolgreich, wie sich in öffentlichen Diskussionen zeigt), in den Vordergrund getreten. Ein weiterer Grund für die differenziertere Sicht ist sicherlich auch die Tatsache, daß auch nicht wenige JournalistInnen von den Repressionen direkt betroffen waren oder sich zumindest vom Ausmaß der Übergriffe überrascht zeigten. Hämmischerweise könnte mensch fast einigen Schmierfinken wie jenen vom Focus wünschen, selbst in die Fänge der italienischen Polizei gefallen zu sein. Leider ein Ding der Unmöglichkeit, offenbarte doch deren Geschreibsel, daß sie ihre Recherchen vornehmlich vom häuslichen Sofa aus betreiben (wenn der Begriff "Recherche" hier überhaupt Anwendung finden kann).

Trotz der offensichtlichen Schuld der Medienhatz an der tödlichen Eskalation von Genua (hat eigentlich irgendjemand nochmal was von dem ominösen Attentat im Vorfeld des G8- Gipfels gelesen ??? - nunja, derartiges hat ja gerade in Italien eine lange Tradition) suchen wir vergeblich nach selbstkritischen Stimmen.

Doch nicht nur die Presse heizte im Vorfeld mächtig ein. Fakt ist, daß Bundeskanzler Schröder politisch mitverantwortlich ist für die Ereignisse in Genua. Er forderte "mit allen Konsequenzen" vorzugehen und muß deshalb auch die Mitverantwortung für "alle Konsequenzen" tragen, auch weil er sehr genau wußte, an wen er diese Forderung stellte: Die Berlusconi-Regierung, die nach den Todesschüssen der Polizei und den Carabinieri für ihren lobenswerten Einsatz dankte und laut über Sonderurlaub für die beteiligten Cops nachdachte.

Auch der immer stärker verkanthernde Innenminister Schily, der hier als zweites Beispiel dienen soll, sprach einer Polizei das Vertrauen aus, in der ein Mann wie Filippo Ascierio, Feldwebel der Carabinieri und "Sicherheits-Experte" der aus der faschistischen MSI hervorgegangene Regierungspartei Alleanza Nazionale Verantwortung trägt, der in einem Radiointerview die Erschießung Carlo Guilianis folgendermaßen kommentierte: "Wäre jemand mit mehr Erfahrung an der Stelle jenes Carabinieri gewesen, hätte er mehr als einen umgelegt, denn juristisch war die Notwehrsituation ja gegeben." Der Sozialdemokrat Schily macht sich gemeinsam mit dem rechten italienischen Innenminister Scajola, dem politisch verantwortlichen für den Polizei-Terror von Genua, zum Vorreiter für eine "Anti-Krawall" Sonderpolizei in der Europäischen Union. Dubios sind seine Pläne für eine Europäische Datenbank, in der linke Aktivisten und Globalisierungsgegner verzeichnet werden. In dem er zweifelhaft Datensammlungen der Polizei über nicht einmal vorbestrafte Aktivisten an die Italienischen Behörden übermittelte, lieferte er friedliche Demonstranten der italienischen Polizei-Willkür regelrecht aus.

Kritische stimmen dazu in den Medien ? Fehlanzeige !

What would we have instead ?

Den nach wie vor besten Schutz vor Medienlügen bildet der "gesunde Menschenverstand". Aufgrund unserer eigenen Erfahrungen können wir viele Meldungen einschätzen und werten. Nehmen wir uns das Recht alles anzuzweifeln und auf die Frage, wem eine Nachricht nutzt, zu überprüfen!

Die zuverlässigste Quelle für Informationen sind noch immer Leute vor Ort, die wir persönlich kennen oder denen wir aufgrund von Erfahrungen vertrauen. Auch deshalb waren die Aktionen des Summer Of Resistance wichtig, boten sie doch exzellente Möglichkeiten, weltweite Kontakte zu knüpfen. (Das Gleiche gilt übrigens für die Gegenseite. Es ist nämlich nicht dasselbe, ob mensch sich in einer Onlinekonferenz austauscht, wie die Weltbank oder ob mensch im Umfeld des Gipfels persönlich zusammenkommt. Neben der Präsentation von Macht besteht hierin das eigentlich Interessante dieser in der Regel nach aussen hin meist ergebnislosen Treffen).

Die Schaffung eigener Informationsstrukturen ist eine wichtige Sache. Einrichtungen wie Indymedia sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es gilt jedoch ständig zu überprüfen, ob sich nicht neue Informationshierarchien bilden.

Zudem ist es wichtig, daß "unsere Medien" nicht nur die Mainstreampresse spiegeln, indem sie beständig eine inhaltlich korrigierende und das bestehende Informationsspektrum ergänzende Aufgabe wahrnehmen. Vielmehr muß es darum gehen, eigene Problematiken zu thematisieren und wieder verstärkt Utopien zu entwickeln und diskutieren.

Ein weiteres wichtiges Problem ist die Relevanz unserer Medien. Es gilt nicht nur den kleinen Kreis derer zu erreichen, die ohnehin schon auf unserer Seite stehen. Wenn in Göteborg die zunächst relativ positive Haltung der Bevölkerung ge-

genüber den AktivistInnen in Haß umschlägt, weil ein Großteil der Menschen meint, wir seien nur gekommen, um "ihre" Innenstadt zu verwüsten, liegt noch vieles im Argen. Es wird in Zukunft noch wichtiger als bisher sein, Inhalte bereits im Vorfeld zu vermitteln.

Apropos Inhalte: In letzter Zeit haben wir inhaltliche Diskussionen und Öffentlichkeitsarbeit stäflisch vernachlässigt. Das Feld der Gegengipfel wurde beispielsweise fast vollständig reformistischen NGOs oder Gruppen wie Attac überlassen. Hier gilt es, schnellstmöglich nachzuarbeiten und auch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Thesen dieser Gruppen voranzutreiben. Vielleicht bietet die durch die Ereignisse von Genua kritischer gewordene Öffentlichkeit gerade jetzt gute Gelegenheit dazu.

Das Internet als relativ billiges und globales Medium zu nutzen ist wichtig und richtig. Es ist jedoch allgemein bekannt, daß die Freiheit, das Netz zu nutzen, nicht für alle gilt, und daß es Zugangsbeschränkungen gibt, die das Ergebnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten sind. Angesichts des trügerischen Diskurses über die grenzenlosen Möglichkeiten des Internets, erscheint es angebracht, gelegentlich daran zu erinnern. Deshalb sollte es unter AktivistInnen wieder selbstverständlicher werden, wichtige Informationen, die mensch erhält, zu kopieren, weiterzuverteilen und zu verschicken. Oftmals unterschätzt wird auch die sehr aufwendige, aber wichtige Arbeit von ÜbersetzerInnen. Besonders in Zusammenhang mit Barcelona gab es hier starke Defizite.

Dennoch steht ausser Frage, das die Organisation großer internationaler Ereignisse, wie wir sie in diesem Sommer erlebt haben, ohne weltweite Vernetzung in diesem Umfang unmöglich gewesen wäre. Dies hat auch die Mainstream-Presse erkannt. Besonders breiten Raum nahm deshalb immer wieder die Mobilisierung über das Internet ein. Ein sicherlich ungewollter Nebeneffekt der Berichterstattung war in diesem Zusammenhang, daß sich die Zugriffszahlen auf die Gipfelsturm- Seite nach dem Beginn der Medienkampagne mehr als verdoppelt haben.

"Gegenüber "FOCUS" räumt Heiner Wegesin, Leiter des Brandenburger Verfassungsschutzes ein: "Die Krawalle hatten für uns ein echtes Überraschungsmoment, weil wir über den Mobilisierungseffekt der internetgestützten Kampagne erstaunt waren." Auf das uns auch in Zukunft noch so manche Überraschung gelingt...

Die Großereignisse des Summer Of Resistance sind (fast) vorbei . Das erklärte erste Ziel unserer Website, zu den Gipfeln zu mobilisieren und im Vorfeld Informationen zu verbreiten ist - aus unserer Sicht - erfolgreich umgesetzt worden. Für die aktuelle Berichterstattung aus Genua verweisen wir auf die Seiten von Indymedia, die diese Aufgabe besser und umfangreicher bewältigen können als wir. Aktuelles aus Berlin und dem weiteren Umland findet Ihr nach wie vor bei uns, ebenso News zur Situation der Gefangenen in Genua und Göteborg. Dazu gibt es ab sofort die Möglichkeit, Videos aus dem Köpi Videoarchiv zur Verfügung zu stellen.

Für uns gilt es, auf dem Erreichten aufzubauen. Deshalb wird es weiterhin die Seite <http://www.gipfelsturm.net> geben. Auch in Zukunft wollen wir über anstehende Ereignisse (lokal wie international) informieren. Wir denken auch, daß es wichtig ist, sich noch mehr auf Inhalte zu konzentrieren.

Als erste Neuerung (neben der neuen Seitenstruktur) gibt es eine sich hoffentlich rasch vergrößernde Textsammlung zur globalen Entwicklung und antikapitalistischen Bewegungen. Für Kritik und Anregungen zu Struktur und Inhalt der Seite sind wir dankbar.

la lotta continua !

eMail: [gipfelstuermen@gmx.net](mailto:gipfelstuermen@gmx.net) Homepage: <http://www.gipfelsturm.net>

## **Repression in Genua, Göteborg, Prag**

Spätestens seit Genua wäre es mal an der Zeit darüber nachzudenken, wie der Widerstand angesichts dieser Repressioen weitergehen soll.

Schon in Prag ging es los. Über 850 Menschen wurden eingeknastet, gefoltert und größtenteils ohne verfahren wieder freigelassen. Es sind zwar alle Leute draußen, aber ca.16 nur gegen Kautio. In Göteborg fanden die Repressionen ein etwas anderes Bild. Übelstes Geprügel auf der Straße. mehrere schwerstverletzte durch Schüsse und eine unglaubliche Prozesswelle mit drakonischen haftstrafen. Nach Göteborg wurden die ersten stimmen Laut, die ein härteres Vorgehen gegen die sogenanntan "Polit-Holigans" fordern. Schilly spricht von einer europaweiten Krawallpolizei.

Und dann Genua. Eine Vermischung von beidem. Übelstes Geprügel auf der Straße. Tote(r). Das Stürmen von Unterkünften genau wie in Göteborg, bloß mit noch größerer Brutalität. Und dann, genau wie in Prag, kurz nachdem das treffen vorbei ist, beginnt die große Verhaftungswelle. Und auch wieder systematisches Gefolter im Knast.

Dieser Artikel ist der Versuch einer kleinen Aufarbeitung der geschehenen Repression, und eine versuchte politische Einschätzung. Erst ist ein bisschen aufgegliedert. Zuerst kommen die Fakten, und dann die Auswertung. Er erhebt nicht denn Anspruch auf Vollständigkeit.

Spätestens seit Genua wäre es mal an der Zeit darüber nachzudenken, wie der Widerstand angesichts dieser Repressionen weitergehen soll.Schon in Prag ging es los. Über 850 Menschen wurden eingeknastet, gefoltert und größtenteils ohne

## Materialien zu Genua und VolXtheaterkarawane

Verfahren wieder freigelassen. Es sind zwar alle Leute draußen, aber ca. 16 nur gegen Kautions. Die Repression hat fast die gesamte Szene in Prag zu Grunde gerichtet. Den Höhepunkt fand das ganze als wenige Tage nach dem 26. September das Ladronka, ein besetztes Zentrum in Prag, geräumt wurde.

In Göteborg fanden die Repressionen ein etwas anderes Bild. Übelstes Geprügel auf der Straße. mehrere schwerstverletzte durch Schüsse und eine unglaubliche Prozesswelle mit drakonischen Haftstrafen. Aber hier wurde nicht nur dem örtlichem Widerstand der Prozess gemacht, sondern gleich der kompletten sogenannten Anti-globalisierungs-Bewegung. Viele Internationale AktivistInnen sitzen immer noch hinter schwedischen Gardinen und warten auf ihren Prozess. Die, welche schon verurteilt worden sind, haben jetzt längere Haftstrafen abzusetzen.

Nach Göteborg wurden die ersten Stimmen laut, die ein härteres Vorgehen gegen die sogenannten "Polit-Holigans" fordern. Schilly spricht von einer europaweiten Krawallpolizei.

Und dann Genua. Eine Vermischung von beidem. Übelstes Geprügel auf der Straße. Tote(r). Das Stürmen von Unterkünften genau wie in Göteborg, bloß mit noch größerer Brutalität. Und dann, genau wie in Prag, kurz nachdem das Treffen vorbei ist, beginnt die große Verhaftungswelle. Und auch wieder systematisches Gefolter im Knast. Mittlerweile sind die meisten Menschen wieder frei. Aber bei denen die noch in den Knästen sitzen lässt die italienische Justiz ihre gesamte Härte spielen.

Und nach Genua werden die Stimmen der Regierungen lauter. "Weil es kann ja nicht so weiter gehen, mit den Polit-Holigans".

Dieser Artikel ist der Versuch einer kleinen Aufarbeitung der geschehenen Repression, und eine versuchte politische Einschätzung. Er ist ein bisschen aufgegliedert. Zuerst kommen die Fakten, und dann die Auswertung. Er erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

Prag 26.09.2000 Treffen von IMF/WB Das anfängliche Staunen über die unerwartete Zurückhaltung der tschechischen Polizei gegenüber den Protestierenden wurde spätestens am 27.9.00, aufgrund des äußerst brutalen und völlig unverhältnismäßigen (Re-)Agierens der Polizei, von wachsendem Erschrecken abgelöst. Abends am 26. ging es los, das sie anfangen die Ersten einzufahren. Dies geschah selten aus einer größeren Menge heraus, sondern meistens aus kleineren Gruppen. Die Greiftrupps der Cops durchstreiften die gesamte Stadt und sackten alles ein was halbwegs links aussah. Auch Leute die nichts mit dem Widerstand zu tun hatten landeten in den Knästen. So kamen innerhalb von 24std 850 Gefangene zu stande. Das was die Polizei auf der Straße nicht rausgelassen hatte, wurde jetzt in den Gefängnissen nachgeholt.

\*Frauen wurden von männlichen Offizieren entkleidet, perlustriert und mußten zu deren Unterhaltung körperliche Übungen vorführen.

\*Vielen wurde Wasser, Essen und Schlaf verweigert; einigen war es nur gegen Bezahlung der Wächter möglich Essen zu bekommen, Frauen war es noch eher möglich an Wasser zu kommen.

\*Viele Freigelassene berichteten, daß, bevor sie zur Polizeistation gebracht wurden, einzelne isoliert und heftig geschlagen worden waren.

\*Zwei Leute aus Norwegen, die zur Polizeistation Prismani-Straße in der Nähe von Vlatavska gingen, um ein Handy gestohlen zu melden, wurden ZeugInnen, wie hinter kurz geöffneten Türen, eine Gruppe Menschen mit Handschellen an die Wand gefesselt war und heftig geschlagen wurde. Viele Freigelassene berichteten, daß in den Verhörungszimmern Gruppen von 40 bis 60 Personen mit ausgestreckten Armen und Beinen zu liegen hatten, während man sie schlug; ihre Köpfe wurden zurückgerissen und mit Füßen getreten. Einigen Männern wurde in den Unterleib getreten und die Genitalien verdreht. Außerdem wurden mit Handschellen Gefesselte die Stiegen hinunter gestoßen.

\*Es gibt einen Bericht, daß 22 Menschen in eine 4-Quadratmeter-Zelle gestopft wurden.

\*30 Leute wurden ohne Decken und Essen über Nacht im Hof des Olsanska Gefängnisses eingesperrt. Später brachte man sie nach Balkova, in der Nähe von Pilsen.

\*Sieben Leute aus Deutschland, USA, Israel und Italien wurden mittwochs in Lupacova, Prag 3 inhaftiert, wobei der Mann aus Israel besonders brutal geschlagen wurde. Er hat Schwierigkeiten beim Gehen, ein blaues Auge und wahrscheinlich eine gebrochene Rippe. Ihm wurde medizinische Versorgung verweigert.

\*Menschen mit Diabetes bekamen nichts zu essen, andere, die Medikamente brauchen, wurden diese verweigert, die britische Botschaft mußte intervenieren um Medikamente ins Gefängnis zu bekommen.

\*Eine norwegische Frau, die mit 30 anderen Frauen eingesperrt war, bezeugt, daß einer deutschen Frau mit schwer verletztem Bein medizinische Hilfe versagt wurde.

\*Das Recht auf einen Rechtsbeistand und Auskunft, sowie das Recht auf Übersetzung, das Recht auf Essen und Wasser, das Recht auf medizinische Grundversorgung sowie das Recht auf ein Telefongespräch wurden größtenteils verweigert.

\*Tschechische und israelische Menschen werden mehr geschlagen und länger festgehalten.

\*Viele Internationale wurden von lokalen Polizeistationen ins Gefängnis nach Balkova, in der Nähe von Pilsen, gebracht welches einen der schlechtesten Menschenrechtsberichte in Tschechien hat.

## Materialien zu Genua und VolXtheaterkarawane

Seit Ende November sind alle Gefangenen wieder draußen. Aber gegen mindestens 16 laufen Verfahren. Die meisten von ihnen kamen nur gegen hohe Kaution wieder frei. Hauptsächlich Leuten aus Prag wird der Prozess gemacht und sie haben mit langen Haftstrafen zu rechnen. Die Polizei versucht hiermit den Prager Widerstand klein zu machen.

Göteborg 14.-16.06.01 EU-Gipfel Auch von der schwedischen Regierung wurde eigentlich ein anderer Umgang mit den DemonstrantInnen erwartet. Doch die ach so liberalen Schweden langten ordentlich zu. Ein Außerkraft setzen des Schengener Abkommens führte dazu, das viele internationale AktivistInnen Göteborg gar nicht erst erreichten, sondern gleich an der Grenze abgefangen wurden. Diejenigen, welche über die Grenze kamen, wurden zum Teil ca.30 km vor Göteborg abgefangen und dann abgeschoben.

Die schwedische Polizei zeigte gleich auf den Aktionen ihre volle Härte. Höhepunkte waren die Schüsse bei der reclaim the street party am Freitag, bei denen 3 Menschen lebensgefährlich verletzt worden sind. Aber auch ohne Schußwaffen wurde ordentlich geprügelt. Viele Knochenbrüche, Platzwunden und Verletzungen wo die Leute ins Krankenhaus mußten. Auch die Außerkraftsetzung unserer Infrastruktur wurde durch die martialische Räumung einer Schule, die vielen als Unterkunft diente, und das umstellen und räumen des Convergence Centers auf eine neue Qualität gebracht.

Genua 19.-22.07.01 Berlusconi hatte zwar schon angekündigt das er hart Durchgreifen werde, aber mit dem was passiert ist hätte niemand gerechnet. Angefangen hat es schon im voraus. Polizeibekannte AktivistInnen hatten für die Zeit des G8-Gipfels Meldeauflagen gekriegt, so das sie ihren Heimatort nicht wirklich verlassen konnten. Und auch hier wieder ein außer Kraft setzen des Schengener Abkommens, allerdings nicht so stark wie erwartet.

Die ersten Versuche den Widerstand zu unterbinden startete die Polizei schon in den Tagen vor dem Gipfel mit den Versuchen mehrere Camps zu räumen und zu durchsuchen.

Die erste Großdemo am 19.07. verlief noch weitestgehend ruhig. Am 20.07. dann bei der Demo, die den Gipfel blockieren sollte, griff die Polizei hart durch. Auf allen Routen griff sie massiv mit Tränengas an. Auch die NGO's wurden eingeebelt. Oft wurden einzelne Leute hinter eine Polizeikette gezogen und verprügelt. Die Polizei trieb die Menschen in Gruppen durch die Straßen und erlaubte oftmals auch den Rückzug nicht. Denn ersten traurigen Höhepunkt erreichte die Repression mit der Erschießung des Demonstranten Carlo. In der gleichen Situation wurde auch eine Frau von einem Panzer angefahren und bis heute ist nicht klar ob sie ihren schweren Verletzung erlegen ist. Aber dies war noch nicht alles. In der Nacht vom Sa. auf So. wurde das Gebäude des Genova Social Forum's geräumt. Wie schon in Göteborg sollte die Struktur des Widerstand gebrochen werden. Doch in Genua ging die Polizei mit einer viel größeren Gewalt vor.

Polizeiangriff auf Diaz-Schule, GSF und Indymedia Ausführlischer Bericht ueber den Ueberfal Doch mit dem Überfall auf die Schule Diaz war es noch nicht zu Ende. Die Menschen die in den Tagen davor, in der Schule und in den Tagen danach verhaftet wurden, wurden auf den Polizeiwachen übelst gefoltert. Viele schwere Verletzung bis hin zu lebensgefährlich und ähnlicher Psycho Terror wie in Prag.

\*Scheinhinrichtungen \*sexuelle Mißhandlungen \*Nahrungs und Wasser Verweigerung \*Tränengas Einsätze direkt in die überfüllten Zellen.

\*19std mit ausgestrecktem Armen und ohne zu trinken an der Wand stehen \*Zwang den Hitlergruß zu zeigen diese Liste ist bei weitem nicht vollständig und wird sich in den nächsten Wochen noch erweitern Momentan sitzen noch 46 menschen in Haft und ca.100 werden vermisst.

Ein nicht unwichtiger neuer Aspekt in der Repression nach Genua ist die Konstruktion des schwarzen Block als terroristische Vereinigung. "Der" schwarze Block wurde viel als Begründung für Verhaftung genommen. Aus dem Boden gestampft wurde er unter anderem mit dem Bild, das 10 Blockler in eine Polizeiwache laufen und sie zu klump hauen. Angeblich wirklich passiert stellt sich hier schon die Frage, inwieweit der schwarze Block aus Provokateuren bestand. Mal davon abgesehen, dass es "den" schwarzen Block gar nicht geben kann. Das was in Genua auf der blau-schwarzen Route lief war eine Zusammenmischung von verschiedensten Menschen mit unterschiedlicher Ausrichtung. Mit dem Konstrukt schwarzer Block was geschaffen wird. Wird versucht einer Spaltung in die Hände zu arbeiten und vorallendingen Gründe für Inhaftierungen zu finden. Immer noch sitzen die meisten in Haft, weil sie dem schwarzen Block angehört haben sollen. Und selbst wenn dem so gewesen sein sollte, so ist gerade das Einschmeissen von Banken und Großfirmen kein Grund die Leute in Knast zu stecken. Das Smashen von kleinen Geschäften oder das wahllose Kaputthauen von allem was einem im Weg steht, hat sicherlich nicht ein Groß-Teil der Schwarz-gekleideten Menschen gemacht, sondern eher ein kleiner Teil, der mit Sicherheit zum Teil auch noch aus Cops bestand.

Die Repression gegen die Anti-Neolib-(oder wie auch immer)Bewegung erreicht einen neuen Grad. Es ist nicht mehr so das du irgendwo hinfahren kannst mit dem Gedanken: "Mir passiert sowieso nicht mehr als ein paar blaue Augen oder schlimmstenfalls ein gebrochener Arm." Wir sind mit den Gedanken konfrontiert, dass die Schüsse auf Carlo oder die Menschen in Göteborg jeden von uns treffen können. Wir haben es mit einem ganz krassem Roll-Back der "demokratischen Grundrechte" zu tun. Auf den Wachen werden die Menschen gefoltert und psychisch fertig gemacht in einem Maße

welches neu ist. Die Leute, die es getroffen hat, waren zur falschen Zeit am falschen Ort und jeden von uns hätte es genauso treffen können. Vor zwei Jahren war es noch relativ problemlos zu einer Großdemo in einem anderem Land zu kommen. Heute wirst du oft schon direkt an der Grenze festgehalten. Und wo bleibt der öffentliche Aufschrei, wenn Menschen bei Demos erschossen werden. Wieso ist in Italien oder Göteborg eigentlich noch niemand abgesetzt worden.

Was das alles jetzt so mit sich bringt ist enorm wichtig zu diskutieren. Schauen wir uns an was bei den letzten Großereignissen so passiert ist, stellen wir eine enorme Steigerung der Repression gegen Globalisierungsgegner in Europa fest. Hier nun erstmal ein paar Fragestellung mit zugehörigen Gedanken die einer Gruppe von Menschen einfiel.

\*War Genua ein rein italienisches Phänomen?

ganz klar nein. Genua reiht sich in eine Reihe von immer stärkeren repressiv behandelten Protesten.

\*Könne wir zu solchen Groß-Events eigentlich noch mobilisieren bzw. kommt überhaupt noch jemand wenn mensch im Hinterkopf hat das du ja erschossen oder zu Tode geprügelt werden könntest?

Was aber auch wieder wichtiger wird ist die Frage der Anti-Repressionsarbeit.

Kann es den sein, dass in Göteborg grade die absolut krassen Urteile verhängt werden und sich fast niemand mehr drum kümmert.

Wir haben bei uns selber festgestellt, dass die persönliche Betroffenheit momentan bei der Soliarbeit eine große Rolle spielt. Dies ist natürlich verständlich, aber ist es nicht ein wenig arm, wenn Anti-Repressionsarbeit nur dann geleistet wird wenn unsere Freunde im Knast sitzen. Der Grund warum zu Genua gerade ist mehr Anti-Repres.Arbeit geleistet wird, als in Göteborg, ist sicherlich weil wir alle mehr betroffen sind. Aber verdienen die Leute in Göteborg genauso unsere Hilfe wie die Leute in Genua?

Was uns auch noch aufgefallen ist, viel Anti-Repres.Arbeit läuft auf die Schiene:" Mein Freund ist doch gewaltfrei, wieso sitzt der jetzt im Knast." Klar sollten wir nicht irgendwelchen Leuten was anhängen, aber trotzdem müßte es doch noch zusätzliche Wege geben Anti-Repres.Arbeit zu machen.

Wichtig ist auf jedenfall erstmal das die Leute aus den Knästen kommen und dafür ist es auch ok, wenn ein Ströbele nach Genua fährt und sich einsetzt. Aber wir dürfen darüber nicht unsere Inhalte vergessen. Wir sollten gucken, das die Anti-Repressions-Arbeit wieder einen größeren Stellenwert in der Bewegung findet, auch abseits von der "Mein Kumpel ist im Knast"-Mentalität. Und Voralendingen sollten wir sie wieder politischer machen. Aber trotz dieses Artikels nicht vergessen, die Leute im Knast haben Priorität, da könne wir auch mal Kompromisse und komische Geklüngel eingehen.

Eine Bewegung kann nur so stark sein wie ihre Anti-Repressionsarbeit.

p.s. Wie wärs den mal mit ´ner internationalen Kampagne zu diesem thema, oder wenigstens mit einer bundesweiten.

greetings die kopfrocker

## **Pressemappe der Roten hilfe e.V. / EA München Brutale Polizeigewalt und Misshandlungen am Rande des G-8 Treffens in Genua**

### **Inhalt:**

1. Wer ist die Rote Hilfe e.V./ Was macht der Ermittlungsausschuss?
2. Presseerklärung zur Polizeigewalt in Genua
3. Forderungen der Roten Hilfe e.V.

Wenn Sie Interesse an einem Interview mit einer bei der Polizeiaktion "Blitz" festgenommenen Person haben, melden Sie sich bitte unter 0175 / 55 96 245.

Auch für andere Fragen stehen wir Ihnen unter dieser Nummer zur Verfügung.

### **Wer ist die Rote Hilfe?**

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritäts-organisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Politische Betätigung in diesen Sinne ist z.B. das Eintreten für Ziele der Arbeiterbewegung, der antifaschistische, antixistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf und der Kampf gegen die Kriegsgefahr.

Wir vermitteln geeigneten Rechtsbeistand und finanzieren Hilfe bei hohen Prozess- und Anwaltskosten, versuchen die linken Gruppen und Organisationen über Demo-Verhalten, Gesetzes-Verschärfungen usw. aufzuklären, im Rahmen unserer Möglichkeiten machen wir Öffentlichkeitsarbeit gegen die staatliche Repression...

## Was macht der Ermittlungsausschuss (EA)?

Der EA ist eine Gruppe, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, der Repression gegen linke Aktivitäten wie Demonstrationen, Veranstaltungen, Aktionen, etc. etwas entgegenzustellen. Die Arbeit des EAs bestimmt sich v.a. durch Erfassung von Festnahmen, Vermittlung von AnwältInnen, Koordination von ZeugInnen und Prozessvor- und Nachbereitung. In so einem Fall wie Genua wird auch der Kontakt zu den Angehörigen, der Betreuung der Verletzten und weitere Hilfen für die Inhaftierten organisiert.

Bei vielen Demonstrationen und anderen Aktionen wird ein Telefondienst eingerichtet, der eine zentrale Sammelstelle für Berichte von allen Festnahmen ist. Damit kann Festgenommenen möglichst schnell rechtliche Unterstützung zukommen. Neben dem "Feuerwehr"-Dienst stellt sich der EA die Aufgabe, durch Veranstaltungen, Presseerklärungen, Flugblätter etc. über Repressionen, rechtliche Grundlagen und Möglichkeiten zu informieren.

Der EA München arbeitet an vielen Stellen mit der Ortsgruppe der Roten Hilfe e.V. zusammen, die bei politischer Verfolgung finanzielle und politische Hilfe gewährt.

## Kurzfassung

Über 200.000 Menschen aus aller Welt demonstrierten in Genua gegen die Politik der reichsten und mächtigsten Staaten. Schon im Vorfeld werden Reise- und Bewegungsfreiheit vieler DemonstrantInnen und somit ihre Demonstrationsfreiheit eingeschränkt.

Die italienische Polizei ging während der Proteste mit einer so nie gesehenen Brutalität vor. Die traurige Bilanz: ein Toter, über 280 Festnahmen über 500 Verletzte auf beiden Seiten.

21 Deutsche sind heute, Sonntag, 29.Juli, noch in Italien in Haft - angeblicher Verhaftungsgrund: das Tragen schwarzer Kleidung oder ähnliche absurde Vorwürfe.

In der Nacht zum Samstag stürmten italienische Polizeitruppen ein unabhängiges Medienzentrum sowie eine gegenüberliegende Schule, die von der Stadt als Unterkunft für GipfelgegnerInnen zur Verfügung gestellt wurde. Bei dieser Aktion wurden 50 junge Leute zum Teil schwer verletzt und 93 festgenommen, darunter 42 Deutsche (5 MünchnerInnen). Der SZ-Journalist Fritz Burschel beobachtet den brutalen Überfall auf die Schule vom gegenüberliegenden Medienzentrum. " Ich wurde hier Zeuge des brutalsten Aktes von Polizeiwillkür, den ich je erlebt habe. Die Polizei ist da reingestürmt und hat alles brutal zusammengeschlagen. Brutalst. Ich scheue mich nicht, das Folter zu nennen." Die Inhaftierten werden in eine Kaserne gebracht in der sie weiter misshandelt werden. Sie müssen - zum Teil schwerverletzt - mehrere Stunden mit erhobenen Händen an der Wand stehen, bekommen nichts zu Essen und zu Trinken und werden weiter beschimpft und geschlagen. Stefan aus Berlin: "Jede Bewegung die einer machte, wurde mit weitem Schlägen und Tritten beantwortet".

Nach 72 Stunden wurden die Samstag Nacht Inhaftierten dem Haftrichter vorgeführt. Ihnen wird angeblich "Plünderung, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen". Die meisten von Ihnen werden Mittwoch Nacht abgeschoben. Nur ein Münchner, der wegen den gleichen absurden Vorwürfen abgeklagt wird, wird in Untersuchungshaft behalten.

Die VolxTheater-Kampagne "no border, no nation, no one is illegal" startete Ende Juni an der österreichisch-ungarischen Grenze. Ziel der Aktionen ist es, laut Regisseurin Nicole Delle Karth, "Grenzen abzubauen, nicht nur Reisegrenzen und Niederlassungsgrenzen, sondern auch die Grenzen in den Köpfen der Menschen" .

Alle 25 Personen (darunter 17 Österreicher und ein Deutscher) werden am Sonntag wenige Kilometer hinter Genua festgenommen. Auch sie sollen schwer misshandelt worden sein. Ihre Theaterrequisiten wie Jonglierkeulen oder schwarze Kleidung - werden ihnen als Waffen ausgelegt. Sie alle sind noch in Untersuchungshaft. Ihnen droht eine achtjährige Haftstrafe.

Wir fordern die sofortige Freilassung der noch Inhaftierten, die genaue Untersuchung aller Vorfälle während des Gipfels durch eine internationale Kommission und den Rücktritt des italienischen Innenministers.

"Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten zu vertreten sowie Informationen und Ideen mit allen Kommunikationsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten." Artikel 19 der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" der Vereinten Nationen (Dezember 1948) Über 200.000 Menschen aus aller Welt demonstrierten in Genua gegen die Politik der reichsten und mächtigsten Staaten. Die italienische Polizei ging während der Proteste mit einer so nie gesehenen Brutalität vor. Die traurige Bilanz: Ein Toter, über 280 Festnahmen und über 516 Verletzte auf beiden Seiten.

In der Nacht zum Samstag stürmten italienische Polizeitruppen ein unabhängiges Medienzentrum sowie eine gegenüberliegende Schule, die von der Stadt als Unterkunft für GipfelgegnerInnen zur Verfügung gestellt wurde. Bei dieser Aktion wurden 50 junge Leute zum Teil schwer verletzt und 93 festgenommen, darunter 42 Deutsche (5 MünchnerInnen).

21 Deutsche sind heute, Sonntag, 29.Juli, noch in Italien in Haft. Ihnen wird etwa vorgeworfen, Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zu sein - angeblicher Verhaftungsgrund: das Tragen schwarzer Kleidung oder ähnliche absurde Vorwürfe.

Ist das noch Demonstrationsfreiheit?

Schon im Vorfeld wird es den GlobalisierungsgegnerInnen schwer gemacht, an den Protesten teilzunehmen. Das Schengen-Abkommen wird außer Kraft gesetzt, ebenso die Grundrechte Meinungsfreiheit und Reisefreiheit. Viele werden an den Grenzen abgewiesen, Busunternehmen werden von der Polizei unter Druck gesetzt, ein ganzer Sonderzug aus England soll verboten werden, einem vollbesetzten Bus von GipfelgegnerInnen aus Wien wird komplett die Ausreise aus Österreich verwehrt - um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Stimmung ist im Vorfeld aufgeheizt, durch Medien, die nur von "Krawalltouristen" oder "Polit-Hooligans" ohne politische Ziele berichten, durch arrogante VolksvertreterInnen und ein hochaufgerüstetes Polizeiaufgebot in Genua. Ein 5 Meter hoher Zaun, 20.000 PolizistInnen und 3000 Soldaten mit Hubschraubern, Panzern, Schiffen und U-Booten sollen die sogenannte "Rote Zone", in der die Herrschenden der Welt sitzen, beschützen.

Ab Freitag legt die Polizei ihre Taktik auf Konfrontation aus und treibt zehntausende DemonstrantInnen mit Tränengas, Wasserwerfern und Schlagstöcken durch die Gassen Genuas. Dabei kommt es zum tödlichen Schuss. Der 23jährige Geschichtsstudent Carlo Giuliani wird von einem Carabinieri durch zwei Kopfschüsse getötet, hunderte DemonstrantInnen werden durch massiven Schlagstockeinsatz verletzt.

Die Demonstration am Samstag mit 200.000 TeilnehmerInnen, darunter GewerkschafterInnen, UmweltschützerInnen, kirchliche Gruppen, 3.Welt-Initiativen und über 800 andere Organisationen, wird auf der gesamten Länge mit Tränengas angegriffen. Es kommt zu Massenpanik und weiteren zum Teil schweren Verletzungen bei den DemonstrationsteilnehmerInnen. Immer wieder sind Szenen zu sehen, bei denen ganze Trupps von Polizisten auf panisch flüchtende TeilnehmerInnen einschlagen.

Brutale Polizeiaktion in der Schule A. Diaz In der Nacht zum Sonntag stürmt eine Sondereinheit der Polizei (GOM) das Gebäude, in dem unabhängige Medien, das GSF (Genua Social Forum, Organisator und Dachverband der rund 800 an den Demonstrationen teilnehmenden Gruppierungen), zahlreiche Non-Violent-AktivistInnen, eine Rechtshilfe, eine Erste-Hilfe-Station und mehr untergebracht sind und die gegenüberliegende Schule A.Diaz. Hierbei werden 96 Menschen festgenommen (darunter 42 Deutsche) - über 50 davon sind verletzt - mindestens vier befinden sich noch in Krankenhäusern.

Die Schule A. Diaz ist ein wichtiger Infopoint, den die Stadt Genua dem GSF zur Verfügung gestellt hat. In ihr ist auch ein Internetcafe untergebracht. Ein junge Frau aus der Schule berichtet: "Hier konnte man erfahren, wann die Züge nach Hause fahren und die sanitären Anlagen benutzen. - Wir sind hergekommen um Zähne zu putzen. Ich wurde mit der Zahnbürste in der Hand festgenommen." Zudem war die Schule ein wichtiges Übernachtungsquartier, gerade für jüngere DemonstrantInnen, die Konfrontationen mit Gewalt und der Polizei vermeiden wollten. Ralf Homann, Medienprofessor an der Bauhaus-Universität in Weimar, der die Aktion vom gegenüberliegenden Medienzentrum beobachtete, sagt: "Da die Schule direkt beim Pressezentrum lag und von der GSF organisiert war, galt sie als neutrale Zone. Jeder der eine sicherere Unterkunft suchte, wurde hierher geschickt." Um halb zwölf in der Nacht zum Sonntag sind etwa 200 Polizisten vor den Gebäuden. Etwa 60 von ihnen stürmen die Schule. Homann berichtet: "Aus den oberen Stockwerken waren Schreie, Krachen und Splintern zu hören. Ein Polizeihubschrauber steht die ganze Zeit über der Schule." Jeanette (31) aus Weinheim ist eine von den 42 Deutschen, die zu diesem Zeitpunkt in der Schule waren: "Um halb zwölf herrschte in der Schule eine entspannte Stimmung. Viele haben schon geschlafen. Plötzlich sperrten die Polizisten die Straße völlig ab und rückten mit 200 Mann an. Wir haben die Hände in die Höhe genommen, um zu zeigen, dass wir friedlich sind und uns an die Wand gesetzt, manche haben sich auch mit den Händen an der Wand hingestellt.

Die Polizisten haben jeden einfach willkürlich niedergeknüppelt. Überall war Blut. Es war zunächst kein Arzt da. Neben mir lag eine Frau mit eingeschlagenem Schädel am Boden. Später höre ich von ihr, dass sie immer noch im Krankenhaus liegt." Jeanette versucht mit ihrem Autoverbandskasten die Verletzten notdürftig zu versorgen.

"Ich hab mir so was gar nicht vorstellen können. Von den etwa 70 Leuten in der Schule gab es vielleicht zwei, die nicht verletzt waren. Der Rest hatte Platzwunden, vor allem am Kopf, Frakturen, ausgeschlagene Zähne, gebrochene Kiefer und so weiter. Es war wie im Krieg." Es dauert ewig, bis Krankenwagen kommen. Sie beginnen, Verletzte mit Hilfe der Polizisten in Schlafsäcken aus den oberen Stockwerken herunterzubringen. Tragen gibt es zunächst nicht.

Tobias (25) aus München berichtet:

"Die Polizisten ,die die Schule stürmten, waren schwer ausgerüstet. Sie trugen alle Helme, hatten sich mit Tüchern verummummt, so dass niemand ihr Gesicht erkennen kann, trugen Schlagstöcke und Pistolen bei sich. An den Füßen hatten sie Stahlstiefel und sie trugen Knieschoner. Mit einer brachialen Gewalt stürmten sie das Haus. Die Polizisten schrien: "Bastardi" "Wir bringen euch um"..."

Als die erste Prügelei zuende war, wollte die Polizei alle aus dem ersten und zweiten Stockwerk nach unten bringen. Eine Frau, die auf Grund ihrer Verletzungen nicht schnell genug aufstehen konnte, wurde von einem Polizisten die Treppe herunter geworfen - sie liegt wohl immer noch im Krankenhaus. Unten wurden wir immer noch getreten, knieten mit den

## Materialien zu Genua und VolXtheaterkarawane

Händen über den Köpfen auf dem Boden und mussten weitere Bedrohungen über uns ergehen lassen." Weiter berichtet er von Männern mit Anzug und Krawatte, die ebenfalls Helme trugen. Sie standen an der Treppe und haben jedem, der aus den oberen Stockwerken nach unten gebracht wurde, einen Schlag mit dem Schlagstock mitgegeben.

Die Polizisten haben mit brachialer Gewalt zugeschlagen, wer seinen Arm schützend über den Kopf hält, dem wird der Arm gebrochen.

Auch das Pressezentrum gegenüber wird verwüstet. Hier gehen die Polizisten weniger brutal vor, es werden aber einige Computer, Technik, Mobilar zerstört. Festplatten, Kameras und Fotoapparate werden beschlagnahmt.

Nach Angaben einer Krankenhausangestellten aus dem San Martino Krankenhaus in Genua sind die Verletzten in einem unvorstellbar furchtbaren Zustand. Sie berichtet von multiplen und komplizierten Frakturen, eingeschlagenen Schädeln und ausgeschlagenen Zähnen. Viele befinden sich in einem Schockzustand, sind kreidebleich, kaum ansprechbar und haben Angst, überhaupt berührt zu werden. Nach der Behandlung werden sie entweder direkt ins Gefängnis gebracht oder unter Bewachung im Krankenhaus behalten.

Fritz Burschel, Journalist der Süddeutschen Zeitung gehört zu der ersten Gruppe von Journalisten, die nach Abzug der Polizei die Schule betreten. Schon unten im großen Saal der als Schlafhalle genutzt wurde befinden sich große Blutlachen, im Treppenhaus ist noch mehr Blut, auch an den Wänden. Oben sind Rucksäcke ausgeschüttet, wieder Blut in großen Massen. Die Computer im Internetcafe sind nicht nur einfach umgeworfen, sie sind zertrümmert. Die Vorstellung, welche Kraft nötig ist, um die Metallgehäuse der Computer zu zertrümmern, lässt Rückschlüsse über das Wüten der Beamten zu. Burschel formuliert seine Meinung deutlich: "Die Polizei ist da reingestürmt und hat alles brutal zusammengeschlagen. Brutalst. Ich scheue mich nicht, das Folter zu nennen." Ralf Homann sieht das genauso: "Ich kann mir nicht vorstellen, wie man es anders nennen soll als Folter, wenn Leute in Schlafsäcken blutig geschlagen werden." Später versuchte Burschel, im Hospital Galliera Personen abzuholen. Das Krankenhaus gleicht einem Polizia und Carabinieri Heerlager, ein Durchkommen zu den verletzten Personen ist unmöglich. Weitere eineinhalb Stunden später werden 10 Gefangene mit notdürftigen Verbänden in einen Polizeibus gebracht. Gerade die Jüngeren unter Ihnen weinen hemmungslos. Alle sind verstört, keiner kann verstehen, was passiert ist.

Misshandlungen in der Kaserne Miriam aus München:

"Zuerst hat man uns in eine Kaserne gebracht. Wir mussten uns über Stunden an die Wand stellen. Gesicht zur Wand, Beine auseinander und Hände nach oben. Wir wurden immer wieder beschimpft. 20 oder 30 von uns waren dort in einem gefliesten Raum mit einem vergitterten Fenster ohne Verglasung. Es gab nichts zu trinken und nichts zu essen. Erst am nächsten Tag bekamen wir etwas zu trinken und drei Brötchen für etwa 30 Leute. Es war ziemlich kalt, denn es war Nacht. Irgendwann durften wir uns hinsetzen, Decken gab es keine. Keiner hat uns gesagt, wo wir sind und was uns vorgeworfen wird.

Geschlafen hat keiner von uns. Die ganze Zeit wurden Leute hin und her geschickt, immer wieder wurden Leute geschlagen oder angeschrien. Wir hatten alle panische Angst und haben nur noch gezittert.

Über unsere Rechte hat uns niemand aufgeklärt, es gab keine Möglichkeit zum Kontakt zur Außenwelt. Die Polizisten haben nur gelacht, als wir nach der deutschen Botschaft fragten.

Viele kamen aus dem Krankenhaus direkt hier her, andere mit nicht so schweren Verletzungen wurden gar nicht behandelt. In der Kaserne war kein Arzt. Die Leute hatten Brüche, gebrochene Kiefer. Wir sollten auf dem Boden schlafen.

Die ganze Nacht wurde mit psychischer Folter weitergemacht. Draußen wurden Leute geschlagen oder sonstige Geräusche gemacht, die uns Angst eingeflößt haben. Dann ging es zu einer sogenannten "Medizinischen Untersuchung". Wir Frauen mussten uns vor einem Mann ganz nackt ausziehen. Dort wurde geschaut ob wir blaue Flecken haben. Medizinische Behandlung gab es nicht. Viele von uns Frauen haben irgendwann ihre Tage bekommen - auch auf mehrmalige Bitten haben wir keine Binden bekommen. Auf die Toilette mussten wir vor den Augen der Männer gehen. Toilettenpapier gab es keines." Stefan (25) aus Berlin:

Bei den Männern war es genauso. Wir mussten mit dem Gesicht zur Wand stehen. Hände nach oben, wenn wir die Füße nicht weit genug auseinander hatten, wurde mit den Stahlstiefeln gegen die Knöchel getreten. Immer wieder wurde ich mit Schlagstöcken von hinten geschlagen. Jemand sprüht mir von hinten eine ätzende Flüssigkeit ins Gesicht. Vielleicht CS-Gas oder Tränengas. Ich weiß es nicht." Die Verätzungen im Gesicht sind immer noch sichtbar.

Später kommt jemand, der sagt, er wäre Arzt. Stefan zeigt ihm sein verätztes Gesicht. Daraufhin wird er eine lange Zeit unter eine eiskalte Dusche gestellt, bekommt einen durchsichtigen Anzug aus einer Folie verpasst und muss sich barfuß - und mehr oder weniger nackt - weitere Stunden in den befliesten Raum stellen in dem es eiskalt ist.

Jeder Toilettengang wird zum Spießbrutenlauf. Die Gefangenen werden am Nacken gepackt, ihr Kopf wird Richtung Boden gedrückt und in gehockter Haltung mit dem Gesicht zum Fußboden werden sie unter Tritten zur Toilette gebracht und müssen bei offener Tür unter den Augen der Polizisten auf die Toilette gehen.

Ein Junge, der direkt aus dem Krankenhaus in die Kaserne gebracht wird, bricht irgendwann zusammen. Er wird von den Polizisten dazu genötigt aufzustehen und wird weggeschleift. Wohin er kommt, wissen die anderen nicht.

Nach 2 Nächten und einem Tag - also Montag Mittag - werden sie dann in ein Gefängnis gebracht.

Nach 36 Stunden kommen sie ins Gefängnis Miriam:

"Auch hier gab es keine weitere medizinische Versorgung. Viele von uns hatten Fieber. Es gab jedoch endlich etwas zu essen und zu trinken und ein Bett für jeden." Bis Mittwoch haben die Inhaftierten keinen Kontakt zur Außenwelt. Kein Anwalt, kein Botschafter und kein Angehöriger darf mit ihnen sprechen. Sie wissen nicht, was man ihnen vorwirft.

Insgesamt sind 69 Deutsche in Italien in Haft. Nach der gesetzlichen Höchstdauer von 72 Stunden werden sie dem Haftrichter vorgeführt. Bei der Haftprüfung erhalten die AnwältInnen keine Akteneinsicht. Manche dürfen vorher drei Minuten mit ihrem Mandanten sprechen - andere gar nicht. Es kommen nicht alle frei, wobei den Angeklagten absurde Vorwürfe gemacht werden. Die nächste Haftprüfung wird erst in zehn Tagen in Turin stattfinden.

Um 17 Uhr werden die ersten vom Gefängnis in die Polizeipräfektur gebracht. Es zeichnet sich ab, dass die meisten von Ihnen frei kommen. Trotzdem dauert es noch 10 Stunden, bis der Bus Richtung Deutschland abfährt.

In der Präfektur werden sie zunächst relativ anständig behandelt, dann wechselt die Besetzung und die Einheit aus der Kaserne übernimmt wieder und macht mit ihrem Terror weiter. Diese Einheit soll auch den Bus nach Deutschland begleiten. Die Botschaft protestiert dagegen. Tatsächlich wird die Mannschaft ausgewechselt, nach der Hälfte der Fahrt ist die Terroreinheit jedoch wieder im Bus.

Laut unseren Informationen gibt es am Abend einen Disput über Freilassung oder Abschiebung der am Samstag Inhaftierten. Die Polizei ist dafür, die Leute sofort auf freien Fuß zu setzen, die italienische Regierung bevorzugt die Abschiebung. Das deutsche Konsulat schaltet sich ein und fordert die sofortige Entlassung aus der Haft. Die Inhaftierten werden unterdessen von Gefängnissen zum Polizeirevier in Pavia gebracht und weiter festgehalten. In Italien werden Vermutungen laut, dass dieses Vorgehen gewählt wird, um die von Schlägen Gekennzeichneten vor den Augen der Presse zu verbergen und die Öffentlichkeit nicht weiter zu beunruhigen. Inzwischen ist es 24 Uhr.

Um 1 Uhr kommt die Nachricht aus Mailand: 60 Deutsche werden abgeschoben. Wohin, ist noch nicht klar. Erst nach einer weiteren Stunde kristallisiert sich langsam heraus, dass die Abschiebung über Österreich in einem Reisebus erfolgen wird. Angehörige fahren hinterher und versuchen, weitere Informationen zu bekommen. Sie werden am Brenner abgeliefert und fahren mit dem Zug weiter nach München- Alle Betroffenen bekommen ein Formular ausgehändigt, dass eine 5jährige Einreisesperre nach Italien bescheinigt.

Im Zug nach München werden sie von Beamten des BGS erwartet, die ihre Personalien aufnehmen. Es besteht die begründete Befürchtung, dass ihre Namen nun in der sogenannten "europäischen Gewalttäterdatei" auftauchen werden.

Am Donnerstag Mittag kommen 24 Menschen erschöpft und gekennzeichnet von vier Tagen Gefängnis, Isolation und Misshandlungen am Münchner Hauptbahnhof an. Einige sind schon vorher mit dem Auto abgeholt worden, aber es ist klar: Es sind immer noch über 50 Menschen aus Deutschland in Italien im Gefängnis oder vermisst.

Als Beweis für die angebliche Gefahr präsentiert die Polizei am Montag Waffen, die in der Schule gefunden worden sein sollen: Zwei Maurerhämmer, einige Ziegelsteine, (laut Burschel wird die Schule gerade renoviert und ist von einem Baugerüst umgeben - kein Wunder also, dass dort diese Gegenstände zu finden sind!), 25 Messer (darunter etliche Küchen- und Taschenmesser), ein Stock, schwarze Kleidung, Taucherbrillen, Verbandszeug, Latex-Handschuhe, Fotoapparate und Damenbinden. Offenbar sollten diese Gegenstände Bände sprechen und die gewalttätige Aktion der Polizei rechtfertigen.

Warum das alles?

Burschel und Homann vertreten die These, dass dieser Polizeieinsatz der "Nachbeschaffung von Öffentlichkeitsarbeit" dienen sollte. Seit Wochen wurde in den Medien von internationalen KrawalltouristInnen berichtet, aber nur wenige festgenommen. Fast nur Italiener waren auf den Demonstrationen von Freitag und Samstag inhaftiert worden. Die Saga vom "ausländischen Straftäter" war noch nicht verifizierbar. Erst nach Ende des Gipfels begann die italienische Polizei gezielt ausländische GlobalisierungskritikerInnen zu verhaften, auch von der Straße und bei Polizeikontrollen.

Es steht der Verdacht im Raum, dass die unabhängige Berichterstattung gezielt unterbunden werden sollte. Für diese These spricht, dass die italienische Polizei im Medienzentrum Festplatten, Filme und Videomaterial konfisziert hat. Einem Journalisten, der auch in der Schule untergebracht war, wurde die Kamera und alle Filme abgenommen und ihm nicht wieder ausgehändigt. Schon vorher berichten auch JournalistInnen der Jungen Welt von Eingriffen in ihre Arbeit und Misshandlungen. Bereits am Donnerstag wurde Michel Zimmer (Junge Welt) mit seiner Kollegin in einer Polizeiwache geschlagen. Sie berichten über Mussolini- und Wehrmachtsbilder an den Wänden.

Unter den in der Schule Verhafteten war auch die Journalistin Kirsten Wagenschein, ihr Presseausweis wird ignoriert: "Von Anfang an hatte ich deutlich darauf hingewiesen, dass ich Journalistin bin. Ich hatte meine Akkreditierung umgehakt, meinen Presseausweis in der Hand und immer wieder gerufen: Presse, Presse, Presse." Sie wird genau wie alle in die Folter-Kaserne gebracht. Die Ignoranz gegenüber der Pressefreiheit scheint im Land des Medienmoguls Berlusconi stark ausgeprägt.

Eine solche Behandlung der Presse macht um so mehr Sinn, wenn man sich die Vorwürfe der "Gegenjournalisten" anhört: Die italienische Polizei soll V-Männer in den sogenannten "Schwarzen Block" eingeschleust haben, die sich aktiv an

Sachbeschädigungen und Gewalttaten beteiligt haben. Der italienische Sender RAI hat schon Bilder gezeigt, die diese These untermauern sollen.

Es werden immer noch Deutsche in italienischen Gefängnissen festgehalten. Sie wurden unter den gleichen Bedingungen festgenommen - trotzdem fiel ihre Haftprüfung positiv aus. In Konsulatskreisen kursiert am Mittwoch das Gerücht von einer Quotenregelung - 5% der Beschuldigten, sollen verurteilt werden, um den brutalen Polizeieinsatz nachträglich überhaupt rechtfertigen zu können.

Die NoBoder-Karawane des Volxtheaters Die VolxTheater-Kampagne "no border, no nation, no one is illegal" startete Ende Juni an der österreichisch-ungarischen Grenze. Ziel der Aktionen ist es, laut Regisseurin Nicole Delle Karth, "Grenzen abzubauen, nicht nur Reisegrenzen und Niederlassungsgrenzen, sondern auch die Grenzen in den Köpfen der Menschen" Den österreichischen Sicherheitskräften fielen sie beim Weltwirtschaftsforum in Salzburg Anfang Juli auf. Interessant ist das damals vom Österreichischen Fernsehen aufgezeichnete Interview mit dem Chef der von den Demonstranten gefürchteten Sondereinheit WEGA. Der Exekutivbeamte bestätigte damals die Harmlosigkeit der AktionisInnen. Im O-Ton: "Als ich gesehen habe, dass die Theater spielen, teilweise auch mit Kindern, habe ich sofort meine Leute abgezogen" Alle 25 Personen (darunter 17 Österreicher und ein Deutscher) werden am Sonntag wenige Kilometer hinter Genua festgenommen. Auch sie sollen schwer misshandelt worden sein. Ihre Theaterrequisiten wie Jonglierkeulen oder schwarze Kleidung, alltägliche Gegenstände wie Brotmesser und Essgeschirr sowie Stadtpläne - werden ihnen als belastende Beweise für ihre Gewalttätigkeit ausgelegt. Alle werden wegen noch in Untersuchungshaft. Ihnen droht eine achtjährige Haftstrafe.

### **Was jetzt? - Forderungen der Roten Hilfe e.V.**

1. Alle im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel gefangenengenommenen Personen müssen sofort freigelassen werden.
2. Eine unabhängige internationale Untersuchungskommission zu Folterung und Misshandlungen auf den Polizeirevieren und in Gefängnissen muss gebildet werden, ebenso eine unabhängige Untersuchung der Ermordung Carlo Giullianis.
3. Die Polizisten/Soldaten/Sondereinheiten, die die Schule überfallen haben und dort wieauch bei der anschließenden Haft die Gefangenen gefoltert haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden.
5. Ebenso müssen die übergeordneten Stellen, die den Überfall auf die Schule angeordnet haben zur Verantwortung gezogen werden.
6. Ein Verbot für Schusswaffen und CN-Gas auf Demonstrationen muss durchgesetzt werden.
7. Wir fordern den Erhalt der Rechte auf Demonstrationsfreiheit und auf Reise- und Bewegungsfreiheit
8. Den Inhaftierten müssen faire Verfahren gemacht werden. Konstruierte Vorwürfe (Black Block) müssen fallengelassen werden.
9. Es darf keine Spaltung des Widerstandes geben.
10. Wir fordern Solidarität mit den Gefangenen, auch durch konkrete Unterstützung und Spenden
11. Wir fordern den Rücktritt des italienischen Innenministers und eine offene Stellungnahme der Regierung Berlusconi.

Rote Hilfe e.V Ortsgruppe München Schwanthalerstraße 139, 80229 München muenchen@rote-hilfe.de

Bei weiteren Fragen, wenden Sie sich an die Pressestelle der Roten Hilfe / Ermittlungsausschuss München unter der Telefonnummer: 0175/55 96 245

### **Scajolas Bullenopfer**

Die Regierung und die Sicherheitsbehörden in Italien geraten wegen der Ereignisse von Genua in Bedrängnis. von anseml jappe, rom Zwei Wochen nach dem Gipfel in Genua beginnen weiterhin alle Fernsehnachrichten in Italien mit den »fatti di Genova«, und auch die Zeitungen widmen ihnen täglich mehrere Seiten. Nachdem sich der politische Antagonismus in den letzten Jahren weitgehend abgeschliffen zu haben schien und selbst Berlusconi's Wahlsieg von seinen Gegnern mit einem Achselzucken registriert worden war, ist auf einmal wieder eine scharfe Konfrontation innerhalb der Gesellschaft zu verzeichnen.

In Bars prügeln sich die Leute vor dem laufenden Fernseher, Nachbarn reden nicht mehr miteinander, in abgelegenen kalabresischen Dörfern verkünden Arbeitslose, wie sie mit den Demonstranten umgesprungen wären. Und wer in den Tagen nach dem Gipfel von einem Unbekannten zu hören bekam, dass »man in Genua ein Spektakel gesehen hat, das eines zivilisierten Landes unwürdig ist«, musste erst einmal mit vorsichtigen Fragen erforschen, auf welcher Seite sein Gesprächspartner die Barbarei entdeckt zu haben glaubte.

Hatte in den ersten Tagen noch ein großer Teil der Öffentlichkeit die Version akzeptiert, eine Horde Barbaren aus aller Herren Länder habe Genua in Brand gesteckt, bis endlich die Polizei eingegriffen habe, sitzen mittlerweile die Regierung und die Sicherheitskräfte auf der Anklagebank. Jetzt geht es nur noch darum, wer das Desaster ausbaden soll.

Die verschiedenen Polizeikorps und -funktionäre sowie die Politiker schieben sich gegenseitig die Schuld zu. Dabei geht es weniger um den Tod von Carlo Giuliani als um die Angriffe auf die Demonstrationzüge, die Räumung der Diaz-Schule und die Misshandlungen in den Polizeiwachen.

Insgesamt acht gerichtliche Untersuchungen laufen, die Genueser Staatsanwaltschaft hat, nicht ohne interne Spannungen, zahlreiche Polizisten vernommen, die Namen der an den Einsätzen Beteiligten und die Kommandoketten festgestellt und einen Schalter eröffnet, an dem Bildmaterial abgegeben werden kann. Sie spricht unverhohlen von »systematischer Folter« in der Kaserne Bolzaneto, will aber auch erforschen, warum die Polizei nicht rechtzeitig gegen den so genannten Black Block vorgegangen ist.

Der Innenminister Claudio Scajola hat Inspektoren nach Genua gesandt und nach deren Rapport drei Spitzenfunktionäre versetzt: den Polizeipräsidenten von Genua, Francesco Colucci, dessen Stellvertreter, Ansoino Andreassi, und den Leiter der Antiterrorismusabteilung, Arnaldo La Barbera.

Keine Maßnahmen wurden gegen die Verantwortlichen der Carabinieri, die ein Teil der Armee sind, getroffen. Aber der Versuch, alle »Exzesse« auf individuelle Verfehlungen und Koordinationsschwierigkeiten zu schieben, wird weder von den Ordnungskräften und ihren Gewerkschaften noch von der linken Öffentlichkeit akzeptiert.

Besonders reumütig wirkt Scajola jedenfalls nicht, hat er sich doch am vergangenen Samstag in seiner Privatwohnung mit seinem deutschen Kollegen Otto Schily getroffen und dessen Vorschlag begrüßt, eine europäische Polizeitruppe zur Bekämpfung von Aufständen einzurichten.

Wir gehen herrlichen Zeiten entgegen. Der Misstrauensantrag gegen den Innenminister ist zwar erwartungsgemäß vom Senat abgelehnt worden; aber ein von der Regierung dominierter Parlamentsausschuss soll bis zum September einen Bericht vorlegen. Doch die markigen Worte einiger Vertreter der Opposition können nicht über deren Widersprüche hinwegtäuschen. So versuchen sie, alle Schuld der Alleanza Nazionale und deren Vorsitzendem, dem Vizepremier Gianfranco Fini, zu geben. Sie verweisen darauf, dass er, ebenso wie andere AN-Angeordnete, in der Genueser Kommandozentrale der Carabinieri anwesend war und dass die Postfaschisten über viele Sympathisanten innerhalb der Ordnungskräfte verfügen.

Der Versuch der Mitte-Links-Opposition Ulivo, die Polizeispitzen selbst von Verantwortung freizusprechen, hat ein durchsichtiges Motiv. Sie sind fast alle unter der Ulivo-Regierung eingesetzt worden. Der ehemalige Premier Massimo D'Alema behauptet, die gegenwärtigen Polizeispitzen seien die demokratischsten, die möglich seien, wer sie für faschistisch halte, müsse dann ihre Nachfolger als Nazis bezeichnen.

In der Tat war im März, als der Ulivo noch an der Regierung war, die Polizei in Neapel während eines internationalen Forums zu Informationstechnologien kaum weniger brutal als in Genua gegen Demonstranten vorgegangen.

Immerhin gehen manche Beobachter davon aus, dass sich Fini - der im Parlament anstelle des Premiers Berlusconi den Innenminister verteidigte und der die Opposition der heimlichen Zusammenarbeit mit den gewalttätigen Demonstranten bezichtigte - die Vorfälle in Genua benutzt hat, um sich innerhalb der Regierung als der eigentliche starke Mann durchzusetzen.

Aber abgesehen davon, scheint die rechte Regierung eher ihren niederen Instinkten als einer diabolischen Intelligenz gefolgt zu sein. Jetzt erwägt sie, den für November geplanten Gipfel der Welternährungsorganisation FAO, der jedes Jahr in Rom stattfindet, gegen den aber bereits Demonstrationen angekündigt sind, in ein afrikanisches Land zu verlegen. Der Minister für EU-Angelegenheiten, Rocco Buttiglione, rechtfertigte dies damit, dass Italien bereits »seinen Teil getan« habe und keine weiteren Menschenleben riskieren wolle, auch nicht die von »Bösewichtern«, denn es handele sich dabei doch um »Söhne unseres Volkes«.

Aber in mindestens ebenso großen Schwierigkeiten wie die Regierung befinden sich auch die Linksdemokraten (DS). Bereits vor der Gipfelkonferenz von Genua schieden sie sich in solche, die mitdemonstrieren, diejenigen, die »Verständnis« dafür haben, und diejenigen, die es ostentativ verweigern.

Nun ist die Partei, die im Herbst einen neuen Vorsitzenden wählen muss, erst recht zerstritten. Während ihre besonders »staatstragenden« Vertreter selbst den Misstrauensantrag gegen den Innenminister nur ungern unterstützten, droht ein Teil der Parteibasis wegzulaufen. Nach dem miserablen Wahlergebnis vom 13. Mai forderten viele in der Partei eine noch stärkere Wendung zur Mitte, zur Kirche und zum Markt; jetzt entdecken andere, dass die einzige Chance für die DS, überhaupt wieder eine Rolle in der Gesellschaft zu finden, darin besteht, sich dem gemäßigten Flügel der Globalisierungsgegner als institutionelle Vermittlung anzubieten. Doch das würde sich natürlich, zumindest auf der rhetorischen Ebene, schlecht mit der ständigen Anbiederung an das Kapital vertragen.

Aber auch die meisten Globalisierungsgegner zeigen, dass sie nicht wissen, was sie wollen. Vittorio Agnoletto, der Sprecher des Genua Social Forum, war als Arzt und Gründer der italienischen Anti-Aids-Liga seit Jahren Berater des Sozialministeriums für Drogenfragen. Als der gegenwärtige Sozialminister Roberto Maroni (Lega Nord) unmittelbar nach dem Gipfel Agnolettos Vertrag mit der Begründung kündigte, dieser habe die Regierung kritisiert, wurden flugs Unterschriften gesammelt - als ob ein solcher Rausschmiss nicht eine Ehre sei. Aber schließlich war auch der andere Sprecher der Globalisierungsgegner, Luca Casarini, Berater der Ulivo-Ministerin Livia Turco.

In dieselbe Richtung gehen auch die ständigen Klagen, in Genua seien die Grundrechte außer Kraft gesetzt worden. Der ewige Wahn, Recht und Staat seien ein neutrales oder gar an sich »demokratisches« Konstrukt, wird in solchen Konfrontationen oft sogar noch verstärkt.

Dass das »Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei« beeinträchtigt wurde, ist in Wirklichkeit als einer der positiven Aspekte zu werten. Im Grunde war Genua auch eine Art Festival der Naivität. Naiv war das Genua Social Forum, das glaubte, die Regierung werde ihm goldene Brücken bauen, und das nachher die Polizei belastende Aufnahmen in seinem eigenen Pressezentrum unterbrachte, wo sie beschlagnahmt wurden, sodass sie bis heute verschwunden sind.

Naiv war die Regierung, die glaubte, die Öffentlichkeit werde ihre Untaten schnell vergessen, naiv waren die Pazifisten, die mit erhobenen Händen demonstrierten und auf die Verfassung pochten, naiv waren die Randalierer, die glaubten, man komme dem Kapital mit ein paar eingeworfenen Fensterscheiben bei. Und leider waren auch diejenigen naiv, die meinten, die Carabinieri würden sich mit Schüssen in die Luft verteidigen.jw33

## **Oreste Scalzone »Wir erliegen einem Wahn«**

»Genossen und Genossinnen! Haltet euch fern von Genua!« Diesen Rat erteilte der Altautonome Oreste Scalzone dem radikalen Teil der Antiglobalisierungsbewegung vor einigen Wochen. Scalzone wurde am 7. April 1979 in Italien im Zuge der Repression gegen die Autonomia verhaftet, aus gesundheitlichen Gründen aber wieder aus der Haft entlassen. Anschließend wurde er zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Er entzog sich dem Haftantritt durch die Flucht nach Frankreich, das sich bislang geweigert hat, ihn an Italien auszuliefern. Das Interview mit Scalzone führte Paolo Fiore. Es erschien am 26. Juli in Il Nuovo.

Wie beurteilen Sie die Tage von Genua?

Alles ist derart absurd und widerspricht sich selbst. Wie kann man das Bestehende ablehnen und dann zum Demonstrieren noch Vergünstigungen, Unterbringung und die Bereitstellung von Dienstleistungen einfordern? Wie kann man wochenlang eine »Medienguerilla« propagieren, indem man sagt, »wir werden die Rote Zone übertreten, wir werden durchbrechen«, indem man eine zwanghaft militärische und kriegerische Symbolik verwendet, und das unter dem Vorbehalt, »selbstverständlich ist alles nur metaphorisch gemeint, spielerisch, lasst uns nur machen, wir kommen mit Wasserpistolen«. Und das alles, um danach denen, die tatsächlich mit Steinen kommen, oder, ebenfalls symbolisch, Fenster von Banken einwerfen, zu sagen, dass sie ungeschliffen seien, dass sie keine Anspielungen verstünden, keinen Humor besäßen und alles ruiniert hätten?

Ein Aufruhr, eine wutentbrannte Sabotage an Symbolen und Sachen wird zum Undenkbaren. So sehr, dass man sich in einem Wahn von klinischem Rang als einzige Erklärung »Polizeiprovokationen« einbilden kann.

Wie kann man nur dagegen protestieren, dass in Ancona die griechischen Anarchisten von der Polizei aufgehalten und zurückgewiesen worden sind, und dann die Regierung und die Ordnungskräfte beschuldigen, dass sie in Genua die Randalierer nicht aufgehalten hat? Dies hätte eine weitere Militarisierung der Stadt erfordert. Wie kann man bloß diejenigen, die Steine geworfen und Banken entglast haben, Rowdys und Barbaren nennen und dann den Tod von Carlo Giuliani damit in eine Reihe bringen? Wer war denn der lebendige Carlo, mit seinem Feuerlöscher in den Händen? Wenn er - wie erklärt wird - aus keinem bestimmten Bereich kam, so heißt das nur, dass es Tausende waren, die bei den Zusammenstößen dabei waren! Wir erliegen einem Wahn.

Die Gewaltfrage und die Unterscheidung von »guten« und »bösen« Protestierern steht gegenwärtig im Mittelpunkt der Debatte. Was halten Sie davon?

Die Gewaltfrage ist ein Gradmesser. Es gibt hier niemanden, der eine Ethik oder Ästhetik der Gewalt hat. Persönlich habe ich großen Respekt vor der Gewaltfreiheit, der echten, die bei Thoreau, bei Gandhi, aber auch bei Dolci oder Capitini ihren Ursprung hat. Sie ist als eine ziemlich radikale, bestimmt nicht gesetzeskonforme, schon gar nicht kompromisslerische Kampfform entstanden. Mehr als scheinheilig finde ich den Diskurs derer, die erst die Welt so darstellen, dass die Leute wie im Kielraum der Titanic ausgebeutet werden, und die dann, sobald die Scheiben klirren, mit der Ethik daherkommen. Eine ethische Frage lässt sich im Hinblick auf eine Person stellen, aber keinesfalls hinsichtlich der Sabotage von Waren, die mitunter sogar töten.

An den Auseinandersetzungen in Genua haben etliche tausend Leute teilgenommen, nicht nur der Schwarze Block allein. Jetzt wird gesagt, dass die Leute vom Schwarzen Block in Wahrheit verkleidete Polizisten und Carabinieri waren, und als Beweis dafür werden schwachsinnige Fotos vorgelegt. Seit die Welt besteht, verkleiden sich die Ordnungshüter und stiften zu Aktionen an, zu Ausschreitungen, um Leute identifizieren und verhaften zu können.

Es gibt Polizisten in Uniform, in Zivil, es wird vermutlich als Tute nere, bianche oder Nonnen verkleidete Polizisten gegeben haben. Dagegen verbreiten Agnoletto, Casarini (Aktivisten des Genoa Social Forums und der Tute Bianche, E.G.) und il manifesto die These, dass die Zusammenstöße allein von einer Horde Barbaren oder, schlimmer noch, von eingeschleusten Agenten provoziert wurden. Eine unzulässige Lüge, die nicht durchgehen darf. Wie die andere Lüge, die sich viele

vormachen: Dass all das, was passiert ist, nicht geschehen wäre, gäbe es noch die Mitte-Links-Regierung. In Genua haben alle verloren: Die Großen, denen, so wie in vergangenen Zeiten die Kaiserkrönung, das Gipfelspektakel als starke symbolische Botschaft dienen sollte. Die Linksdemokraten, deren konfuser Zustand vor aller Welt sichtbar wurde, Berlusconi, der mit dem Vorgefallenen sicher nicht zufrieden sein kann. Und das Genoa Social Forum hat gleichfalls verloren, was auch immer Agnoletto sagt, geschweige denn die Tute bianche.

Die Öffentlichkeit scheint in diesen Tagen besonders wachsam zu sein. Das brutale Vorgehen der Ordnungshüter hat viele schreckliche Szenen in Erinnerung gerufen, und viele sprechen von der chilenischen Erfahrung. Glauben Sie, dass die Schraube angezogen wird, dass die Freiheit, eine abweichende Meinung zu haben und zu demonstrieren, in Gefahr ist?

Ich halte es für sehr unwahrscheinlich, dass es heute in Italien tatsächlich zu einer Aufhebung der Verfassungsgarantien kommen wird, die etwa den Arbeitern untersagen würde, zu streiken oder auf die Straße zu gehen. In den siebziger Jahren glaubte ich nicht, dass es in Italien zur Errichtung eines mit der griechischen Militärdiktatur vergleichbaren Regimes kommen würde. Mit noch mehr Grund glaube ich heute nicht, dass es Bedingungen für dergleichen gibt, trotz der Umbildung der bürgerlich-kapitalistischen Schichten, Vermittlungen und Institutionen, als deren immer deutlicher werdender Ausdruck sich die Regierung Berlusconi herausstellt.

Berlusconi erscheint immer mehr als Bühnendarsteller, aufgestellt von Leuten, die das klassische Establishment des Kapitalismus verkörpern, auch in seiner sozusagen italienischen Prägung.

Ihre Kritik am Genoa Social Forum ist sehr hart. Sie ordnen sie nicht einem Angriff auf die Mitte-Rechts-Regierung oder auf die Ordnungskräfte in Genua unter.

Na gut, das ist ein wenig wie bei den Fußballfans. Wenn die eigene Mannschaft verliert, hadert man viel lieber mit dem eigenen als mit dem gegnerischen Trainer. In der Führung der Polizeikräfte hat es eine Art historischen Kompromiss gegeben: Die Posten der ausführenden Chefs sind bekanntlich streng mit linksdemokratischen Gewährsleuten besetzt, gemeinhin mit violantini, benannt nach Luciano Violante. (Strafrechtler, ehemals Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens, heute Demokratischer Sozialist, E.G.) Die Mitte-Rechts-Regierung trägt die politische Verantwortung.

Die Kritik an denen, die als Führer der Bewegung gehandelt haben, ist dagegen auch notwendig. Sie ist von jeglichem Resentiment frei. Es ist eine Kritik, die nur dann ad acta gelegt werden kann, wenn der Wille da ist, alles noch einmal zu diskutieren, eine wirkliche Auseinandersetzung auf allen Ebenen zu beginnen.

Man braucht weder der alten Linken - ob sozialdemokratisch, realsozialistisch oder anders - nachzuweinen noch auf genauso schlimme, wenn nicht manchmal sogar schlimmere Neuauflagen hereinzufallen. Man muss sich davon trennen. Es muss vom zentralen Thema der Arbeit, die nunmehr die gesamte Lebenszeit der Leute durchdringt, ausgegangen werden; die Arbeit, die scheinbar ihren Zugriff auf das Menschenleben lockert, da ihr Umfang nicht mehr auszumachen ist, weil sie danach strebt, total zu werden. Es ist ein langer und schwieriger Weg. Wir müssen neue Initiativen und Kampfformen entdecken, an der Basis starten: Indem wir zu überlegen beginnen, was auf lokaler und planetarischer Stufe das aktuelle Äquivalent der früher im Streik verkörperten wesentlichen Antriebskraft ist.jw32

## **Fürchtet euch!**

Die harten Reaktionen auf die Massenrevolte von Genua zeigen, dass den Betreibern der Mehrwertmaschine der Schreck in die Glieder gefahren ist. Dabei haben sie selbst die Angst zum Mittel ihrer Herrschaft gemacht. von carlos kunze Die spektakuläre Schlacht um den G 8-Gipfel in Genua ist vorbei. Nichts ist mehr wie zuvor. Der Showdown zwischen der so genannten Antiglobalisierungsbewegung und den Kräften der Sicherheit und Ordnung war lange vorbereitet worden, und der heftige Zusammenstoß zwischen beiden Seiten hat die latente gesellschaftliche Gewalt zur offenen Explosion gebracht. Doch der weiße Rauch des Tränengases und der schwarze Rauch der brennenden Autos und Banken scheinen die Sicht auf den wirklichen Zustand der Welt zu vernebeln. Es gibt kaum Anzeichen dafür, dass sich nach den Ereignissen in Genua ein klareres Bewusstsein von den Ursachen des weltweiten Desasters und den Möglichkeiten seiner Aufhebung entwickeln wird.

Die auf dem Gipfel versammelten Regierungschefs hatten die Absicht, sich als die kompetenten Verwalter der globalen Ökonomie zu präsentieren, deren katastrophischen Gang sie allein zu kontrollieren und in geordnete Bahnen zu lenken imstande seien. Silvio Berlusconi wollte den Gipfel zudem nutzen, um seiner Regierungskoalition aus der ultraliberalen Forza Italia, der rassistischen Lega Nord und der neofaschistischen Alleanza Nazionale internationale Anerkennung zu verschaffen. Zugleich ging es ihm getreu der alten Devise »Der Hauptfeind steht im eigenen Land« darum, seine radikalen Gegner zu demontieren und der parlamentarischen Opposition ihre Grenzen aufzuzeigen.

In Göteborg war erstmals seit Jahren wieder auf europäische Demonstranten scharf geschossen worden, und die offizielle Darstellung, der Polizist, der einem Demonstranten in den Rücken schoss, habe sich in einer Notwehrsituation befunden, wurde allseits akzeptiert.

Nun richtete sich die mediale Aufmerksamkeit auf den so genannten Schwarzen Block, vor dessen unkontrollierbaren Gewaltausbrüchen ausschließlich die Polizei die versammelten Staatschefs, aber auch die »friedlichen« Demonstranten zu

schützen in der Lage sei. Der Schwarze Block wurde das spektakuläre Gegenstück zu den friedlichen, moraltriefenden, angepassten Globalisierungsgegnern, die sich, »weil auch ihnen keine Alternative zum Kapitalismus einfällt, (...) nur nach einem menschlicheren Kapitalismus« sehnen und die »Seelenpein und die Rituale des schlechten Gewissens im Herzen der einstigen Kolonialmächte« zelebrieren (Spiegel).

Was in Genua geschah, ging darüber hinaus. Seit der staatlichen Bombe auf der Piazza Fontana in Mailand 1969, die 16 Menschenleben forderte, gilt Italien als Laboratorium der Konterrevolution. Dort wurden als Antwort auf den »schleichenden Mai«, der in Italien bis 1977 andauerte, die Instrumente zur Provokation, Infiltration, Manipulation höchst professionell entwickelt.

Man konnte bereits vor dem G 8-Gipfel sehen, wie der Polizeiapparat u.a. mittels einer Briefbombe scharf gemacht wurde. Man konnte sehen, wie Berlusconi ohne Pause vor einem neuen Terrorismus warnte und seinen »Antikommunismus ohne Kommunisten« praktizierte. Schon vor dem Gipfel war klar, dass es zu ernstesten Zusammenstößen kommen würde. Und so war die Erschießung von Carlo Giuliani durch die italienische Polizei das Ereignis, das am wenigsten unerwartet kam.

Der Versuch der Tute Bianche, die Eskalation zu begrenzen, indem auf ein offensives Vorgehen gegen die Polizei verzichtet wurde, hat nichts gebracht. Das lag keineswegs an dem zum medialen Monster aufgeblasenen Black Block, sondern daran, dass es das politische Ziel der Tute Bianche und des Genua Social Forum war, in die zum Sperrgebiet erklärte Rote Zone einzudringen. Die Polizei hatte die Aufgabe, genau das zu verhindern; und sie tat es mit einem Übermaß an Einsatzfreude, indem sie riesige Demonstrationen mit Tränengas einnebelte und auseinander knüppelte.

Was den Einsatz von polizeilichen, geheimdienstlichen und faschistischen Provokateuren betrifft, so haben diese ein präzise umrissenes Aufgabenfeld: die Revolte in für die Herrschaft dienliche Bahnen zu lenken, also Straßenkämpfe an Stellen oder zu Zeitpunkten auszulösen, die den Ordnungskräften passen, oder die Revolte auf andere Ziele umzulenken, um sie in den Augen der Zuschauer zu diskreditieren. All das ist Augenzeugen zufolge in Genua vorgefallen, es reicht aber keineswegs, das Ausmaß der Zusammenstöße zu erklären. Hinter den spektakulären Straßenkämpfen verschwand jeder Gedanke an weitere Kampfformen, wie etwa der von den radikalen Basisgewerkschaften, den Comitati di Base, propagierte Generalstreik.

Ein weiteres Element kommt hinzu. Der modernisierte Staat kann die sozialen Sicherungssysteme, mit denen früher die Unterwerfung erkaufte wurde, nicht mehr bezahlen, wenn er auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben will; und er will sie auch nicht mehr bezahlen, weil er nicht mehr von der proletarischen Subversion dazu gezwungen wird. Insofern schrumpft er langsam, aber sicher auf seine Gewaltfunktionen - nach innen wie nach außen - zusammen.

Loyalität sucht er sich anders zu sichern. Die Angst wird als Herrschaftsmittel etabliert. Die Herrschaft verspricht keine glänzende Zukunft mehr, sie sagt einfach: Es gibt keine Alternative. Sie verweist auf das grauenhafte Schicksal der als unproduktiv Ausgesonderten, um die Arbeitsmoral aufrechtzuerhalten, und wenn das nicht ausreicht, wird an denen, die zu Feinden erklärt werden, vorgeführt, was allen blühen kann, die revoltieren.

Darin liegt der tiefere Sinn der so genannten chilenischen Nacht in der Schule Diaz, der Misshandlungen vieler festgenommener Aktivisten auf den Polizeireviere und in den Gefängnissen. Keiner der beteiligten Polizisten konnte davon ausgehen, dass diese Misshandlungen dauerhaft verheimlicht werden können. Alle waren sich aber sicher, dass sie »von oben gedeckt« werden würden. Nach den Aussagen Berlusconis, seines Innenministers Claudio Scajola und des Vizepräsidenten Gianfranco Fini zu urteilen, könnten sie damit Recht behalten.

Das hätte beträchtliche Konsequenzen: Was nicht bestraft wird, ist de facto erlaubt. Und Maßnahmen, die in einer vom Staat als Ausnahmezustand definierten Situation angewandt wurden, neigen dazu, sich in normale Maßnahmen zu verwandeln, die bei jeder passenden Gelegenheit eingesetzt werden.

Der Berliner Professor Bodo Zeuner, dessen Tochter in Genua italienischen Polizisten in die Hände fiel, hat in der vergangenen Woche davor gewarnt, dass es von den Miss-handlungen in den italienischen Polizeistationen und Gefängnissen nur ein kleiner Schritt zu den Folterkellern der SA sei. Er wolle keine unangemessenen historischen Parallelen ziehen, aber die Gefahr einer Faschisierung sei evident.

Die Integration der Neofaschisten in die italienische Regierung und die im italienischen Polizeiapparat wachsenden Sympathien für Mussolini scheinen für seine These zu sprechen. Aber wahrscheinlicher ist es, dass sich eine neue Form autoritärer Herrschaft etabliert, die mit der alten faschistischen wenig gemein hat. Berlusconi war Mitglied der Loge P2, jener italienischen Parallelregierung, die in den siebziger Jahren hohe Politiker, Polizisten, Geheimdienstler, Kirchenmänner und Unternehmer versammelte. Diese Parallelstruktur war die außerinstitutionelle, in der Verfassung nicht vorgesehene und den Ausnahmezustand exekutierende Antwort auf die antiinstitutionelle Bewegung. Heute stellen ihre Protagonisten die Regierung.

Aber die Strategie der Angst muss nicht erfolgreich sein. Am Dienstag vergangener Woche gingen 100 000 bis 200 000 Menschen in den italienischen Städten aus Protest gegen die Polizeibrutalität auf die Straße. Und nicht nur in Italien, sondern in der ganzen Welt wurde demonstriert. Die so genannte Antiglobalisierungsbewegung kann in kürzester Zeit im internationalen Maßstab agieren.

Bernard Kouchner, der vom Vorsitzenden einer NGO zum Leiter der Unmik-Truppe im Kosovo, dann zum französischen Gesundheitsminister aufgestiegen ist, hat daher bereits von einem »globalen Mai 68« gesprochen. Aber wo hat man einen wilden Generalstreik mit Fabrikbesetzungen gesehen, wie er den französischen Mai prägte? Wo hat sich die Kritik des Alltagslebens und die Vorstellung einer Gesellschaft jenseits von Ware und Staat manifestiert? Wo hat es Diskussionen gegeben, die das alte antikapitalistische Programm der Räterevolution im Hinblick auf die jüngste - in ihrer kapitalistischen Form schreckenerregende, in ihren Möglichkeiten faszinierende - Entwicklung der Produktivkräfte aktualisieren?

Das Stichwort vom »globalen Mai« soll den Parvenus von 68, die sich auf den Staatssesseln niedergelassen haben und sich als die zivilisierte Seite der globalen Barbarei präsentieren wollen, neue Legitimation verschaffen und ihnen zugleich die ideologische Hoheit über die Bewegung sichern. Jede Kritik soll präventiv auf das »Programm des aufgeklärten Pragmatismus« (Reinhard Mohr) beschränkt werden.

Die harten polizeilichen und medialen Reaktionen auf die Revolte von Genua haben aber deutlich gemacht, dass dem Personal, das die Mehrwertmaschine am Laufen halten soll, der Schreck in die Glieder gefahren ist. Es gilt weiter, was bereits Brecht feststellte: Man hat so viel Gewalt, wie zur Aufrechterhaltung barbarischer Zustände erforderlich ist.

## Bilanz des Terrors

Die Regierung von Silvio Berlusconi gerät nach den Polizeiexzessen von Genua national und international in die Kritik. Von Wikke Bergemann, vom Kritik der Waffen: Für Berlusconi war der Polizeieinsatz beim G 8-Gipfel in Genua ein Erfolg. Das lässt für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Die italienische Linke muss ihre Strategie angesichts der eskalierenden Polizeigewalt überdenken. Doch die Regierung hat große Probleme, die Militarisierung der Politik vor den Medien und der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Und sie muss sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, Neonazis hätten, von der Polizei unterstützt, die Demonstrationen infiltriert.

Danke Scajola. Ich war seit 23 Jahren nicht mehr auf der Straße.« Mit diesem Ausspruch bedankte sich ein älterer Herr im Jacket auf einer Demonstration in Rom am vergangenen Dienstag beim italienischen Innenminister. Insgesamt gingen an diesem Tag in ganz Italien mehr als 250 000 Menschen auf die Straße, um gegen die Polizeigewalt während des G 8-Gipfels in Genua zu demonstrieren. Die größten Kundgebungen mit jeweils 30 000 bis 50 000 Teilnehmern fanden außer in Rom in Mailand, Venedig und Bologna statt. 15 000 Genuesen eroberten ihre Stadt zurück - mit einem Sit-In direkt vor dem Palazzo Ducale, in dem der Gipfel wenige Tage zuvor getagt hatte.

In allen Städten waren Demonstranten zu sehen, die noch Verbände trugen, humpelten oder blaue Flecken am Körper hatten. Einige trugen Schilder mit der Aufschrift: »Überlebende von Genua«. Zu den verschiedenen Gruppen der italienischen Globalisierungsgegner gesellten sich erstaunlich viele ältere Leute, elegant gekleidet und nicht unbedingt links orientiert. Offensichtlich haben der Tod eines Demonstranten und die Bilder von den Ausschreitungen der Ordnungskräfte auch viele berührt, die sich sonst nicht mit der Antiglobalisierungsbewegung identifizieren.

Die Ereignisse von Genua bleiben weiterhin auf den Titelseiten der Zeitungen und in den Fernsehnachrichten. Das öffentliche Fernsehen strahlt allerdings immer seltener Bilder von den gewalttätigen Auseinandersetzungen selbst aus. Statt dessen wird gezeigt, wie die Polizei auf Menschen mit erhobenen Händen einschlägt, und auch den Opfern der entfesselten Polizeigewalt wird in Interviews viel Platz gegeben. Zeitungen wie die linke *il manifesto* oder die liberale *la Repubblica* publizieren täglich neue Augenzeugenberichte.

Am Sonntag kommentierte Giorgio Bocca im Editorial von *la Repubblica*: »Nennen wir es nicht Faschismus, nennen wir es ein Regime. Es Faschismus zu nennen, wäre nicht korrekt, die Geschichte wiederholt sich nicht. (...) Doch nach Genua muss die Opposition zu dieser Regierung fürchten, mit gebrochenen Knochen zu enden.« *La Repubblica* veröffentlichte darüber hinaus Interviews mit Polizisten verschiedener Einheiten, die die Folter in der Kaserne Bolzaneto bestätigen und sich nun gegenseitig beschuldigen. So sagte ein Carabinieri: »Die Berichte sind alle wahr. Es war sogar noch schlimmer.« Verantwortlich für die Misshandlungen sei die *Gruppo operativo mobile* (Gom). Dieses berüchtigte mobile Einsatzkommando wird nur bei besonderen Aktionen eingesetzt, etwa bei Gefängnisaufläufen oder Transporten von Mafia-Angehörigen. In den letzten Jahren ist die Gom immer wieder wegen Misshandlungen und maßloser Brutalität gegenüber Gefangenen in die Schlagzeilen gekommen.

Inzwischen forderte auch der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gefängnispolizei, Fabrizio Rossetti, die Abschaffung dieser Sondereinheit: »Die Operationen der Gom sind nur schwer zu kontrollieren, es ist unklar, wer die Verantwortlichen sind. Das kann zu einem Verhalten geführt haben, das außerhalb der Regeln steht.« Ein von *la Repubblica* interviewter Beamter der Gom sagte dagegen: »Die Polizei versucht, uns zu beschuldigen. Aber wir waren die Einzigen, die nichts gemacht haben.« Nach offiziellen Angaben wurden in Genua über 280 Demonstranten festgenommen. Doch wahrscheinlich wurden in der Kaserne Bolzaneto, die in den italienischen Medien inzwischen als »Lager« bezeichnet wird, 500 De-

monstranten erkennungsdienstlich erfasst und misshandelt. Innenminister Claudio Scajola von Silvio Berlusconi Partei Forza Italia aber gibt sich gelassen. Er deutete die Ereignisse von Genua als einen Triumph der inneren Sicherheit: »Die Rote Zone ist nicht angegriffen worden. Die Arbeit ist nicht wie bei anderen Gipfeln in Seattle, Göteborg oder Nizza gestört worden.« Zugleich war seine Parlamentsrede in der vergangenen Woche eine Warnung. Die Ereignisse würden nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die Verantwortlichen sieht er beim Genoa Social Forum, dem Netzwerk No Global und den Tute Bianche.

Den Überfall auf die Schule Diaz bezeichnete er als eine Initiative der lokalen Polizei, über die er nicht informiert gewesen sei. Doch die Aktion sei völlig in Ordnung gewesen: »Die Beamten wurden angegriffen. Und bei der Durchsuchung wurden Waffen und Molotow-Cocktails gefunden und darüber hinaus gefährliche Personen aus dem schwarzen Block festgenommen.« Das erklärte Scajola noch, als bis auf einen alle der 93 in der Schule Festgenommenen bereits wieder freigelassen worden waren.

Der italienische Polizeichef, Gianni De Gennaro, behauptete dagegen, der Innenminister sei ständig über alle Einsätze informiert gewesen. Die Razzia in der Schule scheint direkt aus Rom angeordnet worden zu sein. De Gennaro schickte seinen Sprecher Roberto Sgalla, um die Aktion vor Ort zu leiten. Erst als die Staatsanwaltschaft, die die Ermittlungen zu den Vorfällen in der Schule Diaz übernommen hat, am Donnerstag ankündigte, dass eventuell auch Scajola vernommen werden müsse, schwenkte der Polizeichef um. Scajola sei erst nach vollbrachter Tat benachrichtigt worden, versuchte De Gennaro den Innenminister zu retten.

Der Mitte-Links-Opposition hatte es nach dem Wochenende von Genua zunächst die Sprache verschlagen. Erst am Dienstag vergangener Woche beantragte sie ein Misstrauensvotum gegen Scajola. Bei der kommenden Abstimmung wird sie zwar nicht über genügend Stimmen verfügen, den Innenminister zu stürzen. Doch die Debatte dürfte für Scajola unangenehm werden. Auch Justizminister Robert Castelli von der Lega Nord hat Schwierigkeiten zu erwarten. Am Wochenende wurde bekannt, dass er während des Gipfels am Samstag gegen Mitternacht die Kaserne Bolzaneto besucht hatte. Von Misshandlungen will er nichts bemerkt haben, stattdessen äußerte er sich zufrieden über die Arbeit der Ordnungskräfte.

Den Antrag der Opposition auf eine parlamentarische Untersuchungskommission zu den Ereignissen rund um den G 8-Gipfel schmettete die Regierung mit ihrer Mehrheit im Parlament am vergangenen Donnerstag ab. Der Tonfall in der Auseinandersetzung hat sich verschärft. Am Montag hatte die Opposition ihre Forderung nach Scajolas Rücktritt lediglich damit begründet, dass in Genua die öffentliche Ordnung nur ungenügend gewährleistet gewesen sei. Drei Tage später aber sprach der ehemalige Premierminister Massimo D'Alema im Parlament von »Gewalt nach faschistischer Art«, die die Ordnungskräfte ausgeübt hätten. Nun könnte es hinter den Kulissen zu einem Deal kommen. Die Opposition lässt den Misstrauensantrag fallen und Berlusconi Haus der Freiheit stimmt dafür im Senat einer Untersuchungskommission zu.

Während Innenminister Scajola weiterhin seine »höchste Solidarität mit der Polizei und den Carabinieri« ausdrückte, verschärfte sich die Kritik an dem Vorgehen der Polizei auch international. Zahlreiche europäische Nachbarstaaten mussten ihre Konsulatsbeamten auf die Suche nach verhafteten, verletzten und verschwundenen Staatsbürgern in die Gefängnisse schicken. Spanien, Großbritannien, Deutschland und Frankreich verlangen inzwischen eine Aufklärung der Ereignisse. Die Empörung in den anderen EU-Ländern könnte die italienische Regierung in Bedrängnis bringen. La Repubblica titelte nach der Reise des grünen Bundestagsabgeordneten Christian Ströbele nach Genua: »Deutschland klagt Italien an.«

Die Regierung sieht das anders, Außenminister Renato Ruggiero verkündete: »Von den europäischen Regierungen ist mir keine Kritik zu Ohren gekommen, lediglich Anfragen nach genaueren Informationen.« Ministerpräsident Silvio Berlusconi feiert den G 8-Gipfel als einen »Erfolg« und verspricht: »Es wird keine Deckung geben für jemanden, der das Gesetz verletzt. Doch es darf auf keinen Fall verwechselt werden, wer angegriffen hat und wer das Gesetz und die öffentliche Ordnung verteidigt hat.« Doch die Vorwürfe kommen inzwischen auch von völlig unverdächtig Seite. So erklärten die Anwälte der römischen Strafkammer, dass die Misshandlung der Verhafteten eines demokratischen Landes nicht würdig seien. Sie kündigten eine Klage vor dem Europäischen Strafgerichtshof in Strasbourg wegen völliger Missachtung der verfassungsrechtlichen Prinzipien an.

### **»Ein Wunder, dass es nicht mehr Tote gab« Ein Gespräch mit Luca Casarini, dem Sprecher der Tute Bianche und der Centri Sociali Nordost-Italiens**

In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch vergangener Woche tauchten vor dem römischen Centro Sociale Forte Prenestino für kurze Zeit Carabinieri auf. Geraten nach den Vorkommnissen von Genua nun auch die italienischen Centri Sociali stärker ins Visier der Ordnungskräfte?

Auch wenn sich die Polizei noch zurückhält, gibt es natürlich diese Sorge. Schließlich hat die Regierung Carabinieri und Polizei in Genua bedingungslos gedeckt. So war es möglich, dass in den Kasernen und Gefängnissen geschlagen und ge-

foltert werden konnte. Und zumindest verbal hat die rechte Regierung bereits begonnen, die bekannteren Centri Sociali unter Beschuss zu nehmen. Jetzt, da die nationalen und internationalen Proteste ans Licht bringen, dass in Genua sämtliche Grundrechte aufgehoben wurden, müsste die Regierung ihre Fehler eigentlich eingestehen. Auch wenn ich es eher für wahrscheinlich halte, dass sie künftig noch schärfer reagieren wird. Ein Teil der Ordnungskräfte legt es jedenfalls darauf an, dass es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt.

Hat die Polizei in Genua eine andere Strategie verfolgt als bei früheren Demonstrationen in Italien?

Die Polizei ist mit ungewöhnlicher Härte vorgegangen. Sie schien freies Spiel zu haben. Normalerweise gibt es ja Ansprechpartner auf der Straße, Verantwortliche, die den Einsatz leiten. Aber in Genua hatte ich den Eindruck, dass es nur den Befehl gab: Macht, was ihr wollt, aber verhindert, dass die Demonstranten bis zur Roten Zone durchdringen. Mir scheint, dass es unter den einzelnen Einheiten keine Koordination gab. Es war wie im Krieg: Wer gewinnt, trägt die Trophäe nach Hause. Es ist ein Wunder, dass nicht mehr Demonstranten getötet wurden. Am Freitag wurden in den Straßen um die Piazza Tommasei, wo später Carlo erschossen wurde, viele Leute von Panzerwagen angefahren und verletzt. Einer Frau sind sie über die Beine gefahren. Die Carabinieri haben nicht aufgehört, uns anzugreifen, selbst als der Demonstrationzug stehen geblieben war. Alles nur, damit niemand in die Rote Zone gelangt. Die Verteidigung dieses Bereichs war der Regierung wichtiger als ein Menschenleben.

Steht hinter der grenzenlosen Polizeigewalt eine Strategie der Spannung?

Ganz bestimmt. Italien steht ein heißer Herbst gegen die neoliberale Politik der Berlusconi-Regierung bevor, welche die Sozialleistungen und die Gesundheitsversorgung privatisieren will. Die Regierung braucht einen Freibrief, um das Militär, also die Carabinieri, einzusetzen, falls es zu Besetzungen in Schulen oder Universitäten kommt. Sie wollen mit aller Härte gegen die Arbeiter vorgehen können, falls diese in den Fabriken streiken. Genua war für die Regierung ein Versuch, ob sie die Gesellschaft militarisieren kann, ohne dabei die Gunst der öffentlichen Meinung zu verlieren.

Spätestens der Einsatz in der Schule Diaz hat unter den Aktivisten Angst und Schrecken verbreitet. Wird die Antiglobalisierungsbewegung Genua überleben?

Genua bedeutet zunächst eine Wende. Es war die größte Mobilisierung, die diese Bewegung bislang weltweit auf die Beine gestellt hat. Allerdings ist es nicht einfach für eine gerade entstandene Bewegung, einen solchen Schlag zu überleben. Deshalb würde ich in Bezug auf Genua auch nicht von einem Erfolg sprechen, sondern eher von einer Etappe: Wir haben unsere Unschuld verloren, weil wir uns unserer Rechte zu sicher waren.

Die Ausschreitungen haben auch innerhalb der Bewegung eine Debatte über die Anwendung von Gewalt ausgelöst. Was bedeutet das für die Tute Bianche?

Sicherlich müssen wir über den zivilen Ungehorsam als Aktionsform und über die politischen Strategien auch anderer Teile der Bewegung nachdenken. Keiner hatte damit gerechnet, dass uns in Genua nicht nur ein Konflikt, sondern ein regelrechter Krieg erwartet. Normalerweise schieben wir Tute Bianche uns ja nur als Masse mit unseren Schutzanzügen vor. Die haben aber nicht mehr ausgereicht, als die Polizei uns mit Panzerwagen attackiert hat.

Von Teilen der Bewegung wird nun der Schwarze Block für das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte verantwortlich gemacht.

Es ist nicht wahr, dass 200 Leute vom Schwarzen Block an allem schuld sind, und dass die Tausende anderer absolut nichts gemacht haben. Viele Leute reagierten sehr spontan, als die Polizei ihr Leben bedrohte. Es war sehr beeindruckend, wie stark der Wille, sich zu widersetzen, verbreitet war. Und obwohl wir gar nicht bis zur Roten Zone gelangt sind, hat die Polizei entschieden, uns auf der Straße zu bekämpfen. So sollte der politische Protest auf ein Problem der öffentlichen Ordnung reduziert werden.

Werden die Tute Bianche nun ihre Aktionsformen ändern?

Wir müssen uns auf einen Krieg mit dieser Regierung gefasst machen. Wenn alle Vermittlungen scheitern sollten, müssen wir auch unseren zivilen Ungehorsam und unseren Selbstschutz verschärfen. Andererseits glaube ich, dass wir uns nicht in eine Spirale der Gewalt ziehen lassen dürfen. Dieses Spiel kann nur der Staat gewinnen. Wir sollten vielmehr darüber nachdenken, was es bedeutet, das Imperium in einem Moment herauszufordern, in dem sich niemand mehr der Menschenrechte und demokratischer Freiheiten sicher sein kann.

Welche Auswirkungen wird Genua für die italienische Linke haben?

Im Gegensatz zur Situation in den USA oder in Nordeuropa ist in der italienischen Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung die gesamte soziale Linke vertreten. Für die außerparlamentarische Linke in Italien ist es selbstverständlich, Teil der Anti-Globalisierungsbewegung zu sein. Die Arbeitsweise dieser Bewegung, ihre Technik, Netzwerke zu bilden, hat die italienische Linke sehr beeinflusst. Man hat verstanden, dass man global agieren muss. Die Antiglobalisierung ist der Punkt, an dem alle zusammenkommen. Nur so konnten 200 000 Leute mobilisiert werden.

Im Fernsehen hast du vorige Woche vier Projektile präsentiert, mit denen auf den Demonstrationzug geschossen wurde. Taugen sie als Beweismittel?

Diese vier Projektile werden ebenso wie die Zeugenaussagen derjenigen, die geschlagen und gefoltert wurden, in einem großen Weißbuch gesammelt, das wir noch vor Oktober fertigen stellen wollen.

## Nach dem G 8-Gipfel in Italien **Genua ist überall!**

von anton landgraf Die Ereignisse in Genua erinnern an die finstersten Zeiten lateinamerikanischer Diktaturen. Am Sonntag, kurz nach Mitternacht, drangen Mitglieder der politischen Polizei Digos in das Zentrum des Genoa Social Forum (GSF) und in eine gegenüberliegende Schule ein, verwüsteten die Gebäude, verprügelten und verschleppten die Anwesenden. Am Montag lagen noch immer Dutzende, zum Teil schwer verletzt, in den Hospitälern. Einer schwebt in Lebensgefahr, eine andere ist erst am Morgen aus dem Koma aufgewacht. Das linke Internetportal Indymedia berichtet zudem von einigen Aktivisten, die seit dem Überfall vermisst werden.

Der brutale Angriff war keine bloße Racheaktion, er trägt die Handschrift der neuen Regierung von Silvio Berlusconi. Vor uns, so lautet die Botschaft, kann sich niemand sicher fühlen: Wenn wir es für notwendig erachten, regieren wir mit blankem Terror. Berlusconis Regierung zeigt protofaschistische Eigenschaften.

Dass Berlusconis Gegner mit allem rechnen müssen, demonstrierten die paramilitärischen Carabinieri-Einheiten bereits am vergangenen Freitag und Samstag. Sie griffen mit Tränengas, Gummigeschossen und Räumpanzern unterschiedslos alle Gipfelgegner an, auch diejenigen, die sich friedlich verhielten. Und die Polizei zeigte, dass sie gegebenenfalls auch bereit ist, auf Demonstranten zu schießen. Nach den Schüssen von Göteborg haben die Globalisierungsgegner nun das erste Todesopfer zu beklagen.

An mangelnden Vorbereitungen kann es nicht gelegen haben, schließlich plante die italienische Polizei ihr Vorgehen schon seit Wochen. Die Demonstranten »haben bekommen, was sie wollten«, kommentierte dementsprechend der italienische Vizepräsident und Vorsitzende der postfaschistischen Alleanza Nazionale, Gianfranco Fini.

Das martialische Vorgehen korrespondiert mit der medialen Inszenierung. Während die Polizei die Demonstrationen zusammenschlug, übernahmen die Regierungschefs in ihrem Abschluss-Kommuniqué die Rhetorik ihrer Gegner. Von Schuldenerlass und Gesundheitsprogrammen ist dort die Rede. Gleichzeitig riefen sie die Demonstranten auf, sich von den militanten Aktivisten zu distanzieren.

Gut möglich, dass nun in der Anti-Globalisierungsbewegung eine Diskussion über Militanz beginnt. Sie wäre zumindest ganz im Sinne der Regierungschefs. Denn bisher war es eine Stärke der Bewegung, dass sie sich nicht auseinander dividieren ließ. Das breite Bündnis aus Gewerkschaften, Linksradikalen und Umweltschützern eint zwar nur ein minimaler inhaltlicher Konsens, nämlich dass der Terror der Ökonomie abzulehnen ist. Dadurch aber, dass sie ein weit verbreitetes Unbehagen an der Globalisierung formulierte, hat die Bewegung es zumindest geschafft, die Verwalter des weltweiten Kapitalismus in Erklärungsnot zu bringen.

Für die Herren der G 8 geriet der Gipfel daher zu einem Desaster. Ihr Treffen mutet wie ein aristokratisches Hofspektakel an. Mit großem Tross versammelten sich die Mächtigen, um ihre kümmerliche Botschaft zu verkünden: Caritas für die Welt, Almosen für die Armen.

Doch wer will noch ernsthaft glauben, dass der Markt die Armut lindern, das Klima retten und den Frieden sichern kann? Wer glaubt noch an das Ende der Geschichte, an das Märchen von der unsichtbaren Hand des Marktes, die wie von selbst die beste aller Welten schafft?

Am Ende möglicherweise sogar die Herrschenden selbst nicht mehr. Der nächste Gipfel wird jedenfalls in einem kanadischen Bergdorf in den Rocky Mountains stattfinden. Und vielleicht verlegen die Regierungschefs der EU ihr nächstes Treffen im Dezember von Brüssel auf eine Ölplattform in der Nordsee. Viel nützen wird es ihnen nicht. Genua war erst der Anfang. Schon an diesem Mittwoch, wenn in ganz Italien gegen den Polizeiterror vom Wochenende demonstriert werden soll, dürften sich die staatlichen Ordnungskräfte nicht mehr sicher fühlen.jw31/2001

## **Interview mit den enthafteten Mitgliedern der VolxTheaterKarawane** by oliver marchart / volxtheaterkarawane

12:05am Sat Aug 18 '01 So absurd, dass es niemand so inszenieren würde - Interview mit den enthafteten Mitgliedern der VolxTheaterKarawane. Das Interview führte Oliver Marchart am 17.8.2001.

print article Könnt ihr erzählen, wie es aus eurer Perspektive zur Verhaftung kam und wie diese genau vor sich ging.

D: Die Situation war schon in Genua sehr chaotisch. Nachdem wir über Radio mitbekommen hatten, was in der Scuola Dias passiert war, haben wir wirklich Panik gekriegt, dass die Polizei auch unser Camp stürmt. Einige haben in der Nacht auch gar nicht geschlafen. Am Sonntag hat sich die Panik dann fortgesetzt, nachdem die Informationen waren, dass in Genua immer noch Leute von der Polizei verhaftet wurden und wir eigentlich die allerletzten im Camp in der Via dei Ciclamini waren.

## Materialien zu Genua und VolXtheaterkarawane

H: Nach den ganzen grauenvollen Informationen in der Nacht, und nachdem Leute, die sich in das Camp geflüchtet hatten, erzählt haben, dass die Polizei völlig willkürlich Leute verhaftet, war der eigentliche Auslöser ein Mann, der zu Mittag seine Freunde im Camp gesucht hat. Dem war die Nase von der einen Seite des Gesichts in die andere geschlagen worden, und das ganze Gesicht war völlig verätzt von Säure oder Tränengas. Der konnte überhaupt nicht mehr klar reden. Da ist dann auch bei uns einfach Panik ausgebrochen und wir wollten nur mehr weg. Wir haben uns dann geteilt, weil im Medienzentrum noch Theaterequipment von unserer Aktion vom 19. abzuholen war, und uns einen Treffpunkt vor der Stadt ausgemacht. Und in dem Augenblick, in dem wir an dem Treffpunkt angekommen und ausgestiegen sind, war die Polizei da.

Das war dann wo genau?

H: Vor Mocconesi auf einem kleinen Parkplatz. Was natürlich für diesen kleinen Ort schon großes Aufsehen erregt hat. Es sind sehr viele Leute auf eine Brücke gekommen, um zu sehen, was passiert und warum die Polizei mit Waffen herumsieht. Und eine der ersten Maßnahmen der Polizei war, dass sie die gesamte Bevölkerung von der Brücke gedrängt hat, bis man nichts mehr sehen konnte. Dann wurde uns gesagt, wir sollen uns umdrehen mit Gesicht zum Bus. Wir mussten uns in einer Linie aufstellen und die haben erst mal ein paar Minuten auf Erschießungskommando gemacht und mit den Waffen auf uns gezielt. Das war zumindest für mich der Moment, wo ich mir gedacht: Jetzt ist es vorbei. Schließlich hatten sie ja schon einen Demonstranten erschossen.

Hattet ihr eure Situation erklärt, habt ihr versucht, ihnen klarzumachen, daß ihr eine Theatergruppe seid?

G: Ich bin gleich zu Anfang zu ihnen hin und habe ihnen die Projektmappe zeigen und das Projekt erklären wollen, aber die sind gleich in den Bus und haben alles umgedreht. Wir haben erklärt, das sind Theaterrequisiten und das sind Kostüme und wir haben alle Farben, nicht nur schwarz. Aber sie haben alles, was schwarz war, von schwarzen Socken über Tücher und T-Shirts...

K: Unterwäsche!

G: ... und Unterwäsche rausgesucht und gesagt: Black Block. Als sie dann die Jonglierkeulen gefunden haben, haben sie sie gleich triumphal in die Höhe gehalten. Ich habe ihnen gesagt, das sind Jonglierkeulen, aber das war ihnen völlig egal. Dann haben sie die Küchenmesser aus unserer Küche herausgezogen und zurechtgelegt. Alles eben, was in ihr Bild gepasst hat.

S: Der eine mit der Maschinenpistole hat dann noch gemeint, so jetzt habt ihr drei Tage Fest gehabt, und das wird jetzt unseres.

Ab wann, denkt ihr, seid ihr observiert worden?

D: Darüber können wir mit unserem Informationsstand eigentlich nur spekulieren. Ab Eintritt nach Italien hat's ja Kontrollen gegeben. Der große Bus wurde als erstes Fahrzeug am 12.7. beim Manu Chao-Konzert zum ersten Mal kontrolliert. Und so ging das dann weiter. Zum zweiten Mal wurde er am 13. ausgeräumt. Dann am Montag und dann noch mal am Samstag den 21. Deshalb war für mich am Sonntag den 22. nicht absehbar, dass es zur Verhaftung kommen wird. Also mit unserem Wissensstand können wir nur spekulieren, ob wir wirklich schon in Österreich oder erst in Genua vom Camp ab observiert wurden, ob uns wirklich ein Hubschrauber verfolgt hat, wie in einer italienischen Zeitung stand, und so weiter. Das ist eine wichtige Frage, die sich stellt und der man nachgehen wird.

Was ist euer Verdacht, wieso gerade ihr verhaftet wurdet?

D: Gruppen passen da anscheinend gut in dieses Konstrukt der kriminellen Organisation. Und wir sind halt eine Gruppe, die öffentlich sichtbar war, wo klar war, dass es eine organisierte Gruppe ist, die gut in dieses Konstrukt passt, das ja auf Gegensätzlichkeiten, auf Widersprüchen in sich beruht: Da passen offene Gruppen genauso rein wie klandestine Gruppen, da passen schwarz gekleidete Menschen genauso wie bunt gekleidete Menschen rein. Wenn man bunte Kleidung findet, ist man ein Black Block-Mitglied, weil man die über die schwarze Kleidung ziehen kann.

G: Und wir waren halt auch ein leichter Fang, das muss man auch sagen. Mit einem großen, auffällig gekennzeichneten Bus in einer Karawane unterwegs. Mit einer Karawane ist man auffälliger, weil immer alle auf einen warten müssen. Und natürlich gibt es den Verdacht, dass die politischen Anliegen, die die Karawane vertritt, weder die österreichische noch die italienische Polizei besonders erfreut haben.

Als Beweismittel konnte also so ziemlich alles bei euch sichergestellt werden. Ob man nun schwarz, grün oder blau trägt, alles kann auf die Mitgliedschaft zum Black Block hinweisen.

S: Eine wirkliche Beweiswürdigung gibt es ja nicht. Wenn man mit einem Brotmesser zwar auch Brot schneiden kann, aber die Beweiswürdigung ergibt, damit hätte zugestochen werden können, dann reicht das offensichtlich völlig für eine Anklage.

G: Das hat sich im Prozess zugespitzt. Wir haben von Anfang an gesagt, wir sind ein offenes Theaterprojekt, zu dem Leute immer wieder dazugestoßen und auch davon abgegangen sind. Die Meinung der Staatsanwältin war darauf: Genau diese Offenheit beweist, dass das die Dr. Jekyll und Mr. Hide-Funktionen sind und wir in Wahrheit der Black Block sind. Der Schlagabtausch ging dann darum, wie Theaterrequisiten einschätzbar sind. Das war höchst absurd.

D: So absurd, dass es niemand so inszenieren würde, nicht einmal wir als Theatergruppe.

Frage: Was ist dann passiert, nachdem ihr auf diesem Parkplatz "gestellt" worden seid?

## Materialien zu Genua und VolXtheaterkarawane

G: Uns wurde nur gesagt, wir müssten halt jetzt zur Identifizierung nach Genua fahren. Dann sind wir als Karawane nach Genua gefahren.

Frage: Und dort im Polizeirevier ist es dann erst so wirklich losgegangen?

H: Ja, mit allen möglichen Drohgebärden. Sie haben uns mit angezogenen Beinen in einer Reihe an der Wand sitzen lassen und haben zum Beispiel einen Mann, dem das gesamte Gesicht verdroschen wurde, vor uns mehrfach auf und ab geführt, um zu zeigen: euch wird's auch so gehen. Dann die ganze Zeit sexistische Anspielungen, Vergewaltigungsdrohungen. Zum Glück haben die meisten von uns nicht Italienisch verstanden und die anderen haben versucht möglichst wegzuhören. Drei Polizisten haben sogar deutsch gesprochen. Der eine hat zweierlei können: Er hat alle drei Minuten entweder "Sieg Heil" oder "Heil Hitler" gesagt und hatte außerdem ein Hakenkreuz auf die Hand tätowiert. Der andere konnte mehr Wörter: nämlich "Sitz!", "Platz!" und "Fuß!", wobei "Fuß" bedeutet hat, dass wir sofort die Beine wieder ganz anziehen müssen, und wenn das nicht schnell genug passiert ist, hat er gegen die Beine getreten. Der dritte Beamte hat uns angeschrien, dass wir irgendwelche italienische Zettel unterschreiben müssten, mit der Drohung, später würden wir in "seinen Raum" kommen. Da war klar, dass man sofort unterschreiben muss, denn man kommt ja danach in seinen Raum.

Was heißt, "in seinen Raum"?

S: Es gab ja mehrere Räume. Zuerst war man zur erkennungsdienstlichen Behandlung in einem Raum, zur ärztlichen Untersuchung in einem anderen Raum, dann zum Sachen abgeben in noch einem, dann im Gang und schließlich in einer Zelle. Aber es war bei den Räumen klar, wo was passiert, und es war klar, dass man in jedem dieser Räume anders behandelt oder geschlagen wird. Bei zwei Räumen war klar, dass das eher so die Folterkammern waren.

Ich nehme an, die ärztliche Untersuchung war vor den Misshandlungen. Welchen Zweck hatte die?

S: Ja, die war ganz am Anfang. Da ging es darum, ob die an uns irgendwelche Wunden feststellen konnten, die eine Nähe zum Black Block hätten zeigen sollen.

H: Die hatten eine sehr skurrile Logik. Sie gingen davon aus, dass jede Verletzung, die jemand hatte, der aus Genua kam, von der Polizei stammte. Ihre Logik war: Sie stellen an uns Verletzungen fest, die beweisen würden, dass wir in Auseinandersetzungen mit der Polizei verwickelt waren.

Zu dem Zeitpunkt sind aber keine Verletzungen festgestellt worden, oder doch?

D: Insgesamt sind viel mehr Verwundete auf Listen aufgetaucht, als es tatsächlich gegeben hat. Bei uns sind bei acht Leuten Verletzungen festgestellt worden. Bei mir haben sie zum Beispiel auch eine Verletzung festgestellt, obwohl ich hundertprozentig nicht verletzt war. Sie haben nur den Rücken untersucht und gefragt, ob ich Muttermale habe. Ich habe gesagt, keine Ahnung, vielleicht, und habe dann nur gehört, wie sie gesagt haben: positiv. Ich bin dann zu den Positiven gesetzt worden, also zu den Verletzten. Keine Ahnung, was die auf meinen Rücken festgestellt haben.

S: Es war einfach nicht durchschaubar, nach welchen Kriterien man zu welchen Gruppen in diesem Gang gesetzt wird. Leute sind andauernd verschwunden, aus anderen Zimmern aufgetaucht, bei den einen hat's lang gedauert, bei anderen kürzer. So haben wir in dieser Angstsituation selber langsam den Überblick verloren, wo jetzt wer ist und wer gerade verschwunden ist.

H: Manche hat man schon aus den Räumen heraus schreien hören. Es war ja System, dass die Männer als erste drankamen und dass wir Frauen dann deren Schreie mitbekommen sollten. Sie haben sogar extra die Tür offengelassen, damit wir die Schreie mitkriegen und gemeint: Ihr kommt's nachher dran.

Das heißt, es gibt die perverse Situation, dass im ersten Raum eine ärztliche Gesundenuntersuchung stattfindet und im nächsten Raum die Folterung.

H: In den Raum, in den ich zur Untersuchung kam, gab es eine Ärztin und eine Krankenschwester. Da ich relativ spät drankam, hatte ich schon ein wenig mitgekriegt, worum es da geht. Ich gehe also rein und beide, die Ärztin und die Krankenschwester, waren schon ziemlich geschlaucht. Ich frage die eine, ob sie Ärztin ist. Darauf sagt sie Ja. Dann frag ich sie, ob sie richtig Medizin studiert hat an einer Universität und was sie hier eigentlich macht. Woraufhin sie zu weinen anfängt und mir nur noch deutet, ich solle rausgehen. Sie hat mir dann ein "negativ" aufgeschrieben, obwohl ich, wenn ich mich dort hätte ausziehen müssen, sicher einen blauen Fleck, der vom Auto-Einräumen stammt, gehabt hätte, und der wäre schon wieder als Verletzung gewertet werden.

G: Wir haben natürlich der Ärztin gesagt, wie können Sie das verantworten, sie hören doch, dass nebenan Leute geschlagen werden? Es sind dann immer nur so Sachen gefallen wie: Ja, die haben Läuse gehabt, deshalb haben wir ihnen die Haare schneiden müssen. Oder, ja, die haben sich gewehrt, deshalb sind sie mit einem blauen Auge rausgekommen.

H: Gleichzeitig hat man von draußen gehört, dass da irgendwelche Sachen herumgeworfen werden, hat man dumpfe Aufschläge gehört, hat man Schmerzschreie gehört.

Könnte ihr die Art der Mißhandlungen genauer beschreiben?

S: Die Misshandlungen haben eigentlich während der Verhaftung selbst begonnen mit dieser kurze Exekutionssituation, die hundertprozentig absichtlich hergestellt wurde. Das war so, dass wir wirklich alle mit den Händen in der Höhe und Beine breit mit dem Gesicht zum Bus gestanden sind, und ich habe im Augenwinkel gesehen, dass ein Carabinieri in Uniform mit Maschinenpistole zum Chef in Zivil gesagt hat, wir sollen uns ein bißchen näher zusammenstellen. Der hat uns

dann alle mehr zusammengejagt, bis wir alle im SchulterSchluß dastanden, und dann sind die Polizisten einen Schritt zurückgetreten. Dann war einfach Schweigen, einfach nur Stille. Und in Wirklichkeit erlebt man das so, dass man auf den Schuß als Geräusch wartet. Da finde ich, hat die Misshandlung begonnen. Bis dahin war das halt eine Polizeikontrolle, wie wir sie eh schon unzählige Male erlebt hatten.

Und dann in der Polizeikaserne?

S: Wir haben ja nicht gewußt, dass das genau die Kaserne war, in der es bereits unheimlich viele Misshandlungen gegeben hat. Drinnen dann dieses Sitzen, Angeschrien-Werden, den Kopf-Senken-Müssen, Drohungen. Irgendwann hat sich dann eine Tür geöffnet, und ich habe einen nackt Kniebeugen machen sehen. Der ist dann auch später ziemlich zusammengeschlagen an uns vorbeigeschleift worden. Das war das Zimmer, in dem eine andere Polizeieinheit war. Man hatte es ja mit vielen verschiedenen Polizisten zu tun dort. Also die Guardia Finanzia, die Carabinieri, die Gefängnispolizei, die ROS, und die haben auch unterschiedliche Uniformen. Trotzdem ist aber jeder von denen in diesem Zimmer ein- und ausgegangen. Das heißt, es war eine Partie, die sich halt in drei verschiedenen Verkleidungen präsentiert hat. Es gibt niemanden auf dieser ganzen Polizeistation, der nicht weiß, was dort abgegangen ist. Für mich gibt es auch gar keine Unterscheidung in die Täter, die geschlagen haben, und die anderen. Für mich sind die, die genau gewusst haben, was dort passiert, genauso Täter.

Was war nochmal mit den anderen Zimmern?

S: Das zweite Druckmittel war die erkennungsdienstliche Behandlung, wo einige, die versucht haben, das zu verweigern, unheimliche Ohrfeigen bekommen haben. Irgendwoher ist auch dieser Satz gefallen: Vorsichtig, wir brauchen sie weiß, also unverletzt. Und bei der ED-Behandlung sind unheimlich viele Leute schon mal geschlagen worden. Man kommt dort rein, gibt die Fingerabdrücke ab, wird fotografiert und vor dir liegt ein Zettel mit drei Zeichen nebeneinander: Das eine war ein Anarchisten-A, das andere war Sichel und Hammer in einem Kreis und rechts war ein Kondom. Wir haben dann mutgemaßt, das teilt ein in Anarchist, Kommunist oder schwul.

Der Zettel ist dort einfach auf dem Tisch gelegen?

S: Der ist dort gelegen, und man ist vor diesem Tisch gestanden und hat dort die Zettel unterschreiben müssen, auf die die Fingerabdrücke kamen, und daneben war einfach dieser Zettel. Wir haben mit diesem Zettel nichts zu tun gehabt, außer dass er einfach dort gelegen ist. Das ist ja auch so etwas wie psychischer Druck. Jedenfalls die ersten, die versucht hatten, bei der ED-Behandlung nicht zu unterschreiben, kamen mit knallroten Backen raus, einer ist auf die Füße geschlagen worden und gleich in die Knie gegangen. Hinter dem Tisch sitzen Männer, die dich auf Italienisch irgendwas fragen, und wenn du nicht antworten willst oder die Frage nicht verstehst, dann gibt's eben Schläge. Das war dieser ED-Raum. Ein Großteil der Misshandlungen hing aber auch mit dem Im-Gang-Sitzen zusammen. Sobald man nach Stunden Dasitzen einmal versucht hat, sich jetzt mal hinzuhocken oder ein Bein zu strecken, ist das sofort verhindert worden. Man musste einfach mit angezogenen Beinen dasitzen und bloß nie jemandem ins Gesicht oder in die Augen schauen, weil der geht sofort auf dich los.

Wie ging's dann weiter?

S: Die noch härtere körperliche Misshandlung war dann eigentlich nach der Übergabe von den Carabinieri an die Gefängnispolizei. Dort hat man sich dann ausziehen müssen und nackt Kniebeugen mit dem Gesicht zur Wand machen. Und dabei ist jetzt mir immer, wenn ich unten war, von hinten in die Hoden getreten worden. Dabei sind viele ziemlich verprügelt worden. Dann ist man per Fußtritt wieder in eine Zelle befördert worden. Die war 3 oder 4 Quadratmeter groß, und da waren in unserem Fall 15 Männer drin. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Behandlung schon ziemlich lang gedauert. Von dort aus sind wir rausgeführt worden, mussten uns wieder mit dem Gesicht zur Wand aufstellen und die Hände mit den Handflächen nach außen drehen, so dass sich innerhalb kürzester Zeit in beiden Unterarmen Krämpfe einstellen. Wenn man aber versucht hat, die Hand zu bewegen, gab's wieder Schläge. Man hat sich nicht zu bewegen. Nach langem so Dastehen und verkrampten Händen haben wir uns dann irgendwann setzen können. Im Sitzen ist es dann weitergegangen. Drei haben ein Zimmer, das zur ED-Behandlung gehört, aufräumen müssen, wo Computerausdrucke und sonst welcher Mist herumlag. Die sind währenddessen auch ziemlich geschlagen worden, auch mit Stecken, also nicht nur mit der Hand. Auf's Klo zu gehen und sich die Hände waschen wollen, heißt soviel wie zwei, drei Ohrfeigen. Dann wieder Dasitzen mit angezogenen Beinen. Ich bin rechts außen gesessen und hab dort einen ziemlichen Tritt in die Rippen gekriegt, wo ich gedacht habe, jetzt sind die Rippen gebrochen. Ich hab dann gesagt, ich brauch einen Arzt, der sich die Rippen anschaut. Das war denen auch egal. Dieses Grundgefühl, so dazustehen oder zu kauern und zu wissen, irgendwann kommen dann wieder Schläge, und die kommen dann auch, das ist eben der psychische Teil dieser Folter.

Wie lange hat diese ganze Prozedur gedauert?

G: Die ganze Nacht, wie lange genau wissen wir nicht. Irgendwann ist es dann auch hell geworden. Wir sind dann stundelang in den Zellen zusammengepfercht worden auf drei Quadratmeter. Auch dort durften wir nicht schlafen, auf's Klo gehen auch nur bei offener Tür, wo sich dann männlich Polizisten vor die Tür stellen und einen blöd angrinsen.

S: Bemerkenswert war, dass wir beim Transport ins Gefängnis immer noch nicht schlafen durften. Wann immer wer eingeknickt ist, wurde von außen auf das Gitter geschlagen und "Viva il Duce" oder "Mussolini" oder so was gerufen. Wir waren

uns eigentlich sicher, wenn dieser Autobus im Gefängnis ankommt, gibt's dort eine Prügelstraße und dann geht's mit Elektroschock und was weiß ich was los. Wir haben eigentlich gedacht, das war das Aufwärmen, und die eigentliche Folter beginnt im Gefängnis. Wir sind dementsprechend verschreckt dort angekommen und waren dann ganz verwundert, dass wir nicht mehr so behandelt wurde. Diese permanente Folter hat sich in den ersten drei Tagen gelegt. Aber es ist trotzdem etwas, das immer mitschwingt in der Behandlung, du hast einfach dieses Gefühl der Ausgeliefertheit danach nie ablegen können.

Nach ein paar Tagen im Gefängnis kam es zur ersten Haftprüfung. Wie habt ihr die erlebt?

D: Ich glaube, dass anfangs alle davon ausgegangen sind, dass wir bei der ersten Haftprüfung eigentlich freigehen werden. Wie wir reinkamen, waren noch ziemlich viele im Gefängnis, die in Genua verhaftet worden waren. Und am Montag/Dienstag sind dann eigentlich alle bis auf zwei Italiener rausgekommen. Bis wir am Donnerstag die Haftprüfung hatten, waren wir ziemlich optimistisch und hatten nichts gewußt von diesem Belastungsstruktur. Wir wussten nicht, dass es um die Bildung einer kriminellen Vereinigung geht, um Plünderung, um Mittäterschaft. Das war dann schon ein Schock, dass am Donnerstag über die Übersetzung von dem Entschluss zu erfahren, daß die Haft verlängert wird.

H: Bis heute haben wir ja nichts Schriftliches in einer uns verständlichen Sprache, warum wir da für drei Wochen ins Gefängnis gegangen sind. Weil die Übersetzung war einfach so miserabel. Wir haben schon mitgekriegt, dass es bei dieser Haftprüfung darum ging, dass die Anklageschrift vorgelesen wird, aber übersetzt wurde: "Sie werden bezichtigt, die Stadt Genua zerstört zu haben". Und auf den Einwand, das kann wohl nicht sein, die Stadt Genua existiert noch, wird wieder übersetzt: "Sie haben die Stadt Genua zerstört". Es war völlig unmöglich, da irgendwas anzubringen, weil der Dolmetsch miserabel war und wir keine Möglichkeit hatten, einen Anwalt zu sprechen.

Wann durftet ihr zum erstenmal einen Anwalt sprechen?

S: Wir haben am Tag der Haftprüfung bei den U-Richtern zum ersten mal unseren Anwalt gesehen. Das hat keine zehn Sekunden gedauert. Der hat sich vorgestellt: Ich bin Ihr Anwalt. Er hat nur gebrochen Englisch gesprochen. Es hat so gut wie keine Rechtsbelehrung gegeben, auch keine Absprachemöglichkeit, und so sitzt man dann drinnen beim U-Richter und sagt aus oder nicht. Mir kam es ja vor, so blöde Argumente zu entkräften, kann ja nicht schwierig sein, nachdem klar war, wir haben keine Waffen. Wir hatten ja bei einer der Busdurchsuchungen am 12. oder am 14. sogar einen Zettel von der Polizei bekommen, eine Bestätigung, dass da keine Waffen drin sind. Und es war mir klar, wir sind eine pazifistische Gruppe, das können wir jetzt klarstellen. Und ich war nach der Haftprüfung immer noch sicher, dass wir da jetzt wieder rausgehen. Der große Schock war für mich der, dass wir drinnenbleiben, obwohl die nur so einen Mist konstruiert haben.

G: Ich habe denen bei der ersten Haftprüfung erklärt: Da gibt's die Homepage, da sehen Sie, dass das Jongliersachen sind, auf dem Video kann man das nachweisen. Da war die MigrantInnen-Demonstration, an der wir als Karawane teilgenommen haben, da hab ich eine UNO-Soldatin gespielt, da gibt's Fotos, da waren die und die Medien da, um mir nachher anhören zu können, sie glauben mir nicht, weil ich auf der Liste stehe.

Das Ausschlaggebende war dann wirklich die Liste.

G: Das hab ich dort zum ersten mal erfahren. Ich bin vorher mehrfach in Italien kontrolliert worden und bin nie davon informiert worden. Erst ganz am Ende der Haftprüfung wurde mir gesagt: Wussten Sie, dass Sie in Italien eine nicht erwünschte Person sind. Da war ich total erstaunt und hab' gesagt: Was? Das gibt's ja nicht, aufgrund von was? Obwohl ich schon am Anfang auf der Polizeistation gefragt wurde, ob ich in Österreich viel demonstrieren war. Da hatte ich mir schon gedacht, hoppla, was heißt das jetzt?

Das ist aber ein Indiz, daß sie schon auf der Polizeistation in den Computer geschaut und dort die Liste, die vom österreichischen Inneministerium an Italien übermittelt wurde, gefunden haben. Und da diese Liste der erste Grund dafür war, dass die erste Haftprüfung für euch negativ ausgegangen ist. Der zweite war offenbar, dass es keinen offiziellen politischen Druck von Seiten Österreichs gegen Italien gab.

S: Leute durften einreisen und wurden mehrfach kontrolliert, obwohl sie auf dieser Liste standen, selbst noch einen Tag vor der ersten Demonstration in Genua. Dadurch wusste die Polizei, wer diese Leute sind und in welchen Camps sie sich befinden. Und die erste praktische Anwendung dieser Liste war dann aber erst bei der Verhaftung. Daraus ergeben sich Spekulationen, die kann man in alle Richtungen betreiben.

Und wie groß schätzt ihr die Wahrscheinlichkeit ein, dass dieser erste Haftprüfungstermin negativ ausgegangen ist, einfach weil vier Tage lang überhaupt nichts vom offiziellen Österreich aus unternommen wurde?

G: Das hat auf jeden Fall was damit zu tun. Wenn man sieht, dass bei den anderen die Konsulate am ersten Tag bei den Gefangenen waren und der Druck gleich eingesetzt hat.

Frage: Ihr seid also im Gefängnis gesessen und habt zugesehen, wie die anderen von ihren Botschaftern Besuch kriegen und habt...

G: Und haben gesehen, dass bei uns nichts passiert. Als dann am vierten Tag der Konsul endlich aufgetaucht ist, hat er unsere Beschwerden über sexuelle Belästigung auch gar nicht ernst genommen. Zu allen diesen Versäumnissen der österreichischen Regierung und ihrer Vertreter in Italien werden wir am Montag (20.8.) eine Pressekonferenz geben. Nur eines: Die Tatsache, dass der Konsul erst am vierten Tag aufgetaucht ist, hat für uns ganz klare praktische Konsequenzen

gehabt und sich auf die Haftprüfung ausgewirkt. Wir hatten bis dahin keine Anwälte gesehen, wir hatten unsere Anwälte nominiert aber keinerlei Möglichkeit, sie zu verständigen. Uns wurde das Telefonieren verboten, uns wurde jeder Kontakt zur Außenwelt verboten und dieser Konsul hätte die Anwältin informieren können. Aber er hat uns ja nicht einmal darüber informiert, was gegen uns vorliegt, obwohl er seit Montag im Konsulat das Fax liegen hatte, dass wir verhaftet worden sind, aber genaues hat er uns nicht gesagt und er hat unsere Anwälte nicht verständigt. Beim deutschen Konsul lief das anders. Wir waren ja die ersten Tage mit den Frauen aus der Schule Dias gesessen, die alle wirklich arg ausgesehen haben: Armbrüche, Beinbrüche, ausgeschlagene Zähne, gebrochene Kiefer, noch blutige T-Shirts, wir konnten uns ja alle zuerst nicht umziehen. Aber da war der deutsche Konsul gleich da und hat zum Beispiel Bücher gebracht, während der österreichische meinte, ja, er weiß nicht ob er das darf, und Zeitschriften schon überhaupt nicht. Beim deutschen Konsul hat das alles problemlos geklappt.

OK, am Montag werdet ihr in der Pressekonferenz zum Verhalten der österreichischen Behörden mehr berichten. Was wollt ihr jetzt weiter unternehmen?

S: Ich weiß nicht, wie das mit den anderen ist. Ich werde auf jeden Fall, die Polizisten, die mich misshandelt haben, klagen. Ich hab das bei meiner ersten Haftprüfung unterschrieben und den Anwalt beauftragt, das in meinem Namen durchzuziehen. Insofern ist es sehr fremdbestimmt, was ich in meiner Zukunft tun kann, aber das ist etwas, das aus vielen herauschreit, und daß wir gegen diese Mißhandlungen vorgehen wollen, ist erst mal sicher. Daß wir gegen mediale Verunglimpfungen - auch seitens von Parteien - in irgendeiner Art und Weise vorgehen wollen, ist auch sicher. Das ist davon abhängig, was uns Anwälte raten und was man von den Gesetzen her tun kann. Aber im Hinterkopf bleibt immer: der Fall ist juristisch nicht gegessen. Es kann einfach zum Prozess kommen, es drohen uns nach wie vor 15 Jahre oder 8, falls sie was fallengelassen haben. Das ist derzeit eines unserer Hauptprobleme, dass es immer noch die Möglichkeit gibt, uns zu verknacken oder von Österreich ausgeliefert zu werden oder von einem anderen Staat, in dem wir uns zufällig befinden und der mit Italien ein Auslieferungsabkommen hat. Und wir werden natürlich auch weiterhin eine Theatergruppe sein und als solche agieren. Wir haben schon im Gefängnis einige Vorarbeiten zu einem Stück gemacht und wollen das im EKH-Kulturzentrum herausbringen.

[www.no-racism.net/nobordertour/noprison/...](http://www.no-racism.net/nobordertour/noprison/)

## Die AktivistInnen der VolxTheaterKarawane wurden aus der Untersuchungshaft entlassen

Die 25 am Sonntag, 22. Juli in der Nähe von Genua festgenommenen Mitglieder der Theatergruppe wurden am 16. August aus der Untersuchungshaft entlassen. Trotz der grotesken Vorwürfe will die italienische Staatsanwaltschaft an der Anklage festhalten. Die AktivistInnen wurden vor allem bei der Verhaftung und in Polizeihaft psychisch, physisch und sexuell schwer misshandelt. Die Enthftung passierte auf zwei Etappen, da bei fuenf Maennern ein Formfehler aufgetreten war, der dazu fuehrte, dass die AktivistInnen zwei Tage laenger in Haft bleiben mussten. Nun werden rechtliche Schritte gegen die italienische Justiz und Polizei ueberlegt. Auch zur Weitergabe von Daten an die italienischen Behoerden ist noch einiges an Aufklaerung noetig. Während die österreichische Aussenministerin anfänglich gemeint hatte, dass sie "vollstes Vertrauen in die italienische Justiz" hätte, hat sich die Meinung der ÖVP mittlerweile etwas verändert: Sicherheitssprecher Kiss etwa teilte mit, dass für ihn das Adenauer-Zitat "Man darf über Nacht klüger werden" gueltigkeit haette. Als relativ unklug darf hingegen bezeichnet werden, dass sowohl Aussen- als auch Innenministerium bedenkenlos den Inhalt von EKIS- und STAPO-Akten an die öffentlichkeit tragen.

Die Anklagepunkte bleiben aufrecht: Plünderung, Vandalismus, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit sowie vor allem Bildung einer kriminellen Organisation - damit beträgt das von der Staatsanwaltschaft angestrenzte Strafausmass bis zu 18 Jahre Haft. Die Beweisführung der durch Mafia-Prozesse bekannt gewordenen und mit diesem Fall beauftragten italienischen Staatsanwältin ist unterdessen ein einziger Zick-Zack-Kurs: so dürften die "Beweise" die zum Entscheid in der ersten Verhandlung geführt haben (vor der die meisten Mitglieder der Theatergruppe weder über die Anklagepunkten in Kenntnis gesetzt worden waren noch die Möglichkeit hatten mit einer AnwältIn zu sprechen) mittlerweile eine eher untergeordnete Rolle spielen; so dürften sich mittlerweile die Hintergründe der VolxTheaterKarawane sogar bis zum Gericht durchgesprochen haben.

Unterdess werden offensichtlich unbedarft neue Komplott-Theorien geschmiedet: so soll die VolxTheaterKarawane laut Staatsanwaltschaft bereits während des Grenzcamp in Lendava damit begonnen haben, "Guerilla-Aktionen" sowie die Organisation des sogenannten "Schwarzen Blocks" vorzubereiten. Ein venezianischer Kommunalpolitiker, der selbst am Grenzcamp teilnahm, weiss davon allerdings anderes zu berichten: er habe eine schar junger Menschen getroffen, die sich im Rahmen des Camps mit den Themen Migration und Grenze auseinandersetzen und die damit verbundenen Problematiken als Strassentheater darzustellen versuchte. Weiters strich er den friedlichen Charakter der Theateraktionen hervor. Mittlerweile legt die italienische Staatsanwältin allerdings auch ein Photo als Beweismaterial vor: eine Aufnahme offen-

bar vom 18. oder 19. Juli, die ein Mitglied der Theatergruppe mit einem Einkaufswagen zeigt, soll "beweisen", dass die VolxTheaterKarawane an Plünderungen am 20. und 21. Juli "führend" beteiligt gewesen sein soll. Trotz der unglaublich dünnen und mehr als spekulativen "Beweislast" bleibt jedoch zu befürchten, dass die italienische Justiz nichts unversucht lassen wird, um eine Rechtfertigung für das extrem brutale Vorgehen der Polizei während und nach den Demonstrationen, sowie die mittlerweile bereits mehr als zwei Wochen andauernde Inhaftierung einer Theatergruppe zu rechtfertigen.

Unterdessen wächst sowohl in Österreich und Italien, als auch international der Druck auf die Politik. So vollzog die ÖVP, allen voran Aussenministerin Benita Ferrero-Waldner und Innenminister Ernst Strasser einen Kurswechsel um 180 Grad: übten sich die beiden MinisterInnen anfangs vor allem in Vorverurteilungen und Diffamierungen, fordern sie nun plötzlich unisono die sofortige Freilassung der VolxTheaterKarawane sowie die Aufklärung der schweren psychischen, physischen und sexuellen Misshandlungen im Zuge der Festnahme. Dabei gaben sie auch die EKIS- und STAPO-Akten, die im übrigen keinerlei strafrechtlich relevante Einträge umfassen, an die Öffentlichkeit weiter.

Was derzeit allerdings noch im verborgenen bleibt, ist die Weitergabe jener Daten an die italienischen Behörden, die letztenendes zur Verhaftung geführt haben. Laut Innenministerium habe man sich dabei im gesetzlichen Rahmen bewegt - eine Reihe von Vermutungen bzw. Anzeigen, die nie gerichtliche Konsequenzen nach sich trugen unter "amtsbekannt" zu subsummieren, während eindeutig entlastende "Vermerke" einfach ausgelassen wurden, mutet doch ein wenig seltsam an. Ungeklärt bleibt zudem noch die Rolle des Heeres Nachrichtenamts: so hatten italienische Carabinieri (Militärpolizei) offenbar die Information, dass die "VolxTheaterKarawane mit grosser Wahrscheinlichkeit versuchen würde, Waffen nach Genua zu transportieren" - so jedenfalls ein Beamter im Zuge einer der zahlreichen Durchsuchungen im Vorfeld der Demonstrationen. Waffen wurden freilich nie gefunden. Jedenfalls muss festgehalten werden, dass das HNA keinerlei parlamentarischer Kontrolle unterliegt - im Gegensatz übrigens zur Theaterpolizei, die in Österreich nicht nur existiert, sondern tatsächlich nach eigenem Ermessen Einspruch gegen Inszenierungen erheben kann und dies auch hin und wieder tut.

Die aufgrund des Mafia-Anlagepunktes "Mitgliedschaft einer kriminellen Organisation verhängte Kontaktsperre wurde mittlerweile leicht gelockert: so dürfen Gefangene ein Mal pro Woche Besuch von Familienmitgliedern empfangen. Dadurch dringt auch immer mehr Information über die Umstände der Verhaftung und die Haft selbst nach aussen. In einer Reihe von Briefen haben die Gefangenen zu ihrer Situation und den politischen Umständen Stellung genommen. Der Ausgang der am Montag beginnenden Haftprüfung ist unterdessen noch in keinster Weise absehbar.

## **Offener Brief** an den Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat Dr. Andreas Khol Unterzeichnet von C.T. und allen Gefangenen in Alessandria Sehr geehrter Herr Khol!

Ich befinde mich seit nunmehr zwei Wochen gemeinsam mit anderen Teilnehmern der "PublixTheatreCaravan / NoBorder - NoNation Tour" in einem italienischen Gefängnis in Untersuchungshaft.

Als Gründungsmitglied des "Volxtheater Favoriten" darf ich ihnen mitteilen, dass unser nun auch von Ihnen illegalisiertes Projekt bereits seit dem Jahr 1994 besteht.

Wir haben in dieser Zeit etwa Brechts "Dreigroschenoper", Dario Fo's "Bezahlt wird nicht", Kleists "Penthesilea", Heiner Müllers "Der Auftrag" sowie die Eigenproduktion "Schluss mit Lustig" als große und erfolgreiche Musiktheaterproduktionen inszeniert. Neben dem Arrangement zahlreicher Liederabende und Klein-Performances haben wir seit 1995 unter dem Titel "Die schweigende Mehrheit" auch immer wieder mit Straßentheateraktionen im öffentlichen Raum interveniert.

(Am Samstag den 4. August, abends, erhielten wir eine Ausgabe der Salzburger Nachrichten vom 1.8.2001.) In der Sie, Herr Khol, mit den Worten zitiert werden, "die (Theater-) Gruppe habe sich immerhin in der Zeitschrift Tatblatt zu Gewaltaktionen bekannt (?)", auch "gebe es Verbindungen zu Linksextremisten, und eine enge persönliche Beziehung zu den Gewalttätern von Ebergassing." Zu ersterem möchte ich ausführen, dass wir zur Promotion bisher keine Pressearbeit im herkömmlichen Sinn benötigt haben, um vor ausverkauften Sälen zu spielen, oder hunderte Schaulustige zu unterhalten.

Dessenungeachtet hat nicht nur das Tatblatt, sondern haben zahlreiche Zeitschriften und Rundfunkbeiträge unsere Arbeiten rezipiert. Selten wurde dabei unterschlagen, dass wir uns in unseren Stücken auch mit Rassismen, Nationalismen, patriarchalen Strukturen oder Ausbeutungsverhältnissen auseinandergesetzt haben. Oder dass wir uns gegen Schubhaft, Deportation und gegen das Grenzregime im Rahmen der "Festung Europa" und damit explizit und immer wieder gegen die alltägliche und institutionalisierte Gewalt in unserer Gesellschaft ausgesprochen haben.

Zu zweitem Vorwurf erscheint es mir einerseits relativ unerheblich, in welcher Form Sie, Herr Khol, den Begriff "Linksextremismus" definieren, (und wen sie damit punzieren). (Ob auf Postbeamte oder UmweltschützerInnen, auf Alternativschulen, BurgschauspielerInnen, HausbesetzerInnen, Datenschützer, GewerkschafterInnen oder Oppositionelle, mit solchen Termini kann bei Bedarf richtiggehend um sich geschlagen werden).

Andererseits stellen sich für mich einige persönliche Fragen. Ich habe schon in der Unterstufe eines Realgymnasiums, im Geschichtsunterricht gelernt, in welchem Zusammenhang der Begriff "Sippenhaftung" unter anderem und nicht zuletzt eine gewichtige Rolle gespielt hat: im Nationalsozialismus.

Mich würde interessieren, welche Ausbildung sie genossen haben, Herr Khol.

Möchten Sie mehr über mich erfahren? Etwa, dass mein Vater sich in den Siebziger Jahren dazu überreden ließ, sich an unwählbarer (wenn ich mich recht erinnere an siebenundzwanzigster) Stelle einer Stadtpartei zu kandidieren. Oder dass meine Mutter es sich noch nie gefallen ließ, wenn sie sich schikaniert fühlte oder Ungerechtigkeit mit ansehen mußte, und sowas wie Zivilcourage besitzt? Dass mein Bruder unter anderem auch ein wunderbarer Mensch war? Oder welche Haar- und Hautfarben meine Kinder besitzen?

Sie und noch einige ihrer Berufskollegen können sicher noch zahlreiche personenbezogene Daten gebrauchen, um eine Gruppe Kulturschaffender zu diffamieren. So viel Angst haben Sie vor einer kleinen Theaterinitiative.

Wir werden uns jedenfalls vor italienischen Gerichten für Konstruktionen, die wohl auch auf Anregung der österreichischen Behörden entstanden sind, verantworten müssen.

Davor habe ich keine Angst.

Angst habe ich in meinen Träumen, wenn faschistoide Polizisten auf Menschen einschlagen, bis diese zur absoluten Selbstdemütigung bereit sind. Und manchmal auch vor Menschen wie Ihnen Herr Khol. (Es ist schwierig, mir hier in der Haft gesicherte juristische Informationen zugänglich zu machen, und dennoch verbleibe ich in der Hoffnung, Ihnen eines Tages vor Gericht zu begegnen.) Mit freundlichen Grüßen C.T.

## VolXTheaterKarawane in Untersuchungshaft überstellt

Die 25 am Sonntag, 22. Juli in der Nähe von Genua festgenommenen Mitglieder der Theatergruppe bleiben in Untersuchungshaft, trotz grotesker Vorwürfe. Die verhafteten AktivistInnen wurden vor allem bei der Verhaftung und in Polizeihaft psychisch, physisch und sexuell schwer misshandelt. Nach anfänglichen Schwierigkeiten können Verwandte und auch FreundInnen die Gefangenen nun besuchen; auch auf dem Postweg zugesendete Briefe werden (in den meisten Fällen) weitergeleitet. Während die österreichische Aussenministerin anfänglich gemeint hatte, dass sie "vollstes Vertrauen in die italienische Justiz" hätte, hat sich die Meinung der ÖVP mittlerweile etwas verändert: Sicherheitssprecher Kiss etwa teilte erst kürzlich mit, dass für ihn das Adenauer-Zitat "Man darf über Nacht klüger werden". Als relativ unklug darf hingegen bezeichnet werden, dass sowohl Aussen- als auch Innenministerium bedenkenlos den Inhalt von EKIS- und STAPO-Akten an die Öffentlichkeit tragen.

Die 25 AktivistInnen der VolXTheaterKarawane sitzen derzeit immer noch in italienischen Gefängnissen und warten erneut auf eine Haftprüfung, die am Montag, 13. August beginnen soll. Die genauen Umstände dieses Verfahrens sind aber selbst heute, zwei Tage vor dessen Beginn, selbst für die Anwälte noch immer unklar. So wird eine vollständige Akteneinsicht erst kurz vor Beginn des Verfahrens möglich sein. Weiters werden die Mitglieder der VolXTheaterKarawane nun offenbar doch einzeln den RichterInnen vorgeführt und nicht - wie bisher angenommen - als Gruppe.

Die Anklagepunkte bleiben aufrecht: Plünderung, Vandalismus, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit sowie vor allem Bildung einer kriminellen Organisation - damit beträgt das von der Staatsanwaltschaft angestrebte Strafausmass bis zu 18 Jahre Haft. Die Beweisführung der durch Mafia-Prozesse bekannt gewordenen und mit diesem Fall beauftragten italienischen Staatsanwältin ist unterdessen ein einziger Zick-Zack-Kurs: so dürften die "Beweise" die zum Entscheid in der ersten Verhandlung geführt haben (vor der die meisten Mitglieder der Theatergruppe weder über die Anklagepunkten in Kenntnis gesetzt worden waren noch die Möglichkeit hatten mit einer Anwältin zu sprechen) mittlerweile eine eher untergeordnete Rolle spielen; so dürften sich mittlerweile die Hintergründe der VolXTheaterKarawane sogar bis zum Gericht durchgesprochen haben.

Unterdess werden offensichtlich unbedarft neue Komplott-Theorien geschmiedet: so soll die VolXTheaterKarawane laut Staatsanwaltschaft bereits während des Grenzcamp in Lendava damit begonnen haben, "Guerilla-Aktionen" sowie die Organisation des sogenannten "Schwarzen Blocks" vorzubereiten. Ein venezianischer Kommunalpolitiker, der selbst am Grenzcamp teilnahm, weiss davon allerdings anderes zu berichten: er habe eine scharf junger Menschen getroffen, die sich im Rahmen des Camps mit den Themen Migration und Grenze auseinandersetzten und die damit verbundenen Problematiken als Strassentheater darzustellen versuchte. Weiters strich er den friedlichen Charakter der Theateraktionen hervor. Mittlerweile legt die italienische Staatsanwältin allerdings auch ein Photo als Beweismaterial vor: eine Aufnahme offenbar vom 18. oder 19. Juli, die ein Mitglied der Theatergruppe mit einem Einkaufswagen zeigt, soll "beweisen", dass die VolXTheaterKarawane an Plünderungen am 20. und 21. Juli "führend" beteiligt gewesen sein soll. Trotz der unglaublich dünnen und mehr als spekulativen "Beweislast" bleibt jedoch zu befürchten, dass die italienische Justiz nichts unversucht lassen wird, um eine Rechtfertigung für das extrem brutale Vorgehen der Polizei während und nach den Demonstrationen, sowie die mittlerweile bereits mehr als zwei Wochen andauernde Inhaftierung einer Theatergruppe zu rechtfertigen.

Unterdessen wächst sowohl in Österreich und Italien, als auch international der Druck auf die Politik. So vollzog die ÖVP, allen voran Aussenministerin Benita Ferrero-Waldner und Innenminister Ernst Strasser einen Kurswechsel um 180 Grad: übten sich die beiden MinisterInnen anfangs vor allem in Vorverurteilungen und Diffamierungen, fordern sie nun plötzlich

unisono die sofortige Freilassung der VolxTheaterKarawane sowie die Aufklärung der schweren psychischen, physischen und sexuellen Misshandlungen im Zuge der Festnahme. Dabei gaben sie auch die EKIS- und STAPO-Akten, die im übrigen keinerlei strafrechtlich relevante Einträge umfassen, an die Öffentlichkeit weiter.

Was derzeit allerdings noch im verborgenen bleibt, ist die Weitergabe jener Daten an die italienischen Behörden, die letztenendes zur Verhaftung geführt haben. Laut Innenministerium habe man sich dabei im gesetzlichen Rahmen bewegt - eine Reihe von Vermutungen bzw. Anzeigen, die nie gerichtliche Konsequenzen nach sich trugen unter "amtsbekannt" zu subsummieren, während eindeutig entlastende "Vermerke" einfach ausgelassen wurden, mutet doch ein wenig seltsam an. Ungeklärt bleibt zudem noch die Rolle des Heeres Nachrichtenamts: so hatten italienische Carabinieri (Militärpolizei) offenbar die Information, dass die "VolxTheaterKarawane mit grosser Wahrscheinlichkeit veruchen würde, Waffen nach Genua zu transportieren" - so jedenfalls ein Beamter im Zuge einer der zahlreichen Durchsuchungen im Vorfeld der Demonstrationen. Waffen wurden freilich nie gefunden. Jedenfalls muss festgehalten werden, dass das HNA keinerlei parlamentarischer Kontrolle unterliegt - im Gegensatz übrigens zur Theaterpolizei, die in Österreich nicht nur existiert, sondern tatsächlich nach eigenem Ermessen Einspruch gegen Inszinierungen erheben kann und dies auch hin und wieder tut.

Die Aufgrund des Mafia-Anlagepunktes "Mitgliedschaft einer kriminellen Organisation verhängte Kontaktsperre wurde mittlerweile leicht gelockert: so dürfen Gefangene ein Mal pro Woche Besuch von Familienmitgliedern empfangen. Dadurch dringt auch immer mehr Information über die Umstände der Verhaftung und die Haft selbst nach aussen. In einer Reihe von Briefen haben die Gefangenen zu ihrer Situation und den politischen Umständen Stellung genommen. Der Ausgang der am Montag beginnenden Haftprüfung ist unterdessen noch in keinster Weise absehbar.

## Die Verhaftung

Am Abend des 22. Juli wurden die 25 Mitglieder der Theaterkarawane auf dem Weg nach Frankfurt verhaftet, systematisch misshandelt und in Untersuchungshaft überstellt.

Umstände der Verhaftung Die genauen Umstände der Verhaftung kommen erst nach und nach ans Tageslicht. Offenbar kam es um etwa 18.30 zu einer "Routinekontrolle" rund 40 km ausserhalb von Genoa. Die Mitglieder der Karawane - die sich bereits auf dem Weg nach Frankfurt befand und eine Cafepause eingelegt hatten - liessen die Kontrolle anstandslos über sich ergehen und willigten schliesslich ein, sich zu einer genaueren Überprüfung (mehr oder weniger freiwillig und in den eigenen Fahrzeugen) nach Genoa zu begeben. Die Festnahme selbst ereignete sich erst in der Polizeistation in Genua nach einem Blick in den Computer. Alle 25 Personen, die zu dieser Zeit mit der Karawane unterwegs waren wurden inhaftiert, die Fahrzeuge samt Inhalt beschlagnahmt.

Misshandlungen In der Polizeistation wurden die Mitglieder der Karawane, wie auch - laut übereinstimmenden Betroffenenberichten - die meisten der anderen Festgenommenen, psychisch, physisch und sexuell schwer misshandelt und gezwungen, italienischsprachige Vernehmungsprotokolle zu unterschreiben. Dem Grossteil der Festgenommenen hat erst im Zuge des ersten Haftprüfungsverfahrens von den Vorwürfen gegen sie erfahren - sie hatten selbst eine Woche nach ihrer Festnahme weder mit RechtsanwätInnen noch mit Familienangehörigen sprechen dürfen.

Haltlose Vorwürfe Die Staatsanwaltschaft erhebt schwere Vorwürfe gegen die Karawane: deren Mitglieder seien führend an Vandalismus, Plünderung und an der Bildung einer kriminellen Organisation tätig gewesen. Unterlagt werden diese Anschuldigungen aber durch äusserst düftige und fragwürdige "Beweise": schwarze T-Shirts, Schweizer Taschenmesser, Joungliekerulen, Utensilien zum Feuerspucken eine kaputte, ca. 50 Jahre alte Gasmasken, zwei funktionsuntüchtige, ca. 20 Jahre alte Funkgeräte sowie Küchenutensilien waren für das Gericht Grund genug, die Untersuchungshaft über alle 25 Personen zu verhängen. Dies trotz der Tatsache, dass die inkriminierten Gegenstände bereits im Zuge zahlreicher Kontrollen in Italien und Österreich von der Polizei vorgefunden, kontrolliert und in keinster Weise beanstandet wurden.

Selbstverständlich legten die AnwätInnen Berufung ein und so kommt es ab Montag, 13. Juli zu einer erneuten Haftprüfungsverhandlung. Mittlerweile wissen die Angeklagten von den Vorwürfen und konnten bereits Kontakt zu den AnwätInnen (und ein Mal pro Woche zu ihren engsten Familienangehörigen) aufnehmen. Die "Beweise" der ersten Verhandlung sind quasi widerlegt und spielen bei der erneuten Verhandlung eine untergeordnete Rolle. Stattdessen "zaubert" die Staatsanwaltschaft permanent neue "Beweise" aus dem Hut, die einander in ihrer Grotesktheit überbieten: so soll angeblich ein Photo, dass ein Mitglieds der Karawane mit einem Einkaufswagen(!) zeigt, Plünderungen beweisen. Weiters vermutet die auf Mafia-Prozesse spezialisierte Staatsanwältin, dass die Karawane bereits im slowenischen Grenzcamp "Guerilla-Aktionen" für Genua vorbereitet hätte. Dazu meldete sich allerdings bereits ein venezianischer Kommunalpolitiker zu Wort, dass er persönlich am Grenzcamp anwesend war und statt Diskussionen über sogenannte "schwarze Blöcke" oder militanter Aktionen nur von friedlichen TeilnehmerInnen berichten kann.

Es ist zu erwarten, dass die Staatsanwaltschaft aber weiterhin bizarre Komplott-Konstruktionen erfinden wird um die mittlerweile mehr als zwei Wochen andauernde Inhaftierung rechtfertigen. Von einem fairen Prozess kann aber keinesfalls die Rede sein: den AnwätInnen wurde bis knapp vor Verhandlungsbeginn die komplette Einsicht in die Akten verwehrt.

Die Rolle der österreichischen Behörden Neben der Tatsache, dass selbst die italienische Staatsanwaltschaft zugibt, dass mindestens 76 der rund 500 Verhaftungen unrechtmässig erfolgt seien, tragen die österreichischen Behörden und vor allem die österreichische Politik eine weitreichende Mitschuld an den Vorkommnissen. Dem Vorgang der Verhaftung nach zu schliessen, erfolgte die Festnahme der Karawane vor allem aufgrund jener Daten, die das österreichische Innenministerium (vom Heeres Nachrichtenamt HNA ganz zu schweigen - dieses unterliegt ja keinerlei parlamentarischer Kontrolle!) an ihre italienischen KollegInnen weitergegeben wurden. Diese bestanden hauptsächlich aus "Vermutungen" der Staatspolizei, konnten allerdings keinerlei strafrechtlich relevante Informationen umfassen (da es keine gibt!). Verschwiegen wurde hingegen die Tatsache, dass es sich bei der VolXTheaterKarawane um eine Gruppe handelt, die mit Theateraufführungen - und nicht mit "Waffen" - Problematiken thematisiert. Auch wurde das bisherige agieren, etwa im Zuge des Weltwirtschaftsgipfels in Salzburg, mit keinem Wort erwähnt. Somit beschränkte sich die weitergeleitete Information vor allem auf den Hinweis, dass sieben Personen "amtsbekannt" seien - ein äusserst dehnbarer Begriff.

Aussenministerin Benita Ferrero-Waldner drückte bei einem Treffen mit ihrem italienischen Amtskollegen nicht nur "ihr vollstes Vertrauen in die italienische Justiz" aus, sondern Verurteilte die Mitglieder der Theatergruppe bei dieser Gelegenheit auch im voraus: amtsbekannte Personen müssten in Italien, wie in jedem anderen Land auch, mit einer derartigen "Untersuchung" rechnen. Dabei hätte sie nicht nur von der Tatsache, dass die Polizei Provokateure und rechtsextreme Schlägertrupps in die Demonstrationen eingeschleust hat und mit extremer Brutalität gegen alle DemonstrantInnen vorgegangen war, wissen müssen; sie war auch von der Unbescholtenheit der Theatergruppe sowie den schweren Misshandlungen in Gewahrsam der "vertrauenswürdigen Justiz" in Kenntnis gesetzt worden.

In ihrem Argumentationsnotstand, wechselten die Aussenministerin und auch Innenminister Ernst Strassen dann plötzlich die Fronten: um zu erläutern, dass sie keineswegs zu Vorverurteilungen neigen, zitierten beide öffentlich aus EKIS- und STAPO-Akten der festgenommenen Mitglieder der VolXTheaterKarawane. Praktisch wirkte sich dieser mutmassliche Amtsmissbrauch jedoch nur geringfügig aus, waren die Akten ja bereits "befreundeten" Medien unter der Hand zugespielt worden. Trotzdem war noch Tage nach dem Kurswechsel auf der ÖVP-Homepage davon zu lesen, dass etwa die Misshandlungsvorwürfe frei erfunden und gelogen seien. Ein nicht unmassgeblicher Motivationsgrund für Ferrero-Waldner dürften dabei Umfragewerte gespielt haben: unmittelbar nach der Vorverurteilung der KünstlerInnen und dem nur schwer erkennbaren Nachkommen der Vertretungspflicht (Staaten wie etwa Deutschland oder England protestierten umgehend und erreichten damit die Freilassung der meisten ihrer StaatsbürgerInnen) fielen ihre Beliebtheitswerte von vorher 59 auf 33 Prozent. Ob das unglaubliche Verhalten der beiden MinisterInnen politische oder strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen wird, bleibt abzuwarten - die Chancen auf eine Präsidentschaftskandidatur der einst "beliebtesten Politikerin Österreichs" haben sich jedenfalls beträchtlich verringert.

### **VolXTheaterKarawane: Noborder, Nonation, Noprison!**

Die Freiheit von Bewegung wird das grosse Thema der Welt in diesem Jahrhundert sein. Grenzüberschreitung soll nicht nur ein Schlagwort bleiben und da die Kunst bekanntlich grenzenlos ist, stellt sie das passende Vehikel zur Reise in den öffentlichen Raum dar.

Im Rahmen des internationalen Noborder-Netzwerkes aus ausgehend von vergleichbaren Projekten (wie etwa kein mensch ist illegal, Moneynations oder dokumenta 11) bereisen im Sommer 2001 zahlreiche Karawanen verschiedene europäische Orte politischer und kultureller Ereignisse, die den aktuellen Diskurs über Probleme von Migration und Globalisierung darzustellen versuchen. Wir sehen uns als spezifischen Protestpart, der die Kampagne "no border, no one is illegal" an Orten politischer Auseinandersetzung mit künstlerisch-politischen Mitteln artikulieren will. Gleichzeitig geht es natürlich inhaltlich um die Vermittlung der Themen, die damit in Zusammenhang stehen: Abschottungspolitik, ausufernder Neoliberalismus, Globalisierungsproblematiken - Themen also, die an all diesen Orten sichtbar werden.

Die VolXTheaterKarawane soll einen Gegenentwurf zum institutionalisierten Theater darstellen und Orte politischer Diskussion und Auseinandersetzung verbinden. Darüber hinaus stellt sie einen Versuch dar, theatrale Strategien des Eingriffs, der Provokation und des Angriffs von Machtgebilden zu praktizieren. Dieser "work in progress" - Prozess soll bewegen, bewegt sich selbst und wird bewegt.

Öffentliche Diskussionsprozesse, ein offensives "Stellung beziehen" zu Grenzen, Begrenzungen, institutionellem Ausschluss, Einschränkungen, Zurückweisen; vor allem aber im Hinblick darauf, diese Grenzen zu überwinden und aufzulösen. Multimediale, grenzenlose Vernetzung im Internet muss ein Ziel sein.

### **Stationen der Karawane**

## Materialien zu Genua und VolXtheaterkarawane

Theater und Kunst konstruieren Schnittstellen, fordern zur Interaktion auf und schaffen gültige Vernetzungen. Während Reality-TV vorgaukelt die Realität wiederzugeben, ist Kunst wirkliches soziales Leben mit der Kraft zur Veränderung.

Am 26. Juni 2000 startete die VolxTheaterKarawane in Nickelsdorf, an der ungarisch-österreichischen Grenze. Zeitgleich fand in Wien eine Pressekonferenz statt, an der die führende Frauenministerin Johanna Dohnal, die Grüne Abgeordnete Karl Öllinger, der Schauspieler Hubsi Kramar, der Journalist Dr. Di Tutu Bukasa, die Künstler Oliver Ressler, Martin Krenn und Nora Sternfeld, Kurt Wendt von der Wiener KPÖ, die Vorsitzenden der österreichischen Hochschülerschaft Andrea Mautz und Anita Weinberger sowie die Dramaturgin Gini Müller, der Schauspieler Kajetan Dick sowie die Pressesprecherin Birgit Hebein von der VolxTheaterKarawane teilnahmen.

Im Rahmen des WEF-Gipfels von 1.-3. Juli in Salzburg wurden ein Parkfest und ein Strassenfest veranstaltet, sowie im Rahmen der Demonstration mit Theateraktionen auf die Problematik der Politik des WEF hingewiesen.

Im Rahmen des Grenzcamps im slowenischen Ort Petisovci, der sich in der Nähe der Stadt Lendava im inntem des Dreiländerecks zwischen Slowenien, Ungarn und Kroatien befindet, wurde durch Theateraktionen in Zusammenarbeit mit anderen AktivistInnen auf die Problematik in der Migrationspolitik der EU-Beitrittsländer aufmerksam gemacht. (siehe Photoalbum!) Anschliessend an das Camp wurde eine Theateraktion vor einem Schubgefängnis in Lubljana inszeniert, die auf begeisterte Zustimmung der rund 300 Insassen stiess und erhebliches Medieninteresse weckte.

Auf Einladung des Partisanenmuseums am Persmanhof in der Nähe von Eisenkappel wurde am 13. Juli ein Fest veranstaltet. Dem waren ausführliche Diskussionen mit VertreterInnen der slowenischen Minderheit vorausgegangen.

Am 15. Juli war die VolxTheaterKarawane bereits zu einem Festival in La Spezia eingeladen, bevor sie nach Genua aufbrach.

Der Höhepunkt im Rahmen der G8-Proteste war für die Karawane zweifellos die Demonstration für MigrantInnenrechte am 19. Juli, doch auch die Demonstrationen mit bis zu 200.000 TeilnehmerInnen. Dabei galt es, diese theatrale Form des Widerstandes in die Vielzahl der vertretenen Positionen einzubringen was aufgrund der turbulenten Ereignisse nur schwer gelang.

Am Abend des 22. Juli wurde die gesamte Karawane rund 20 Kilometer von Genua entfernt verhaftet. Die geplante Teilnahme am Grenzcamp in Frankfurt fällt somit aus...

Eine komplette Übersicht der Aktionen zwischen dem 26. Juni und dem 22. Juli inklusive Photo-, Video- und Audiomaterial findet man über das Tour-Tagebuch.